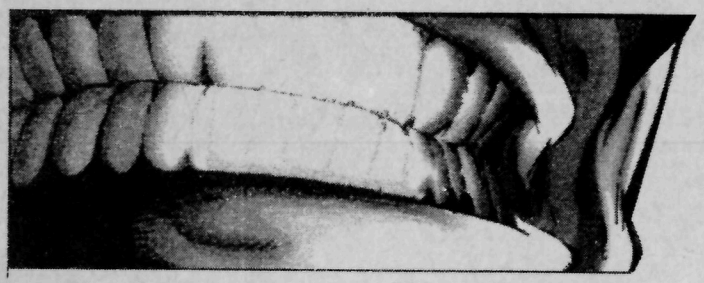
ZEITUNG FÜR ANTIFASCHISMUS UND MEHR



# Lotta

# DURA

NR. 1/ DEZ. 1994 ÖS 25 DM 5

Südtirolterror

"Kommerz [illegible]enmobilisierung

Tod eines Antifaschisten

„Europa im Umbruch?!"

Kampf dem nazionalen Schulterschluß!

Prozesse gegen AntifaschistInnen

Asylpolitik in Österreich

# Lotta DURA - DER KAMPF WIRD HÄRTER

Mit dieser ersten Ausgabe von **Lotta DURA** haltet ihr ein Resultat des Versuches, die Vernetzung von Antifas in Österreich weiter voranzutreiben, in den Händen. Ob das Projekt einer bundesweiten Antifa-Zeitung überhaupt dazu geeignet ist, wird sich zeigen. Die Ausgangsbedingungen sind aber nach der Mobilisierung gegen das Nazi-Treffen in Innsbruck am 22. Oktober besser denn je.

Aber gleich vorneweg: Es geht uns hierbei weder um die Herausbildung einer einheitlichen, straff organisierten Antifa, noch um das Anmelden eines Alleinvertretungsanspruchs. **Lotta DURA** ist auch nicht das fertige Produkt einer abgeschlossenen Entwicklung.

### WAS WIR WOLLEN ...

Der gesellschaftliche Zustand, in dem so etwas wie eine bundesweite Antifa-Zeitung entsteht und notwendig erscheint, ist schnell umrissen: rassistische und sexistische Gesetze, Etablierung der dazugehörigen Ideologien, verstärkte Repression, Nazi-Terror, eine rechtsextreme Wahlpartei (die - zumindestens rechts außen lernt man aus der Geschichte - jetzt zur „Bewegung" werden soll) und ein völkischer Mob, der sich zunehmend artikuliert. Wenn man/frau sich auch bei der Beschreibung des zu bekämpfenden status quo relativ schnell einig wird, bei der Suche nach den Ursachen und den Gegenstrategien treten die Unterschiede zu Tage. Das wäre ja an und für sich kein Problem, würden diese offen diskutiert. Statt dessen werden die unterschiedlichen Bedingungen und (regional, sozial, geschlechtsspezifisch bedingten) Betroffenheiten v.a. in Wien geleugnet.

Zunächst einmal geht´s uns also darum, ein Forum zu schaffen, in dem sich AntifaschistInnen - egal wie und wo organisiert - austauschen können. Hierbei denken wir an Infos über Nazis und staatliche Praxen in den jeweiligen Städten/Dörfern genauso, wie an die jeweiligen Erfahrungen im Kampf dagegen. Das könnte die Selbstbezogenheit sich autonom nennender Antifas überwinden helfen.

Doch soll **Lotta DURA** mehr sein als bloßes Diskussions- und Informationsorgan: eine qualititv neue Stufe in der Auseinandersetzung mit Faschos und gesellschaftlichem Rechtsruck. Ein Versuch, mehr Kontinuität in antifaschistische Theorie und Praxis zu bringen und so dem ahistorischen Aktionismus entgegenzuwirken. Dazu wollen wir neben grundsätzlichen Beiträgen zu den Methoden und Zielen neofaschistischer Organisierung und zur Herausbildung einer neuen schwarzbraunen Allianz auch theoretische Texte zur Geschichte veröffentlichen. Denn gerade für 1995 können wir anläßlich des 50sten Jahrestages der Befreiung vom Nationalsozialismus mit einer neuen Offensive im Entsorgen der Vergangenheit rechnen. Der Holocaust ist mit anderen Verbrechen vergleichbar geworden, Faschismus rückt somit als HERRschaftsform wieder in den Bereich des Denkbaren. Dagegen hilft es uns aber wenig, ausschließlich die Geschichte zu strapazieren und eins zu eins zu übertragen. Vielmehr sollten wir versuchen, ausgehend von der Analyse des historischen Faschismus und den aktuellen Veränderungen im herrschenden politischen Block das „Neue" zu erfassen.

Hierbei kommt der Beschäftigung mit Theorien über Rassismus und Sexismus ein zentraler Stellenwert zu: Wir glauben, daß eine Antifa-Zeitung, die diese Gewaltverhältnisse und Ideologien ausblendet, ihrem Anspruch nicht gerecht werden kann. Antifa ist für uns mehr als der Kampf gegen einen „rechten Rand", den es zudem nur in der Wahrnehmung der anständigen Mitte gibt.

Darüber hinaus soll **Lotta DURA** auch einen umfassenden „Nachrichten"-Teil beinhalten: Dokumentation rassistischer Übergriffe und Staats-Praxen, Berichte über die Naziszene und die Braunzone, über Kriminalisierung und Repression, sowie über antifaschistische Mobilisierungen, Tips und Trick für den Antifa-Alltag u.v.m.

Da wir beabsichtigen, Faschos bzw. deren Treiben und Infrastruktur öffentlich zu machen, schien es uns ratsam, gewisse Sicherheitsvorkehrungen zu treffen. Das nicht nur, um uns vor Terror zu schützen, sondern auch vor den üblichen Klagen, die Faschos aller Coleurs gegen linke Medien einzubringen pflegen. Da wir auch über Antifa-Aktivitäten schreiben wollen, helfen fehlende Namen auch gegen Bullen-Angriffe...

Wenn jetzt irgendwer glaubt, Spekulationen über die MacherInnen von **Lotta DURA** anstellen zu müssen, so sollte er/sie sich vergegenwärtigen, daß er/sie dadurch das Projekt und die Leute dahinter gefährdet!

Also: Anna und Arthur halten auch hier das Maul!!!

### ZU DIESER AUSGABE:

Die erste Nummer ist geprägt von Dokumentationen über und Diskussionen zu "Freiheitskommers" und Gegendemonstration. Der Charakter einer Nachbereitungsbroschüre läßt sich zumindestens oberflächlich nicht ableugnen, soll aber nur verdeutlichen, daß die Demonstration in Innsbruck und vor allem die zahlreiche Beteiligung von Jugendlichen auslösende Momente waren, die zur Bekämpfung unseres inneren Schweinehunds beigetragen haben und in der Folge zum Wunsch nach Kontinuität im antifaschistischen Kampf, der sich in letzter Zeit nur punktuell ans Tageslicht gewagt hat. Theorie und Praxis sollen in den nächsten Ausgaben sehr wohl vertreten sein, denn das Projekt **Lotta DURA** soll nicht zum InsiderInnenblatt werden, sondern durch Handverkauf und regionale Infos sowohl Verbreitung wie auch Qualitätssteigerung erfahren. ●

# Inhalts VERZEICHNIS

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber
und Verleger: H. Obek, 1140 Wien
Druck: Destroy, P. Dorner, 1160 Wien

**AKTIVITÄTEN GEGEN DEN KOMMERS**

**4.. Bomben** gegen "Italienisierung" und für Sezession
**8.. "Das Beste** vom treuen deutschen Süden" - Nachrichten vom "Kommers"
**12.. Redebeitrag I:** Feministischer Widerstand gegen nazionale Männerbünde!
**13.. Redebeitrag II:** Gedenken an Ernst Kirchweger
**14.. Kriminalisierung** von antifaschistischem Widerstand - "Damit kein falsches Bild in die Welt hinaus geht"

**WUT UND TRAUER**

**15.. Tod** des Antifaschisten Harald Hanisch am 21. 10. in Innsbruck
**40.. Kundmachung,** Aufruf und Fragen

**BÜRGERLICHER ANTIFASCHISMUS ...**

**17.. Medienradau** - Einige Anmerkungen zur Berichterstattung über die Antifa-Demo
**20.. "Bürgerlicher** Antifaschismus" + Medienrandale

**TRITT NACH RECHTS**

**27.. Neonaziprozeß** in Linz
**27.. Panzerfund** bei Neonazi
**39.. Unvollständige** Chronologie rassistischer/rechtsextremer Anschläge und Übergriffe

**REPRESSION GEGEN ANTIFAS**

**28.. Antifas** vor Linzer Gericht
**31.. Berlin:** Urteile gegen sieben AntifaschistInnen im Kaindl-Prozeß

**NORMALITÄT IN ÖSTERREICH**

**35.. Asylpolitik** in Österreich

# Abo! Lotta DURA

benötigt wie jedes Projekt auch Finanzierung, denn Druck- und Portokosten wollen bezahlt werden, daher unser Ruf: **ABONNIEREN!**

**Lotta DURA** erscheint vierteljährlich bundesweit im Eigenvertrieb und unter Mithilfe von Dir.

Der **EINZELVERKAUFSPREIS** beträgt **25 öS, 5 DM** bzw. **5 SFR.**

Ein **ABONNEMENT** kostet **100 öS, 20 DM** oder **20 SFR** inklusive Versandkosten und beinhaltet die Lieferung von 4 Nummern und verlängert sich nicht automatisch.

Ein **FÖRDERABONNEMENT** - für Personen, die sich´s leisten können oder wollen - umfaßt 4 Ausgaben und kostet ab **500 öS** (aufwärts ohne Limit).

**SPENDEN** sind natürlich auch willkommen und äußerst hilfreich.

Die **BEZAHLUNG** von bestellten Einzelnummern oder Abos erfolgt gegen Vorauskasse in bar oder in Briefmarken im doppelten Umschlag: Im ersten Umschlag, der mit **H. MADER** beschriftet ist, werden Banknoten oder Briefmarken, Deine Adresse und Begehr verwahrt. Dieser wird dann in ein ausreichend frankiertes Kuvert mit Empfänger **AMERLINGHAUS, STIFTGASSE 8, 1070 WIEN** gesteckt und abgeschickt. Nur diese Vorgangsweise gewährleistet, daß wir zu unserem Geld und Du zu Deiner **Lotta DURA** kommen.

H. Mader

**HANDVERKAUF** soll auch dazu beitragen, den Aktions- und Verbreitungsradius zu vergrößern, wobei für HandverkäuferInnen noch 5 öS pro verkauftem Exemplar herausspringen (d.h. 6 verkaufte Zeitungen bedeuten in der Folge ein Bier!). Wer interessiert ist, sollte in der obenbeschriebenen Form brieflich mit uns in Kontakt treten.

Amerlinghaus
Stiftgasse 8
1070 Wien

# Bomben gegen "Italienisierung" und für Sezession

## Abriss des Südtirolterrors

**Nach Erscheinen der Broschüre „Nachrichten gegen den Kommers", wurde mancherorts kritisiert, dass eine nähere Beschäftigung mit dem Terror in und um Südtirol darin nicht vorkäme. Auch bei Diskussionen im Vorfeld der Demo kam immer wieder das Verlangen nach Differenzierung bei der Betrachtung dieses Terrors auf.**

Wenn im Folgenden so etwas wie eine Differenzierung zwischen ursprünglichem und neonazistischem Terror erfolgt, dann deswegen, um die völkischen Legenden über den „Freiheitskampf" als solche zu entlarven. Und nicht deswegen, um einen guten Anteil daran für die Linke herüberzuretten. In ihrem Befreiungsnationalismus zeigt(e) sich ja diese nicht gerade wählerisch, wenn`s darum ging, Völker in ihrem Kampf um „Selbstbestimmung" zu unterstützen. Demgegenüber halten wir an einem umfassenden Begriff der Befreiung fest, der mit Nation und dem dazugehörigen Ismus nichts am Hut hat.

### Historischer Hintergrund

Als ein Resultat des vom österreichischen und deutschen Imperialismus angezettelten und verlorenen Ersten Weltkrieges mußten beide Mächte in den Friedensverhandlungen von St. Germain und Versailles Gebiete abtreten. Im Falle Österreichs ging so Südtirol an den ursprünglichen Verbündeten Italien. Der Nationalismus der Zwischenkriegszeit agitierte nun gegen diese „Diktate" der Allierten: Nicht nur aus den Kreisen der extremen Rechten wurden Forderungen nach Grenzänderungen laut. Während der Austro-Faschismus Gebietsansprüche dem Bündnis mit Mussolini unterordnete, bekämpften dies die (illegalen) Nazis zunächst als „Verrat". Als auf der Münchner Konferenz im September 1938 Italien, Frankreich und England der Abtretung des „Sudetenlandes" ans „Dritte Reich" zustimmten, sahen sich auch die „Deutschen" in Südtirol - drangsaliert vom italienischen Nationalismus - schon heimgeholt.

Es kam aber anders: Südtirol wurde im sog. Stahlpakt von 1939 von Hitler-Deutschland an das faschistische Italien „verkauft". Viele deutschsprachige BewohnerInnen - die sog. Optanten - übersiedelten damals ins „Dritte Reich". Die Nazi-Propaganda von bevorstehenden Zwangsumsiedelungen in den italienischen Süden tat bei denjenigen, die nicht aus brauner Begeisterung „Heim ins Reich" zogen, ihr Übriges und ließ sie aus Südtirol abwandern.

Erst nach dem Sturz Mussolinis und mit dem folgenden deutschen Einmarsch 1943 wurde die - wie sie bis heute vielerorts genannt wird - „Brenner Unrechtsgrenze" aufgehoben. Doch schon zwei Jahre später wurde sie wieder errichtet und 1946 im Vertrag von Paris auch von Österreich anerkannt. Die im September 1946 zwischen den Außenministern Gruber und de Gasperi ausgehandelten Minderheitenrechte blieben zunächst nur Papier. Italien unterschied sich in der Behandlung von Minderheiten zunächst nicht von anderen bürgerlichen Nationalstaaten. Zu dieser Einsicht konnten österreichische oder deutsche NationalistInnen dies- und jenseits des Brenners notwendigerweise nicht gelangen, vielmehr wurde (und wird) das Verfahren mit den SüdtirolerInnen zum Ausdruck eines italienischen „Charakters" erklärt.

Österreich hat sich stets als Schutzmacht für die SüdtirolerInnen bezeichnet und drängte Italien (auch vor der UNO) auf eine Verwirklichung der Rechte ihrer Klientel. Jahrzehntelang gab es Verhandlungen zwischen den Regierungen in Rom und Wien um die schließlich im Südtirol-Paket von 1969 festgelegte Autonomie. Die Realisierung der dort vereinbarten Rechte hat das österreichische Parlament mehrheitlich mit der Streitbeilegungserklärung 1992 bestätigt. Im Gegensatz dazu stand/steht die Behandlung der slowenischen Minderheit in Kärnten bzw. der kroatischen im Burgenland: Beide Gruppen erhielten nie auch nur annähernd so umfangreiche Autonomierechte zugesprochen.

### Die Stieler-Gruppe und der BAS

Im September 1956 beginnt der Südtirolterror: Erste Anschläge werden von einer Gruppe um den Südtiroler Hans **Stieler** (geb. 1926) durchgeführt. Ziele sind Militärkasernen und -fahrzeuge; am 17. 1. 1957 folgt ein Attentat auf die Brennerbahn. Dabei entsteht jeweils eher geringer Sachschaden. Die Attentäter holen sich den Sprengstoff aus Weltkriegsbeständen und Steinbrüchen. Hans Stieler ist später - von 1974 bis 1990 - Obmann des Südtiroler Heimatbundes, einer Hilfsorganisation für die gefangenen Terroristen. Mit Eva **Klotz**, der Tochter eines weiteren Terroristen, ist der Heimatbund als Union für Südtirol heute im Bozener Landtag vertreten. Eva Klotz, die ihrer rechtsextremen Gesinnung u.a. durch ein Referat bei den „Offenhausener Kulturtagen" 1991 Ausdruck verlieh, darf heute auch in der Kronen-Zeitung ihre „Los von Rom"-Tiraden vom Stapel lassen.

Am 17. 11. 1957 kommt es in

Sigmundskron zu einer Kundgebung der SVP (SÜDTIROLER VOLKSPARTEI, deren Obmann damals Silvius Magnago war) von 35 000 SüdtirolerInnen unter der Losung „Los von Trient". Andere bevorzugen die Parole „Los von Rom", also Sezession statt Autonomie. Zu dieser Zeit sitzt die Stieler-Gruppe bereits im Gefängnis.

Dafür werden andere Gruppen aktiv, die sich unter der Bezeichnung BEFREIUNGSAUSSCHUß SÜDTIROL (BAS) sammeln. Der BAS wurde im Frühjahr 1956 von Sepp Kerschbaumer gegründet und tritt bei der SVP-Kundgebung auf Schloß Siegmundskron zum ersten Mal in Erscheinung. Kerschbaumer, ein katholischer Reaktionär ohne Sympathie für die Nazis, verteilt ein von ihm verfaßtes Flugblatt: „Wir wollen Deutsche bleiben und nicht Sklaven eines Volkes sein, das mit Verrat und Tücke unser Land besetzt hat und seit 40 Jahren Räuber- und Kolonialmethoden anwendet, wie sie in Zentralafrika nicht schlimmer zu finden sind."

Hier, im Denken in völkischen Kategorien und im Nationalismus, liegt ein Grund dafür, warum es die Neonazis um Norbert Burger später so leicht haben sollten, sich in den Südtirolterror einzuklinken. Schon zuvor gibt es im BAS heftige Auseinandersetzungen v.a. um den Einsatz von Gewalt zwischen der Gruppe um Kerschbaumer und der um Georg Klotz, wobei letztere die (rechts)radikalere darstellte. Der BAS beginnt mit dem Hissen bzw. Aufmalen von rot-weißen (und rot-weiß-roten) Fahnen auf Kirchtürmen, Felsen etc. Er wird vorerst publizistisch, finanziell, politisch und „militärisch" von Österreich und der BRD aus unterstützt, was unter dem wohlwohlenden Blick der Behörden erfolgt. Zu den Financiers zählen der damals größte österreichische Verleger und Gladio[1] -Counter Fritz Molden, der Innsbrucker Journalist Wolfgang Pfaundler (Beide waren während des Nazi-Faschismus im konservativen bzw. monarchistischen Widerstand) und der spätere ORF-Generalintendant Gerd Bacher, ehemaliges NSDAP-Mitglied, der im Molden-Blatt „Ex-press" schrieb. Anfang 1959 entsteht um diese drei Herrschaften auch in Innsbruck eine BAS-ähnliche Gruppe. Schon damals im Umfeld mit dabei: Norbert Burger (1929 - 1992), dessen Dissertation bezeichnenderweise den Titel „Die italienische Unterwanderung Deutsch-Südtirols" trägt. Ab nun mischen sich deutsche und vor allem österreichische Faschisten unter die „Freiheitskämpfer".

Die BAS-internen Auseinandersetzungen verschärfen sich in der Folge auch entlang der Frage des Verhältnisses zur österreichischen Gruppe. Die Kerschbaumer-Gruppe bricht schließlich 1960 mit den „Innsbruckern", die sich nun mehr um die Leute um Klotz bemühen. Der Grund für den Bruch ist nicht nur in der Ablehnung von einem Übermaß an Gewalt zu suchen, sondern auch in massiven Sicherheitsbedenken: Tatsächlich sollten über die Österreich-Connection nicht nur die Nazis ihren Fuß in die Türe bekommen, auch die Behörden und Geheimdienste erlangten so leicht Zugriff auf die Szene.

### DIE „FEUERNACHT"

Ab 1959 führen BAS-ler spektakuläre Anschläge v.a. auf Rohbauten des italienischen Wohnbauprogramms und faschistische Denkmäler durch. Wenn auch angesichts eines gesprengten „Duce" Freude aufkommt, so bleibt im Fall der zerstörten Wohnungen ein bitterer Beigeschmack. Denn hier zeigt sich einmal mehr, wie schnell der nationale Kampf gegen „Fremdherrschaft" umschlägt in einen Kampf gegen die Bevölkerung des „fremden" Staates: Die damalige Praxis, Sozialwohnungen vornehmlich an ItalienerInnen zu vergeben, wird nicht von einer egalitären, auf soziale Gleichstellung abzielenden Position aus angegriffen, sondern von einer rassistischen. Auch die Terroristen der ersten Stunde kämpfen gegen die drohende „Umvolkung", die dort unter „Italienisierung" läuft und für deren Ausdruck das Wohnbauprogramm gehalten wird.

Den spektakulärsten Schlag führt der BAS im Frühsommer 1961 durch: In der Nacht vom 11. auf den 12. Juni 1961 werden an verschiedenen Orten in Südtirol 37 Strommasten gesprengt. Dabei kommt es zum ersten Todesopfer: der Straßenwärter Giovanni Postal stirbt in Salurn bei der (zu spät erfolgten) Explosion einer an einem Baum befestigten Bombe (damit hätte die Verbindungsstraße gesperrt werden sollen). In der sog. Feuernacht werden 80% der von der Stromversorgung abhängigen Bozener Industrie lahmgelegt, allerdings zünden nicht einmal die Hälfte der angebrachten Sprengsätze. Gedacht auch als Signal für einen Massenaufstand in Südtirol, gerät die Feuernacht vielmehr zur Todesstunde des ursprünglichen BAS. Die Reaktion des italienischen Staates ist die massive Verlegung von Militär nach Südtirol (bis zu 25 000 Mann), eine Verhaftungswelle und Massenprozesse. Unter Einsatz von Folter werden Geständnisse erpreßt, ein BASler, Franz Höfler, erliegt im November 1961 den Folgen der Mißhandlungen. Im Jänner 1962 stirbt mit Anton Gostner ein zweiter Häftling.

Mit der Verhaftung der meisten italienischen BAS-Mitglieder nimmt die Bedeutung der österreichischen Faschisten, die entgegen der eigenen Legendenbildung an der „Feuernacht" nicht teilnehmen durften, zu. Der radikale BAS-Flügel um Klotz und Luis Amplatz, der vom sicheren Österreich aus weiter agiert, zeigt wenig Berührungsängste gegenüber den neuen Kameraden aus der „Ostmark".

### NEUE QUALITÄT

Die Gruppe um Norbert Burger, Erhard Hartung, Herbert Fritz, und Peter Kienesberger, die sich die BAS-ler zunächst noch vom Leibe halten konnten, aber nach dem Ausscheiden Pfaundlers und Moldens 1961 nachrückt, dehnt den Terror auf halb Italien aus. Nun wird auch vor Mord nicht Halt gemacht. Studenten aus dem österreichischen und deutschen Burschenschaftermilieu werden von Burger nach Italien geschickt. Sie sollen mit Säurezünder versehene Molotow-Cocktails in den Gepäcksaufbewahrungen verschiedener italienischer Bahnhöfe zur Explosion bringen. Die Aktion, von den Neonazis „Operati-

on Panik" betitelt, wird angesichts des Alters der Akteure von italienischen BASlern abfällig „Kinderkreuzzug" genannt. Zum Glück gerät diese Aktion zur Farce: Einem Kommando gelingt es zwar, auf den Bahnhöfen von Rovereto und Verona ihre Brandsätze zu zünden und geringen Sachschaden anzurichten, den beiden übrigen Trupps ist jedoch weniger „Erfolg" beschieden. Auf dem Weg zum Trienter Bahnhof zündet ein Molotow-Cocktail im Auto, die davoneilenden Recken (unter ihnen Helmut **Golowitsch**) werden verhaftet. In Rom explodiert dem zweiten Kommando (mit Rainer **Mauritz**, heute FP-Obmann in

**Karl Ausserer am 22. 10. 1994 in Innsbruck**

Korneuburg) ein Brandsatz im öffentlichen Autobus, wobei ein Nazi und mehrere PassantInnen verletzt werden. Die Attentäter werden zu mehrjährigen Gefängnisstrafen verurteilt, die sie nur zum Teil absitzen. Bei einem Staatsbesuch ein Jahr später macht sich BRD-Präsident Lübke für die inhaftierten deutschen Terroristen stark und erreicht eine Begnadigung.

Erklärtes Ziel der faschistischen Terroristen und der sich mehr und mehr einschleusenden Geheimdienstler ist es v.a. ab 1964, die Situation zu eskalieren. Anfangs zahlen die Attentäter selbst drauf. Beispielsweise stirbt am 16. 7. 65 in Bozen der Nordtiroler Helmut Immervoll beim Versuch, eine Bombe scharf zu machen. Die Terroristen beziehen ihren Sprengstoff und die Zünder aus Österreich und Deutschland, unter ihnen sind Sprengstoffexperten und mit Egon Kufner ein Unteroffizier des österreichischen Bundesheeres.

Am 3. 9. 64 wird in Mühlwald ein Carabiniere hinterrücks erschossen, vier Tage später wird Amplatz vom Fascho und Spitzel (eine bis heute gängige Kombination in der Szene) Christian **Kerbler** erschossen, Klotz entkommt verwundet. Am 26. 8. 65 erschießen Terroristen zwei Carabinieri durch das Küchenfenster einer Kaserne in Sexten. Am 24. 6. 66 stirbt der Finanzpolizist Bruno Bolognesi auf dem Pfitscher Joch. Als er die Tür zu einer Schutzhütte öffnen will, explodiert eine Bombe. Ein Monat später werden im Gseiser Tal zwei Finanzpolizisten erschossen. Wenige Tage später geben Burger und Kienesberger in der ARD-Sendung „Monitor" ein Interview, in dem sie den Doppelmord rechtfertigen. Kienesberger antwortet auf die Frage, wann es zu den nächsten Anschlägen kommen wird: „Darauf kann ich Ihnen keine Antwort geben. Hoffentlich bald!" Am 9. 9. 66 fallen drei italienische Zöllner am Brenner einem Bombenanschlag zum Opfer.

Die aus ganz Italien zusammengezogenen Soldaten, Carabinieri etc. reagieren immer nervöser, es kommt zu Massenverhaftungen, mutmaßliche Attentäter werden gefoltert, und immer mehr Unbeteiligte geraten zwischen die Fronten. So geschehen am 24. 9. 66, als ein Passant und ein Soldat von Carabinieri erschossen werden.

Gleich ihren italienischen Gegenübern, die im oder mit dem Geheimdienst die „Strategie der Spannung" verfolgen und Counter-Anschläge durchführen, setzen auch österreichische und deutsche Faschisten auf Provokationen: So jagen sie im Oktober 61 das Andreas Hofer Denkmal am Berg Isel in die Luft, legen aber mit dem Hinterlassen von Mitgliedsausweisen der Studentenorganisation der italienischen Neofaschisten eine gar zu offensichtliche Spur. Am 25. 6. 1967 wird ein Strommast auf der Porzescharte an der Grenze zu Osttirol gesprengt. Den Weg zu diesem Mast haben die Terroristen vermint, und ein italienischer Soldat stirbt beim Auslösen einer Mine. Drei kurz darauf zu Hilfe eilende Soldaten werden ebenfalls durch eine Mine getötet. Ausgeführt wurde dieser mörderische Anschlag von den Burger-Recken Kienesberger, Hartung und Kufner, die später in Österreich freigesprochen werden. Kienesberger, der bereits 1961 als 18jähriger zur Gruppe um Norbert Burger gestoßen ist, wird in Italien zu lebenslanger Haft verurteilt; er blieb bis heute auf den Fahndungslisten - im Gegensatz zu Hartung und Kufner, deren Namen gestrichen wurden.

### UNTERSTÜTZUNG DURCH ÖSTERREICHISCHE BEHÖRDEN

Diese Terroristen, die dann zum Großteil den Kader der 1966 gegründeten und 1988 verbotenen NATIONALDEMOKRATISCHEN PARTEI (NDP)[2] abgaben, werden als „Südtirol-Bumser" verharmlost, als „Freiheitskämpfer" gefeiert und erfreuen sich der Unterstützung prominenter Fürsprecher, von Franz Josef Strauß über den früheren Tiroler Landeshauptmann Wallnöfer bis zu Bruno Kreisky. Beispielsweise wird der Innsbrucker Musiker Günther Andergassen, in Italien inhaftierter Attentäter, 1970 dank Intervention auf diplomatischer Ebene freigelassen. Besonders Bruno Kreisky und der spätere Bundespräsident Rudolf Kirchschläger setzen sich für ihn ein. Am Brenner begrüßt ihn der spätere SP-Minister Herbert Salcher, damals Vize-Landeshauptmann von Tirol, am 23. 12. 1970 empfängt ihn Landeshaupt Eduard Wallnöfer. Leute wie Wallnöfer bescheinigen den österreichischen Terroristen, „zum Abschluß des Südtirol-Pakets beigetragen" zu haben und stricken so eifrig mit am Mythos vom „Freiheitskampf". Finanzielle Unterstützung für den Terror und die sich dessen Sog konstituierende Nazi-Szene kam über sog. Kulturvereine, deren Mitgliederzahlen in die Tausende gingen.

Die österreichischen Behörden unternehmen nichts, um die Anschläge zu verhindern, die Attentäter haben ihr ideales Rückzugsgebiet und fahren nur nach Südtirol, um ihre Bomben zu legen. Während die italienische Justiz die österrei-

chischen Terroristen in Abwesenheit verurteilt (Burger z.B. zuerst zu 28 Jahren, später zusätzlich zu lebenslanger Haft), enden die Prozesse in Österreich mit Freisprüchen, die mit so an den Haaren herbeigezogenen Argumenten wie „Notstand" gerechtfertigt werden - Eine Idee ihres Verteidigers Herbert **Schaller**. Der Wiener Rechtsanwalt verteidigt in der Folge die ganze heimische Nazi-Prominenz (**Radl, Honsik, Ochensberger** u.a.) und referiert bei einschlägigen Gruppen in Österreich und BRD[3].

### „EIN TIROL"

Anfang der 70er Jahre kommt der Südtirolterror mehr oder weniger zum Erliegen. Erst Mitte der 80er Jahre sollte ein rechtsextremes Großhappening den Startschuß zu einer neuen Bombenwelle geben: Am 11. 5. 84 rotten sich im Innsbrucker Kongreßhaus mehr als 2000 „Schützen, Turner und Studenten" zum „Festkommers" zusammen. Motto der bierseligen Veranstaltung: „Ein Tirol von Kufstein bis Salurn". Landeshauptmann Wallnöfer schickt eine Grußbotschaft, FP/VP-Politiker ergreifen das Wort und alten „Bumsern" wie Jörg **Pircher** oder Norbert **Burger** wird zugejubelt. Am 9. 10. landen die Recken einen weitern Coup: Im offiziösen Landesfestumzug, der das Motto „Ein Tirol" übernommen hat, führen Schützen die legendäre Dornenkrone als Symbol für das „geknechtete Deutschtum" in Südtirol mit.

Der Terrorist Karl **Ausserer**, 1966 in Italien in Abwesenheit zu einer 24jährigen Haftstrafe verurteilt, gibt seiner neuen Terrorgruppe nun ebenfalls den Titel „Ein Tirol". Mit dabei: die unlängst verhaftete Karola **Unterkircher**, ihr Begleiter Alois **Öttl**, Josef **Gredler**, „Schützen, Turner und Studenten", Geheimdienstler und sonstige Kriminelle. „Ein Tirol" verübt zwischen 1984 und 1988 46 Attentate von bis dahin noch nie dagewesener Präzision. Im November 1988 wird Ausserer in Innsbruck verhaftet und wegen Waffen-/Sprengstoffbesitz zu fünf Jahren Haft verurteilt. Im Frühsommer 1992 kommt er wegen guter Führung wieder frei. Im November wird er als Kopf von „Ein Tirol" in Bozen in Abwesenheit zu 15 Jahren verurteilt, für Unterkircher setzt es 10 Jahre.

Nicht nur die Professionalität, mit der da ans Werk gegangen wurde, bot Anlaß für Spekulationen über die Mitwirkung, gar Federführung, von Geheimdiensten bei Ausserers-Neo-"Bumsern". Auch einige Gestalten im Umfeld von „Ein Tirol" wiesen auf neuerliche Counter-Akitivitäten hin: Peter **Weinmann** beispielsweise, jener Neonazi, der schon in den 70er und 80er Jahren für Stasi und BND die westdeutsche NS-Szene begleitete und auch dem italienischen Geheimdienst zur Verfügung stand. Auch ein hochrangiger österreichischer Staatspolizist sah dem Treiben von „Ein Tirol" zu: Wolfgang **Wippler**, Mitglied der Innsbrucker Stadtparteileitung der FPÖ und zwischen 1980 und 90 stellvertretender Leiter der Abteilung Rechtsextremismus bei der Stapo in Innsbruck, war für die Observation seines Freundes Ausserer zuständig. Wipplers Geheimnummer fand sich auch im Adressenbuch Paul **Volggers**, einem Südtiroler Kriminellen und weiteren „Ein Tirol"-Aktivisten. 1990 wird Wippler schließlich zur Fremdenpolizei (sic!) versetzt.

Für Ausseres ehemalige Kameraden ist der Fall klar: Das Burschenschafter-Zentralorgan „Identität" nennt den Nazi-Terroristen einen „mißbrauchten Südtiroler Patrioten aus Innsbruck", der von einem „Geflecht aus Spitzeln und Provokateuren" (3/94, S. 13) umgarnt worden sei. Auch für den Journalisten Hans Karl Peterlini ist evident, daß „Ausserer von Provokateuren des italienischen Geheimdienstes geschickt aufgebaut (wurde)" (profil Nr. 47/16. 11. 92, S. 28).

Wie dem auch tatsächlich sei, die Enthüllungen über geheimdienstliche Beteiligungen haben kaum Erkenntniswert und sollen vielmehr die faschistischen Neo-"Bumser" exkulpieren und die „gesamttiroler Sache" herüberretten. Denn es gibt ja in Wirklichkeit kaum eine Regung im europäischen Faschismus, an der nicht Geheimdienstler und Staats- bzw. Verfassungsschützer beteiligt gewesen wären: Sei es der Wiederaufbau der NSDAP in der BRD, die mörderischen Anschläge auf das Münchner Oktoberfest und den Bahnhof in Bologna, der Sütirolterror - immer verlaufen sich die Spuren in den HERRschaftszentren der bürgerlichen Staaten.

Übrigens stand auch Adolf Hitler zeitweise im Solde der Reichswehr, für die er die NSDAP beobachten sollte... ●

QUELLEN: profil, div. Tageszeitungen, Info-Verteiler, Christoph Franceschini: Unsere Waffe ist der Sprengstoff. In: FF 24, 26, 28, 29/91, Wofgang Purtscheller: Aufbruch der Völkischen. Das braune Netzwerk. Wien 1993

Bei der Bezeichnung der TerroristInnen aus dem Umfeld der NDP verwenden wir abwechselnd faschistisch und neonazistisch. Ersteres auch deswegen, weil deutsche und österreichische AkteurInnen stets ihre italienischen Gegenüber Faschisten nennen und sich so selbst als „Antifaschisten" darstellen. Die deutschsprachige Bevölkerung in der Provinz Bozen nennen wir der Einfachheit halber SüdtirolerInnen.

Begriffe der Rechten, die gar nicht immer gleich als solche zu erkennen sind, haben wir in der Regel unter Anführungszeichen gesetzt. Auch wenn darunter die Lesbarkeit leidet, halten wir an einem politischen Verständnis von Sprache fest, in welchem nicht unbekümmert mit Begriffen hantiert wird.

[1] Gladio: Geheimdienstliches Terrornetz, das von den USA nach 1945 mit Schwerpunkt Italien in westeuropäischen Staaten aufgebaut wurde. In Zusammenarbeit mit nationalen Kapitalistenkreisen und faschistischen Terrorbanden wurde für den „Ernstfall" vorgesorgt: Bei einer drohenden Machtübernahme durch Kommunistische Parteien sollten mit der sog. Strategie der Spannung Staat und Gesellschaft destabilisiert und so auf rechte, putschistische Lösungen vorbereitet werden.

[2] Neben Burger und Hartung sind hier v.a. zu nennen: Helmut Golowitsch, Herbert Fritz („Der Völkerfreund"), Herwig Nachtmann („Aula"), Rudolf Watschinger, Gerd Honsik („HALT"). Ein weiterer Ex-NDPler, Harald Engelke, trägt allerdings etwas dick auf, wenn er seine Heldenstory von einem angeblichen Überfall auf einen Carabinieri-Posten vom Stapel läßt...

[3] ARBEITSGEMEINSCHAFT FÜR DEMOKRATISCHE POLITIK (AFP), HILFSORGANISATION FÜR NATIONALE POLITISCHE GEFANGENE UND DEREN ANGEHÖRIGE (HNG), NATIONALISTISCHE FRONT (NF)

# "Das Beste vom treuen deutschen Süden" - Nachrichten vom „Kommers"

## Fast aus allen „deutschen Gauen"

**Waren sie gekommen, die „Schützen, Turner und Studenten". Mehr letztere als erstere: Gerade drei Mann ignorierten den Boykott der Tiroler Schützenvereine und marschierten in voller Tracht in die Innsbrucker „Dogana" ein. Auch die Turner hielten sich an diesem Abend merklich zurück, sodass die Burschenschafter das Bild bestimmten: 1 200 Recken - mehr oder weniger kostümiert - rotteten sich am 22. Oktober 1 994 im Innsbrucker Kongresshaus unter dem Transparent „Wir Tiroler von Kufstein bis Salurn" zusammen.**

Die alte Garde der nazistischen Südtirolterroristen und Ex-Aktivisten der 1988 verbotenen Nationaldemokratischen Partei (NDP) war mit Peter **Kienesberger**, Herwig **Nachtmann** und Helmut **Golowitsch** prominent vertreten.

Das war alles, was den Rechten und Nazis an diesem Tag geblieben war, denn Straße, Kirche, offizieller Flankenschutz - in einem Wort: das ruhige Hinterland - war ihnen durch die antifaschistische Mobilisierung weitgehend genommen worden. Eine Tatsache, die ein „Alter Herr" der Brixia gegenüber dem „Standard" beweint: Die „urdemokratie Burschenschaft" habe an diesem Tag die Herrschaft über die Straße verloren. (Der Standard, 24. 10.)

### Nazis im Eck

Mann zeigte Nerven an jenem Tag: Immer wenn sich deutsche Burschenschafter - die zum Teil im Turnsaal der öffentlichen Leopoldschule untergebracht waren! - gerade anschickten, vor laufender Kamera ihre braunen Ansichten vom Stapel zu lassen, war ein „Brixe" zur Stelle, der die gesprächigen Kameraden anheischte: „Keine Interviews!" Der ORF nannte das wenig kameradschaftliche Agieren der Organisatoren einen „Maulkorb für deutsche Burschen" (Inlandsreport, 27. 10.).

Auch dem FP-Generalsekretär/-"Südtirolsprecher" und „Kommers"-Redner **Meischberger** erging es nicht besser: Als er gegenüber einem Fernsehteam seine Auffassung von „deutschnational" mitteilen wollte, stiegen die Recken dazwischen und beendeten das Gespräch unsanft.

Im Festsaal wurden die JournalistInnen und Kameraleute, sofern überhaupt hineingelassen, auf einem mit Seilen abgesperrten Podium zusammengedrängt. Diejenigen, die diese Einschränkung der journalistischen Berufsausübung nicht akzeptierten und die Absperrung hinter sich ließen, wurden von der rasch herbeieilenden Burschenschafter-Meute hinausgeworfen. Dabei tat sich einer besonders hervor: Herwig **Kammler** (Oberösterreichische Germanen, Wien).

Sein Bruder Jürgen, ebenfalls wackerer „Germane", moderierte einstweilen den völkischen Spuk.

Angesichts des enormen medialen Interesses am „Kommers" mußten die Veranstalter für gemäßigte Töne sorgen, was u.a. den Bierkonsum nicht die bei solchen Anlässen üblichen Dimensionen annehmen ließ. So waren es dann auch nur wenige Unentwegte, die nach dem traditionellen „Südtirolruf der Innsbrucker Korporationen" die Hand zum „Hitler-Gruß" erhoben. Der „PR-Aktion für ein sauberes Image" (Inlandsreport, 27. 10.) wäre die Teilnahme allzu exponierter Nazis abträglich gewesen, was u.a. Karl **Ausserer** zu spüren bekam. Der in

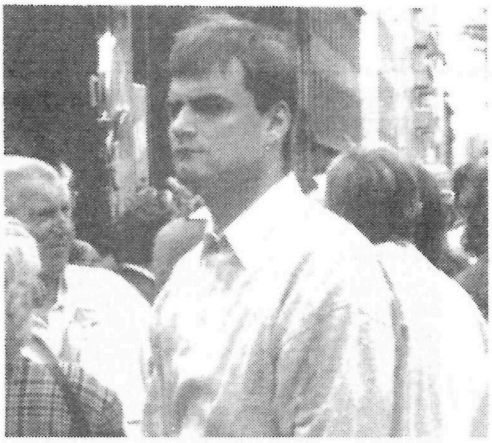
*Innsbrucker Kommersumtriebe*

OÖN-Karikatur: M. Pammesberger

Italien zweimal verurteilte „Freiheitskämpfer" wird vom „Kommers"-Organisator Franz **Watschinger** (BRIXIA) persönlich wieder ausgeladen. Ausserer quittierte diesen Affront der ehemaligen Kameraden mit einem „Schamt´s eich!". Der „Ein Tirol"-Terrorist weiter: „Ich hät´ ma halt von Burschenschaftern mehr Härte erwartet. Die Brixia is nicht mehr wia früher. Jetzt is sie weich und will Teil der FPÖ werden."

### „ZUM GELEIT"

Wie sehr sich die Veranstalter auch abmühten, den „Kommers" als harmlosen Gedankenaustausch zur „Südtirol-Problematik" umzulügen und (was an und für sich schon schlimm genug wäre) auf Tirol-regionalistisch bzw. Österreich-patriotisch zu machen - schon in den Worten zum „Geleit" reden sie Klartext: „Durch die Friedensdiktate von St. Germain, Trianon und Versailles wurden Millionen Deutsche unter Mißachtung des Selbstbestimmungsrechtes fremder Herrschaft unterworfen. In den seither vergangenen 75 Jahren konnte außer den Südtirolern kein abgetrennter deutscher Volksstamm seinen geschlossenen Bestand als Volksgruppe retten." Das bis 1933 „durch innere Kämpfe zerissene Deutsche Reich" konnte erst im Angriffskrieg seinen Verpflichtungen gegenüber den „abgetrennten Volksstämmen" nachkommen. Doch zunächst wurde die „deutsche Volksgruppe" in Italien ein Opfer der „auf Illusionen aufgebauten Bündnispolitik Hitlers". Die Rettung kam erst 1943: „Der Abfall Italiens von seinem deutschen Bündnispartner und die Besetzung Südtirols durch deutsche Truppen beendeten die Aussiedelung der Optanten, (sic!) und verhinderten die Auslöschung Südtirols." Diese drohe heute in Form der Mölzerischen „Umvolkung", wovor aber alle die Augen schließen würden. Unverständlich, wird doch auch „in der politischen Literatur (...) mittlerweile darauf verwiesen, daß die `Elsaßlösung´ der schleichenden Assimilierung vor allem der Jugend zunehmend in den Bereich des Möglichen rückt."

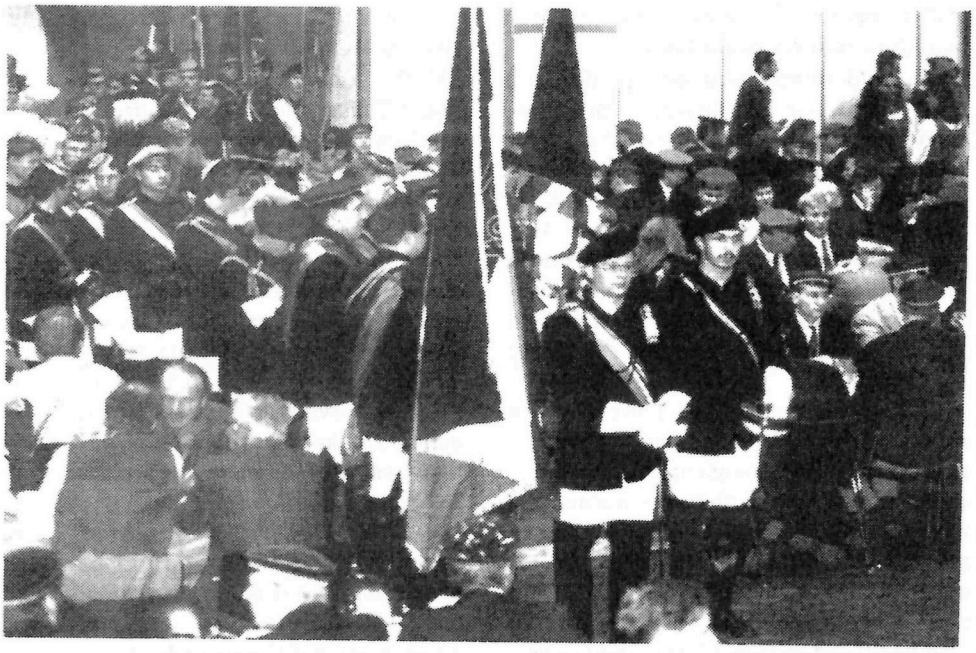


Herwig Kammler

Die „politische Literatur", die der „Festauschuß" diesen Ausführungen zugrundelegt, liefert der Alt-Nazi Otto **Scrinzi**, dessen 1994 als „Eckartschrift" der ÖSTERREICHISCHEN LANDSMANNSCHAFT erschienenes Machwerk „Südtirol - Ein zweites Elsaß?" neben der „Aula" und der „Jungen Freiheit" im Festprogramm beworben wird.

### „FESTFOLGE"

Nach dem „Einzug der Chargierten, Fahnen und Standarten" überbringt der FP-ler Gerulf **Stix** die Grüße des FREIHEITLICHEN AKADEMIKERVERBANDES. Dem folgt die Verkündung der „Grußworte", gesandt vom Salzburger Erzbischof Georg **Eder** und von Otto Scrinzi. Der Innsbrucker Universitätsrektor Christian **Smekal** hielt nicht viel von der Isolation der Rechten und schickte ebenfalls eine Grußbotschaft, worin er glaubte, den „Kommers"-Teinehmern ein öffentliches „Bekenntnis zur Demokratie" abringen zu können. Der Innsbrucker Bürgermeister **Van Staa** wollte gar am völkischen Treffen das Wort ergreifen, weilte jedoch just am 22. 10. in Wels. So liegen Van Staas Ausführungen nur schriftlich vor, werden jedoch „aus Zeitgründen" nicht verlesen. Der Bürgermeister umschmeichelt darin seine Gäste und verlangt das Unmögliche, wenn er ihnen empfiehlt, „einen scharfen Trennstrich zu jenen Rändern zu ziehen, die andere Gruppierungen als Vorwand nehmen, Sie pauschal zu diffamieren." Gleich dem Rektor irrte sich Van Staa wohl in den Adressaten seiner Worte, als er verlangt: „Schaffen Sie Klarheit in der klaren Verurteilung



Kongreßhaus-Saal mit Fahnen und Farben

nationalsozialistischer Verbrechen."

Nach einer musikalischen Darbietung der AKADEMISCHEN SÄNGERSCHAFT SKALDEN ergreift der FPÖ-Landtagsabgeordnete **Dillersberger** das Wort. Unter dem Gejohle der Kameraden liefert er seine Version des Rechtsstaates: „Wenn linksradikale Kräfte - so wie heute - sich zusammenrotten, so ist das eigentlich nur mehr in westlichen Demokratien möglich. Im Osten hat man sie ja längst davongejagt." Dillersberger berichtet über seine Zeit in Schule und Bundesheer, wo sich seine Einheit „das Beste vom treuen deutschen Süden" genannt habe.

Dann erklimmt der ÖVP-"Völkerrechtsexperte" Felix **Ermacora** das Rednerpult. Dieser klärt die Anwesenden zunächst über seine ursprüngliche Absage auf: Man habe ihm mitgeteilt, beim „Kommers" handle es sich um ein „Nazi-Treffen", worauf er sein Teilnahmeversprechen zurückgezogen habe. Doch in Gesprächen mit der „Festleitung"

# Felix ERMACORA

## EIN MANN AUS DER BRAUNZONE

Felix Ermacora

Durch die gezielte antifaschistische Recherearbeit stark in Bedrängnis geraten, kam den glücklosen Burschenschaftern im Vorfeld des „Kommerses" erwartungsgemäß die Tiroler FPÖ zu Hilfe. Auf einer Pressekonferenz in Innsbruck verkündeten die Haider-Mannen am 13. Oktober, es würden gleich mehrere Spitzenvertreter der Landespartei am „Kommers" teilnehmen. Der Obmann des FREIHEITLICHEN AKADEMIKERVERBANDES Tirol, Gerulf Stix, behauptete, es sei „eine große Lüge", daß es sich beim „Kommers" um ein „Nazi-Treffen" handle. Quasi als Gegenbeweis führte er den ÖVP-Völkerrechtsexperten Felix Ermacora an, der sein Kommen zugesagt habe.

Einmal davon abgesehen, daß ein ÖVP-Funktionär aus einem rechtsextremen Happening noch keine antifaschistische Kundgebung macht, ist die Person Ermacoras wenig geeignet, als wandelnder Persilschein hochgehalten zu werden. Der ehemalige Nationalratsabgeordnete und nunmehrige Obmann des ÖSTERREICHISCHEN KAMERADSCHAFTSBUNDES bewegt sich nämlich schon seit geraumer Zeit unter Völkischen.

Ermacora, der der 1961 als Hort des neonazistischen Südtirolterrors verbotenen Wiener Burschenschaft OLYMPIA mit einem Unbedenklichkeits-Gutachten beim Verfassungsgerichtshof zur Seite stand, schreibt in zahlreichen österreichischen bzw. deutschen Blättern aus dem rechtsextremen Spektrum. So in „Deutschland in Geschichte und Gegenwart", jenem Flagschiff des Revisionismus, als dessen Chefredakteur Wilfried **von Oven** werkt. Der in Argentinien lebende Oven verdiente sich übrigens seine journalistischen Meriten als Pressereferent Goebbels'. Michael **Kühnen** führt in seinem NS-Epos „Das Vierte Reich" Oven als einen derjenigen an, die den Wiederaufbau der NSDAP steuern.

Ermacora findet sich auch unter den „ständigen Mitarbeitern" von „MUT", einem deutschen Hochglanz-Theorieblatt, daß von der deklarierten Nazi-Postille zum typischen Organ der Braunzone mutierte, ohne daß dabei gleich die ganze Belegschaft ausgetauscht worden wäre. Ein Beitrag Ermacoras findet sich im „Handbuch zur deutschen Nation": Dieser zwischen 1986 und 1988 von Bernard **Willms** in drei Teilen herausgegebene Sammelband konservativen bis neofaschistischen Denkens vereinigt beinahe die gesamte Elite europäischer RechtsextremistInnen.

Auch für die Grazer „Aula" bringt der ÖVP-"Menschenrechtsexperte" dann und wann Einschlägiges zu Papier. Das vom Land Steiermark subventionierte Blatt der FREIHEITLICHEN AKADEMIKERVERBÄNDE unter der „Schriftleitung" des Ex-NDP-Reckens und „Brixen" Herwig Nachtmann freute sich jüngst über die Einstellung des Verfahrens gegen den Holocaust-Leugner Walter **Lüftl**. Dessen geschichtsfälscherisches Treiben bezeichnete die „Aula" als „Meilenstein auf dem Wege zur Wahrheit." Der angekündigte „Kommers"-Stargast Ermacora wiederum nannte den mit Einreiseverbot nach Österreich belegten Nazi-"Historiker" David **Irving** schon mal einen „Freund der Unparteilichkeit bei der Beurteilung der jüngsten deutschen Geschichte" (zit. in profil 13/89).

Das Gesetz, das Ermacoras „Freund(e) der Unparteilichkeit" an ihrem Treiben hindern solle, wurde 1992 novelliert. Dies veranlaßte den „Menschenrechtsexperten", die alte NS-Leier von der „Meinungsfreiheit" anzustimmen und österreichische Neonazis gar mit südafrikanischen Anti-ApartheidskämpferInnen zu vergleichen: „So wie im rassistischen Südafrika der `guten alten Zeit_, wo straffällig wurde, wer sich gegen die Apartheidpolitik in Wort und Schrift gewandt hatte," herrsche auch hier „eine politische Gesetzgebung, die bedauerlicher Weise mit doppeltem Maßstab mißt." (Aula 4/92) Ermacora, der sich u.a. als „Kurator" in der braun-schwarzen INTERNATIONALEN GESELLSCHAFT FÜR MENSCHENRECHTE betätigt, verfaßte darüber hinaus für die Revanchistentruppe ÖSTERREICHISCHE LANDSMANNSCHAFT die „Eckartschrift Nr. 50" zur „Selbstbestimmungsidee". ●

sei er von der Unwahrheit dieser Behauptung überzeugt worden.

Der sehschwache Stargast: „Hier sehe ich Personen und Persönlichkeiten, die mit dem Rechtsradikalismus schon allein deshalb nichts zu tun haben können, weil es die Südtiroler gewesen sind, die als erstes als Opfer Mussolinis und als Opfer Adolf Hitlers das Elend der Vertreibung und der Aussiedlung erleben mußten." Den Terror der „Freiheitskämpfer" rechtfertigt Ermacora, „weil dieser immer darauf geachtet hat, Menschenleben zu schonen." Der anwesende „Bumser" Kienesberger legte schon in den 60er Jahren dar, was ihm und seinesgleichen „Menschenleben" wert sind: Gegenüber der ARD rechtfertigte er die Ermordung zweier italienischer Finanzpolizisten im Juli 1966 und beantwortete die Frage nach dem Zeitpunkt weiterer blutiger Anschläge mit „Hoffentlich bald!"...

Nach Ermacora ergriff FP-Generalsekretär und -"Südtirolsprecher" Walter Meischberger das Wort. Der Innsbrucker Tankstellenpächter ließ sich nicht nur über seine „Europaregion Tirol" aus, sondern tröstete auch die durch die antifaschistische Mobilisierung arg drangsalierten Burschenschafter: Denn die „staatlich ernannten Antifaschisten" seien die eigentlichen Terroristen, was Meischberger mit einem „profil"-Artikel über ein „Anti-Nazi-Camp" in Bayern zu belegen versuchte. Darin geifert Markus „Schön"Huber über die Militanz der jugendlichen Antifas, die den Mörderbanden von Mölln und Solingen mehr oder weniger gleich seien.

Zum pathetischen Höhepunkt des „Kommerses" gerät schließlich der Auftritt des in Italien zu lebenslanger Haft verurteilten Südtirolterroristen Siegfried Steger.

Feuchtes Deutsch-Nationales

## Epilog

### POLIZISTEN UND FASCHISTEN

Am 30. November lud die „Akademische Landsmannschaft Tyrol" zu einer Podiumsdiskussion in ihr Innsbrucker Studentenheim. Bei dieser „Nachlese" zum „Kommers" belegte Gerulf Stix (FPÖ) einmal mehr die guten Kontake zwischen Staatspolizei und Rechtsextremisten: Bei seinem Versuch, die OrganisatorInnen der Gegen-Demo als „linksextreme Chaoten" zu entlarven, verwies Stix auf Abhörprotokolle von Gesprächen aus dem Wiener Büro des Aktionsbündnisses, die er vor sich auf dem Podium liegen habe.

Darüber hinaus sei er im Besitz aller Telefonnummern von an der Gegenmobilisierung beteiligten Gruppen und Personen. Auf die Frage, woher er, Stix, all diese Informationen bekommen hätte, antwortete er: „Von Vertretern des österreichischen Rechtsstaates"...

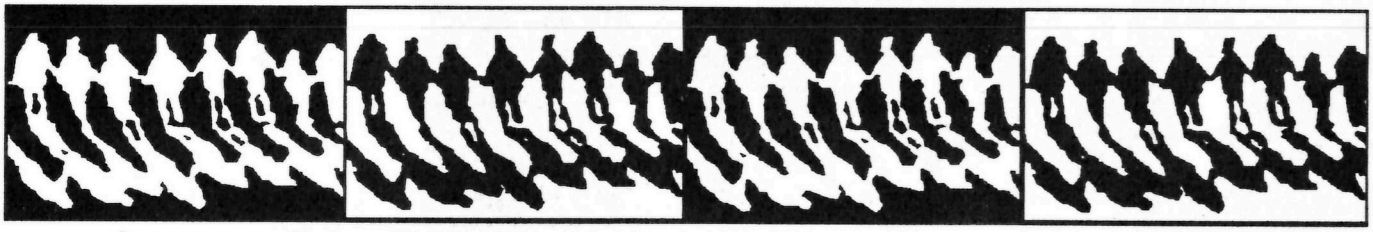
# Redebeitrag I

## Feministischer Widerstand gegen nazionale Männerbünde!

### Anlass dieser Demonstration

**ist der Gesamttiroler-Freiheitskommers, bei dem sich die nationalen Burschenschaften, Schützen und Turner treffen, um unter dem Motto „Europa im Umbruch" ihre Vorstellungen von deutsch-nationaler Vorherrschaft in Europa zu diskutieren.**

Dieses Stelldichein von Nationalisten, Revisionisten, Rassisten bis hin zu Bombenlegern wird von offizieller Seite nicht nur geduldet, sondern sogar gefördert. Die Stadt Innsbruck stellt die Kongreßhalle zur Verfügung, Vertreter von ÖVP und FPÖ nehmen direkt mit Referaten und Diskussionsbeiträgen teil und fördern dadurch die Akzeptanz rechtsextremer Inhalte.



### Einheit von Männern ist Ausschluss von Frauen

Dieses Großereignis dient nicht nur der Verherrlichung von (Deutsch-)Nationalismus und Südtirol-Terrorismus, sondern auch der Zurschaustellung und Idealisierung männerbündischer Strukturen. Feiern die Burschenschaften ihre traditionellen Saufgelage und Fechtkämpfe wenigstens noch in ihren „Buden" ab, so stellen ihre Aufmärsche eine öffentliche Provokation dar. In aller Deutlichkeit werden dabei die Ideale sichtbar, denen sie sich verbunden fühlen: Männerkult, Militär, Krieg, Hierarchie.

Wenngleich Frauen heute in manchen nicht-schlagenden Verbindungen formal geduldet werden, so ist der Preis für die Mitgliedschaft immer noch die totale Unterordnung unter die männerdominierten, hierarchischen Strukturen. Lesbische Beziehungen sind absolut tabuisiert. Der Ausschluß und die Diskriminierung von Lesben und sich deklarierenden Schwulen steht dabei nicht im Widerspruch zur Homoerotik, die für die Männerbündeleien charakteristisch ist. Einheit und Verbundenheit unter Männern funktioniert nur über die Ausgrenzung alles „Weiblichen" und klare Feindbilder. Sie sind notwendig zur Aufrechterhaltung der HERRschenden patriarchalen Normal-Verhältnisse.

### Männerbünde tragen diesen Staat

Kirche und Militär sind die Institutionen, bei denen der Ausschluß von Frauen/Lesben am deutlichsten sichtbar wird. Männerbündische Strukturen ziehen sich jedoch quer durch die Gesellschaft. Die Universitäten etwa, also die Institutionen, die Wissen, Bildung und somit den Zugang zu Macht verwalten, entwickelten sich aus burschenschaftlichen und kirchlichen, zunftähnlichen Zusammenschlüssen von Männern. Und sie basieren noch heute darauf. Wer's nicht glaubt, soll sich den „1000-jährigen Muff unter den Talaren" bei Promotionen oder universitären Gedenkfeiern ansehen. Erinnert sei auch an die geschlechtsspezifische „Arbeitsteilung" an den Unis: an der Basis 100% Frauen (Putzfrauen), an der Spitze 97% Männer. Die Mitgliedschaft in einer Burschenschaft oder im CV bzw. MKV ist noch oft genug unerläßlich, um an die einflußreichen Posten in Wirtschaft, Ministerien, Parteien etc. zu kommen; die Seilschaften sichern den jungen „Füchsen" das Erbe der „Alten Herren".

Einheit von Männern ist Ausschluß von Frauen

### Männlichkeitsriten schaffen faschistische Eliten

Keinesfalls kann Faschismus allein aus der Existenz von Männerbünden erklärt werden, noch sind Männerbünde per se faschistoid. Der Terror der VAPO kann nicht mit dem Deutschnationalismus der Olympia, diese nicht mit dem CV, der sich als antifaschistisch versteht, auf eine Stufe gestellt werden. Wir begreifen allerdings die, unserer Gesellschaft zugrundeliegenden patriarchalen Strukturen als zentrales Element für die Herausbildung und das Funktionieren von Sexismus, Rassismus, Antisemitismus und Nationalsozialismus.

# Redebeitrag II

## Gedenken an Ernst Kirchweger

Dieser beschränkte sich nicht nur auf das Sprengen von Strommasten, sondern kostete auch italienischen Sicherheitskräften das Leben. Ein Olympe, Günther Kümel, war für den erten Mord an einem Antifaschisten in der 2. Republik, an Ernst Kirchweger, verantwortlich.

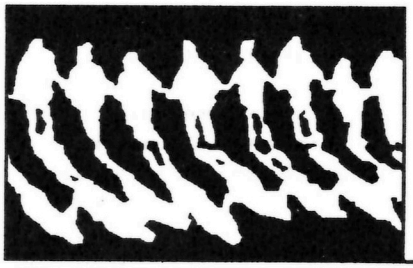
**Daran wollen wir im Folgenden erinnern.**

Ernst Kirchweger, Antifaschist, KZ-Häftling und Kommunist, starb im Alter von 67 Jahren bei einem antifaschistischen Protestmarsch. Dieser Marsch fand am 31. März 1965 statt und richtete sich gegen einen Nazi-Professor an der Hochschule für Welthandel. Er hieß Taras Borodajkevics. Rechtsradikale Studenten und Borodajkevics-Fans, ausgerüstet mit Schlagringen, Bleirohren und anderen Waffen provozierten die Demo mit Rufen wie „Hoch Auschwitz" und „Juda verrecke!".

Kirchweger, der den unsäglichen Terror eines KZ erlebt hatte, wollte die Provokateure zum Schweigen bringen und verließ den Schutz der Demonstration. Vor dem Hotel Sacher kam es zum Handgemenge mit den Nazis. Einer von ihnen, der Olympe Günther Kümel, schlug den 67jährigen Pensionisten tot.

Ernst Kirchweger erlag wenige Tage später den Folgen des Attentats.

**Nicht vergessen!**
**Nicht vergeben!**
**Olympias Terror kostete Kirchwegers Leben!**

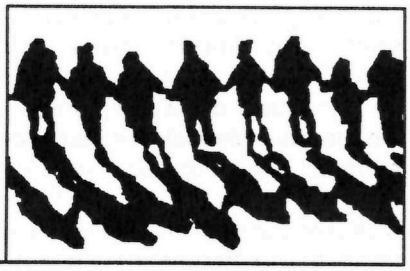


### Zum sog. „Freiheitskommers"

**lädt neben anderen rechtsextremen bis nazistischen Organisationen auch die Burschenschaft Olympia ein. Sie bekennt sich offen zum Deutschnationalismus. Die Olympen belassen es jedoch nicht bei Bekenntnissen, sie lassen ihnen auch Taten folgen: etliche Olympen waren aktiv im „Südtiroler-Freiheitskampf" der frühen 60er Jahre beteiligt.**

**Übrigens:**

Noch heute erinnert eine Gedenktafel an der Wirtschafts-universität in Wien an den Nazi-Prof. Borodajkevics; trotz heftiger Proteste der Basisgruppe WU wurde und wird dieser Schandfleck nicht abmontiert.




**Antifaschistisches iNFO BLATT**

**Das Antifa-Infoblatt erscheint als bundesweite Zeitung alle 2-3 Monate.**

Die Schwerpunkte sind:

* Entwicklungen und Aktivitäten der Neonazi-Szene in der BRD und international
* Entlarvung und Veröffentlichung ihrer FührerInnen
* Neue Rechte und Braunzone
* Antifaschistische Aktivitäten in der BRD und international
* Darstellung von Diskussionen über Möglichkeiten von Antifaarbeit
* Wirtschaftliche und soziale Entwicklungen
* Der Ruck nach Rechts und die Rolle der Biedermänner in der Regierung
* Rassismus, Sexismus und Nationalismus in der Gesellschaft
* Progressive Entwicklungen und Aktivitäten

Das Antifa-Info ist eine Grundlage für antifaschistische Aktivitäten von Einzelpersonen, Gruppen oder Organisationen. Es ist eine nichtkommerzielle Zeitung, die von aktiven AntifaschistInnen im Eigenverlag herausgegeben wird.

**Das Antifa-Info ist für 4,- + 2,- DM Porto zu erhalten. Ein Abo über 5 Ausgaben kostet 30,- DM.**
**Kontaktadresse: Antifa-Info, c/o L.Meyer, Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin**

# Kriminalisierung - von antifaschistem Widerstand

## „Damit kein falsches Bild in die Welt hinausgeht[1]"

**Der nazionale Schulterschluss klappt: VeranstalterInnen und TeilnehmerInnen des Aktionstags gegen Rechtsextremismus am 22. 10. 94 in Innsbruck sahen sich massiver medialer Hetze und Kriminalisierung durch eine Grosskoalition aus Lokalredakteuren, Politikern und Ermittlungsbehörden mit den Kommersveranstaltern ausgesetzt.**

In Innsbruck warf der 22. Oktober seine Schatten voraus. Nicht jedoch der von der deutschnationalen Burschenschaft Brixia veranstaltete „Gesamttiroler Freiheitskommers" sondern die vom Aktionsbündnis gegen Rechtsextremismus (ABR) organisierten Gegenveranstaltungen waren Thema der öffentlichen Auseinandersetzung.

Es bestand dabei von vornherein Einigkeit, daß Inhalte und Teilnehmer der deutschnationalen Kommersveranstaltung nicht zur Diskussion gestellt werden würden. Denn deren Veranstaltung entspricht ja dem Tiroler Wiedervereinigungsdogma, das in seltsamer Parallele zur ersten Strophe des Deutschlandliedes „von der Etsch bis an den Belt" durch das plakative Kommersmotto „Wir Tiroler - von Kufstein bis Salurn" bekräftigt wurde. Aber nicht nur die Zusammenhänge mit großdeutschem Liedgut fallen ins Auge, auch die Nähe zur ÖVP-Tirol ist offenkundig, die mit dem Wahlslogan „Wir Tiroler" offenbar ihre Monopolstellung in der „Südtirolfrage" gegenüber der FPÖ wiederherstellen wollte[2]. Vor diesem Hintergrund wird es deutlich, daß eine Gegenveranstaltung zum Kommers den Grundfesten des Geschichts- und Selbstverständnisses der Tiroler Polithegemonie, die sich in der zwanghaften Anstrengung, die Tiroler Wiedervereinigung weiterhin zu propagieren, weiter denn je von der Bevölkerung entfernt hat, widerspricht und eine Diffamierung der TeilnehmerInnen daher durch mediale Gewaltphantasien von Mollis und Steine werfenden, gewalttätigen „Opernballdemonstranten" geboten schien: Menschen, die sich den offiziell legitimierten Druck von rechts nicht mehr gefallen lassen, müssen zu gewalttätigen LandesverräterInnen werden. Landeshauptmann Wendelin **Weingartner** fühlte sich - Ausdruck der Verfangenheit in den überkommenen Wallnöferschen[3] Denkkategorien - denn auch genötigt, die Tiroler Ei(ge)nheit zu bekräftigen und betonte, hätte man

die Auseinandersetzung mit dem Kommers „uns Tirolern" überlassen, wäre es nie zu solchen „Problemen" gekommen[4]. Weingartner ist dabei in Sorge um das Ansehen Tirols in der Weltöffentlichkeit, bangt um die Konsensfähigkeit „seiner Tiroler" und möchte daher am liebsten jedes Aufkeimen von Widerstand von vornherein vermeiden. Schon allein aus PR-Gründen hätte er eine als volkstümliches Spektakel mit Großtiroler Inhalt getarnte Kommersveranstaltung massivem antifaschistischen Widerstand vorgezogen.

Am 14. 10. 94 trug die mediale Vorbereitung erste Früchte. Auf Anweisung der Staatsanwaltschaft Innsbruck wurde das Postfach des ABR geöffnet, weil laut Ermittlungsbehörden der Tatbestand des „Aufrufs zur Verhinderung einer genehmigten Veranstaltung" (§§ 281-285 StGB) erfüllt sei. Grund hierfür waren das Plakat zur Gegenveranstaltung und einige Passagen aus der Infobroschüre „Nachrichten gegen den Kommers"[5]. Nach Auskunft der Beamten hatte die StaPo selbständig Ermittlungen aufgenommen. In einer der folgenden Presseaussendungen erklärte Watschinger jr. jedoch, er habe gegen das ABR Anzeige erstattet.

### Ja - wer nun, Burschenschafter oder Stapozisten?

Die rechts-"Rechts"-Zusammenarbeit jedenfalls scheint wieder einmal hervorragend zu funktionieren[6]. Mit der vollzogenen offiziellen Kriminalisierung des ABR war der Startschuß zu einer beispiellosen medialen Hetzkampagne gegen alle KommersgegnerInnen gefallen. Politische Fragestellungen traten nunmehr vollkommen in den Hintergrund zugunsten einer einwöchigen Kriegsberichterstattung, die mit allen nur denkbaren Gewaltphantasien angefüllt war.

Einen guten Riecher für die Stimmung im Lande bewiesen wieder einmal Die Grünen. Ihre Kriminalisierungsstrategie war jedoch eleganter: in derselben KURIER-Ausgabe - auf der gleichen Seite, die auch den Schmidlschen und polizeilichen Gewaltphantasien Raum bietet - verkündete die grüne Landesrätin Eva Lichtenberger: „Wir wol-

len verhindern, daß am Samstag Gewalt stattfindet." Aus diesem Grunde zeigten Die Grünen zum Zeitpunkt der geplanten Kongreßhauskundgebung (22. 10., 19 Uhr) den Film „Beruf Neonazi" mit fachkundigen Kommentaren des - wie soll es anders sein? - unerträglichen Andreas Maislinger. Der Großtiroler Multikulti-Beauftragte Anton Pelinka, war auch dabei.

Immerhin: der medienmäßig groß aufbereitete Aufruf des Stadtpolizeipräsidenten Stattmann an „die Innsbrucker Bevölkerung", am Samstagnachmittag und -abend den Innenstadtbereich zu meiden (Straßenschlachten, Bombenattentate, Stadt in Flammen, oder was?), stieß nur teilweise auf Anklang: über 4000 TeilnehmerInnen an der Gegendemonstration hatten keinen Bock auf Panikmache - und noch viel weniger auf Burschenschafter und andere alte und neue rechte Flügel-Stürmer. ●

[1] Eva Lichtenbergers (Die Grünen) Sorge um das Ansehen der Tiroler Politkultur - zwei Tage vor dem 22.Oktober.

[2] Auch die Tiroler Grünen holen kräftig auf und ersetzen eine völkisch motivierte Europaregion in ökologisch verkleideter neurechter Diktion durch einen Lebensraum „Alpenregion (Tirol, d. A.) (...), um Menschen, die im gleichen Ökosystem leben, näher zusammenzubringen". Dieser soll sich durch „lokale Verwurzelung" der in ihm lebenden Bevölkerung auszeichnen. (Alessandra Zendron: Kann man das Rad der Geschichte zurückdrehen? in: Die Grüne Alternative Zeitung Nr. 14, 11/94).

[3] Wallnöfer (ÖVP), 1989 gestorbener legendenumrankter Tiroler Landeshauptmann, galt als „volkstümlicher" Verfechter Großtirols und gleichzeitiger Kämpfer für „Tiroler Tradition" und „Tiroler Fortschritt".

[4] Weiter konkretisierte Weingartner seine Vorstellungen von politischer Kultur Tiroler Art in seiner auf den Aktionstag folgenden Kampagne gegen die an der Organisation der Gegenveranstaltungen beteiligte Ausländerberatungsstelle und die in Tirol lebenden AusländerInnen, denen er, der Zustimmung der Kommersveranstalter und anderer Großtiroler Kreise gewiß, kurz und knapp das Grundrecht auf Demonstrationsfreiheit und freie Meinungsäußerung absprach: Er bezichtigte die Beratungsstelle des „Aufrufs zur Gewalt" und der „Mobilisierung von Ausländern" und die AusländerInnen des „Mißbrauchs des Gastrechts" durch Teilnahme an einer genehmigten Veranstaltung, §§ 1-3 nach dem Weingartnerschen Tiroler Gesetzbuch.

[5] Zit.: „Nicht zuletzt deswegen ist es wichtig, den 'Gesamttiroler Freiheitskommers 1994' zu verhindern.(...) Nur wenn es gelingt, das obszöne Vorhaben der Nadelstreif-, Couleur- und Trachtennazis zu verhindern, wenn es gelingt, sie politisch zu isolieren und ihre Pläne zu durchkreuzen, werden wir von neuen Terrorakten verschont bleiben." (Nachrichten gegen den Kommers, S.3)

[6] Nachdem die Repression ihren Zweck erfüllt hatte, wurde Ende November das Verfahren gegen ein Mitglied des ABR eingestellt.

# Tod

# DES ANTIFASCHISTEN HARALD HANISCH AM 21.10.1994 IN INNSBRUCK

**AM 4. NOVEMBER WURDE HARALD HANISCH BEGRABEN. DIE GENAUEN UMSTÄNDE SEINES TODES IN DER NACHT VOM 20. AUF DEN 21. OKTOBER 1994 IN INNSBRUCK, EINEN TAG VOR DER ANTIFASCHISTISCHEN DEMONSTRATION GEGEN DEN SOG. „GESAMTTIROLER FREIHEITSKOMMERS" SIND NACH WIE VOR UNGEKLÄRT. POLIZEI UND JUSTIZ UNTERNEHMEN NICHTS, UM SEINEN TOD AUFZUKLÄREN. IM GEGENTEIL, SIE VERWEIGERN NACH WIE VOR EINE FACHGERECHTE OBDUKTION UND EINEN BLUTTEST, DIE EINZIGE MÖGLICHKEIT FESTZUSTELLEN, OB HARALD BEREITS TOT ODER BEWUSSTLOS WAR, ALS IHN DER ZUG ÜBERROLLTE. NICHT EINMAL SEINEN ANGEHÖRIGEN WIRD AKTENEINSICHT GEWÄHRT.**

Harald war 17 Jahre alt, besuchte das Gymnasium Kandlgasse in Wien 7, wo er kurz vor seinem Tod zum Schulsprecher gewählt worden war. Er war Mitglied der Aktion Kritischer SchülerInnen (AKS) und seine Eltern respektierten und unterstützten seine Aktivitäten. Allerdings hatte Harald als bekannter Antifaschist im vergangenen Jahr immer wieder Probleme mit einer Clique von Neonazis aus dem VAPO-Umfeld an seiner Schule. Seine Bank wurde des öfteren mit Hakenkreuzen beschmiert, und nicht selten kam es zu verbalen Auseinandersetzungen. Im Gymnasium Kandlgasse kursieren ständig neonazistische Broschüren und Flugblätter. Dazu paßt, daß die - in Sachen Faschos untätige - Schulleitung jetzt Harald als „tablettensüchtig" diffamiert und darin einen Grund für einen „Selbstmord" sehen will. Wir sind es Harald schuldig, mit dem Faschistenpack - nicht nur- an seiner Schule aufzuräumen.

Harald war bereits am Donnerstag, den 20. Oktober nach Innsbruck gefahren, um sich an den letzten Vorbereitungen für die Demo am 22. Oktober zu beteiligen. Er kannte dort niemanden und war auch zum ersten Mal in Innsbruck. Von den örtlichen Gegebenheiten hatte er keine Ahnung. Es ist nicht bekannt, was er an diesem Tag/Abend genau getan hat. Dann in der Nacht auf den 21. Oktober leitete der Lokführer eines Güterzuges im Bereich Mühlau-Rauchmühle

eine Notbremsung ein, weil ein Körper regungslos auf dem Bahngeleise lag. Der Lokführer konnte den Zug nicht mehr rechtzeitig zum Stillstand bringen und überfuhr Haralds Körper.

Zu dem Ort, wo das geschah, kommt man nur über Schleichwege, die für Ortsunkundige eigentlich nicht zu finden oder zu erkennen sind. Wäre Harald jedoch direkt entlang der Gleise der Westbahnstrekke gegangen, hätte er einem Lokführer auffallen müssen, da auf dieser Strecke alle 7 bis 10 Minuten ein Zug verkehrt, und dieser hätte ihn sofort melden müssen. Keinem der Lokführer ist in dieser Nacht jemand aufgefallen.

Die Innsbrucker Polizei verhielt sich von Anfang an merkwürdig. Als die Rettung am Ort des Geschehens eintraf, war die Polizei unüblicherweise schon vor ihnen da und verwehrte den Rettungsleuten den Zutritt. Es wurde keine Spurensicherung durchgeführt, 30 Stunden nach Haralds Tod wurden am Unfallort noch Haarbüschel, eine Haarbürste, Zigaretten und anderes gefunden. Von seiner Brille fehlt bis heute jede Spur, was einen "nächtlichen Spaziergang" Haralds, der stark kurzsichtig war, noch unmöglicher erscheinen läßt.

Die Polizei hielt Haralds Tod noch bis Samstag Nachmittag geheim, was einer Nachrichtensperre gleichkommt, denn die erste APA-Meldung traf am Samstag um 15.36 ein und im Tiroler Lokalradio war um 17 Uhr das erste Mal von dem "Selbstmord eines Demonstranten" berichtet. Die amtliche Leichenbeschau dauerte keine zehn Minuten, es wurden - wie schon erwähnt - keine Harn-und Blutproben entnommen und auch auf Anzeichen von äußerer Gewaltanwendung oder Mißhandlung wurde Haralds Körper nicht untersucht.

Die Polizei schien von vornherein sicher zu sein, daß Harald Selbstmord begangen habe. Dafür gibt es bisher jedoch weder Beweise noch Motive. Auch für eine Gewalttat fehlen zwar aufgrund der „polizeilichen Ermittlungen" die Beweise, aber in der aufgeheizten Stimmung vor dem „Freiheitskommers" in Innsbruck können wir uns jede Menge Motive und potentielle Täter vorstellen.

Innsbruck - die Hauptstadt des schönen Tirol, mit einer Altstadt wie aus Zuckerguß und dem internationalen Flair einer Bauernstube, in diesem Innsbruck also wurde im Februar 1994 der Obdachlose Wolfgang Tschermutter von zwei minderjährigen Neonazi-Sympathisanten erschlagen, nachdem ÖVP-Politiker die Säuberung der Innenstadt von Obdachlosen, Junkies und Punks gefordert hatten. Im Prozeß gegen die beiden Mörder wurden ihre eindeutigen Kontakte zur Faschoszene nicht einmal erwähnt.

In diesem Innsbruck wurde auch schon mal ein langhaariger Student am hellichten Tag von Faschos zusammengeschlagen, müssen Ausländer-Innen und Obdachlose ständig mit Provokationen rechnen, muß sich das Jugendzentrum häufig gegen Skinheadüberfälle wehren.

Dementsprechend verhielt sich auch die Stadtregierung vor und am 22. Oktober 1994, als gegen das größte Faschotreffen dieses Jahres im deutschen Sprachraum demonstriert wurde. Das Rote Kreuz wurde mittels Notstandsverordnung verpflichtet, im Stadtzentrum ein Notlazarett aufzustellen, während die braven BürgerInnen von Polizei, Innenministerium und Landesregierung aufgerufen waren, die Innenstadt wegen „zu erwartender Ausschreitungen" (der Antifas) zu meiden. Aus Wien reisten rechtsextreme Polizeieinheiten an, um ausländischen Antifas den Zutritt zur Stadt zu verweigern und die DemonstrantInnen zu provozieren, während gleichzeitig Hundertschaften der Polizei die ankommenden Faschos beschützten.

Mittlerweile gab die Polizei auch zu, daß höchstwahrscheinlich in der Nacht von Haralds Tod im Bereich des Frachtenbahnhofs Hakenkreuzschmierereien an Güterwaggons registriert wurden. Zur allgemeinen Vertuschungstaktik paßt, daß die Polizei den Zeitpunkt der Schmieraktion nicht preisgibt, gleichzeitig aber öffentlich verkündet, es bestehe kein Zusammenhang mit Haralds „Selbstmord". Datiert wird die Nazi-Aktion abwechselnd mit Mittwoch und Donnerstag nachts.

Nach dem Kommers jammerten Tiroler Politiker, allen voran ÖVP-Landeshauptmann Weingartner, daß ihnen die Antifa-Demo die Verbrüderung mit den Faschisten verun-möglicht hatte. Weingartner: „Wenn das unter uns Tirolern geblieben wäre, wäre der Kommers kein Problem."

Der Tod des Genossen Harald Hanisch darf nicht „unter Tirolern" und vor allem nicht unter den Vertuschungsspezialisten der Polizei bleiben.

Die politische und polizeiliche Kumpanei mit den Fascho-Burschenschaften muß durchbrochen werden. Es geht nicht an, daß ein Burgfrieden Polizei-Burschenschaf-ter gegen die antifaschistische Bewegung durchgesetzt und dabei über Leichen gegangen wird. ●

**Bitte beachtet auch die letze Zeitungsseite!**

QUELLE: Flugblatt des „Ermittlungsausschuß 21. 10.", 2. Mitteilung, 7. 11. 1994

# Einige Anmerkungen zur Berichterstattung über die Antifa-Demo

## Vom 22. 10. in Innsbruck:

**Im folgenden Text wollen wir uns eher thesenhaft mit der Rolle der Medien und mit unserer Position als aktive AntifaschistInnen zu ihnen beschäftigen. Wir haben uns während und nach der Mobilisierung zur Demonstration gegen den "Freiheitskommers" in Innsbruck ein wenig mit den dazu in den Zeitungen abgedruckten Artikeln beschäftigt. Bevor wir uns mit der Berichterstattung befassen, kommen einige kurze grundsätzliche Überlegungen zur Funktion von Massenmedien.**

In einem demokratischen System kommt der Medienmaschinerie ein besonderer Platz zu. In ihr bündelt sich die öffentliche Meinung, doch keineswegs "objektiv", obwohl sich bürgerliche Medien gerne so sehen möchten. Sie intervenieren ganz bewußt in politische Prozesse, wenn es ihnen in ihr Konzept paßt. Als markantes Beispiel hierzu wären die Auseinandersetzungen um das geplante Donaukraftwerk Hainburg zu nennen, wo die Kronen Zeitung eine erfolgreiche Kampagne gegen die Regierungspositionen und gegen das Kraftwerksprojekt führte. Vor allem in entwickelten Industriestaaten nehmen Medien den Rang einer vierten Gewalt (neben der Legislative, der Justiz, und der Exekutive) ein. Durch die Auswahl der Informationen und der Berichterstattung selbst, bestimmen sie oft politische Brennpunkte, zwingen PolitikerInnen zu Stellungnahmen, machen ein Thema "brisant". Die Auswahl erfolgt keineswegs willkürlich, die Interessen der Kapitalgeber (Profit bzw. politische Einflußnahme) und LeserInnen sind im unterschiedlichen Maße mitentscheidend für die Blattlinie.

**BUNDESPOLIZEIDIREKTION INNSBRUCK**
**Zahl: P-217** Innsbruck, am 14. 10. 1994

**ANKÜNDIGUNG DER BUNDESPOLIZEIDIREKTION INNSBRUCK**

Die Bundespolizeidirektion Innsbruck kündigt gemäß § 54 Abs. 5 des SPG an, daß anläßlich des Tiroler Freiheitskommerses und mehrerer für den 22. 10. 1994 angemeldeter Versammlungen im Zeitraum von 21. 10. 1994 bis 23. 10. 1994 im gesamten Gemeindegebiet der Stadt Innsbruck zur Vorbeugung von gefährlichen Angriffen gegen Leben, Gesundheit oder Eigentum von Menschen, personenbezogene Daten Anwesender mit Bild- und Tonaufzeichnungsgeräten ermittelt werden.

**Der Polizeidirektor:**
**HR Mag. Sattmann**

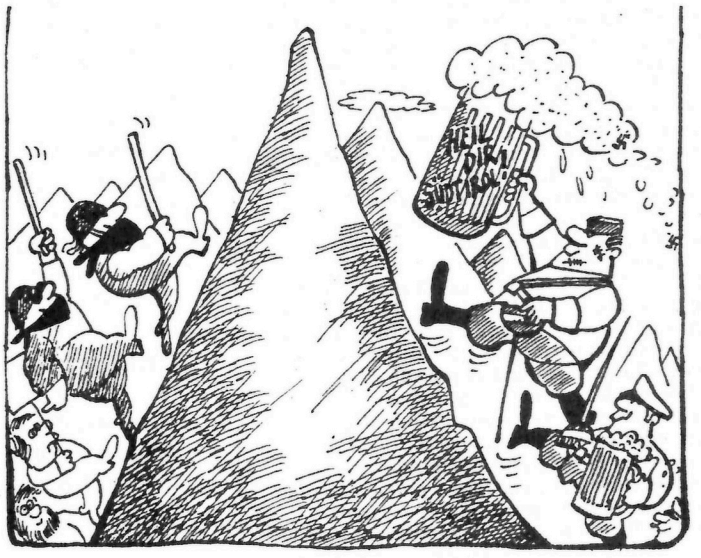
### Wir und die Medien !

Inwieweit sind bürgerliche Medien für unsere Inhalte überhaupt nutzbar, oder auch andersrum gefragt, inwieweit werden wir in unserer politischen (antifaschistischen) Arbeit von ihnen bestimmt?

Wir sehen Medienarbeit immer als eine Gratwanderung. Auf der einen Seite können wir die Medien nicht rechts liegen lassen, sie sind ein zu mächtiger politischer Faktor, der jedoch, und das erscheint uns nicht unwichtig zu betonen, durch seine Inhomogenität Spielräume offenläßt. Andererseits zeigen die gemachten Erfahrungen und unser Verständnis über die herrschaftsstabilisierende Funktion bürgerlicher Medien in einem kapitalistischen System ganz klar, daß wir uns nicht der Illusion hingeben dürfen, sie für unsere Inhalte instrumentalisieren zu können. Oft genug wird der politische Erfolg einer Aktion alleine an der Medienwirksamkeit (und nicht an der konkreten Durchsetzung politischer Ziele, z.B.: der Verhinderung bzw. Behinderung von Nazitreffen) gemessen. Oder schielen wir nicht in Ermangelung einer starken linken, antifaschistischen Bewegung, umso intensiver nach den Medien?

In diesem Spannungsfeld gilt es nun ein taktisches Verhältnis zur Journaille zu entwickeln und sich dabei nicht zu überschätzen. In der Mobilisierung zur Verhinderung des Kommerses war die Pressearbeit ein wesentlicher Bestandteil um die neonazistischen Hintergründe des Treffens offenzulegen und eine Distanzierung der staatstragenden Organisationen und Parteien von den deutschnationalen Burschenschaften zu erreichen (was in Tirol keineswegs selbstverständlich ist).

Es war klar, eigene Inhalte und radikale Kritik in der bürgerlichen Presse nicht unterbringen zu kön-




**Berg heil**
Kurier vom 23. 10. 1994

Karikatur: Pietro R. Hausn

KOMMENTAR

Hans Rauscher

# Wenn die Demokraten nicht rechtzeitig aufwachen

Innsbruck glich einer Festung. Polizeisondereinheiten mußten zu einem „Gesamttiroler Freiheitskommers" deutschnationaler und schlagender Burschenschaften und Studentenverbindungen herangekarrt werden. Man befürchtete Zusammenstöße zwischen Rechtsradikalen und linken Gegendemonstranten.

Und wie kam es soweit? Wenn die Demokraten solche Auftrumpf-Veranstaltungen der extremen Rechten nicht rechtzeitig abfangen, dann erhalten die „linken Chaoten" ihre Chance, über die nun gejammert wird.

Vor allem im bürgerlichen Lager, bei aufrechten Konservativen, hat man viel zu lange diese „nationalen" Gruppen als weltanschichtige ideologische Verwandte betrachtet. Dabei wurde aber übersehen – und nicht nur in Tirol –, daß sich diese rechte Szene inzwischen dramatisch radikalisiert hat.

Beispiel gefällig? Im Dunstkreis des „Freiheitskommers" taucht auch eine Dachorganisation Wiener Burschenschafter auf, deren Sprecher bis vor kurzem ein gewisser Franz Radl gewesen ist – wegen Wiederbetätigung verurteilter Neo-Nazi, derzeit auf seinen Briefbomben-Prozeß wartend. Der „Freiheitskommers" wird von Personen und Gruppen unterstützt, die im „Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus" prominent firmieren – etwa die Innsbrucker Burschenschaft „Brixia".

Diese Verbindungen sind nicht verboten, man kann die Veranstaltung daher nicht verbieten, wird argumentiert. Aber warum muß die Stadt Innsbruck diesen braunen Gruppen ihre Kongreßhalle geben?

Weil brave bürgerliche Demokraten (noch) nicht wahrhaben wollen, was da in der rechten Szene herangewachsen ist. So wie man nicht wahrhaben wollte, was der Herr Hans-Jörg Schimanek jun. treibt – bis endlich das mutige Auftreten der Richterin Eckbrecht einen Informanten dazu brachte, längst vorhandene, aber nicht genutzte Beweisstücke wie das Gurgeldurchschneide-Video dem Gericht zu übergeben. Man hat diese „Wehrsportgruppen" als „blede Buam" verharmlost (mitsamt ihren biedermännischen FPÖ-Vätern).

Wenn sich die Demokraten nicht rechtzeitig wehrhaft zeigen, dann wittern die Rechtsextremen Morgenluft. Ergebnis: zwei Briefbomben-Wellen und eine Rohrbombe in Klagenfurt, vor kurzem noch von Löschnak ins „Rotlicht-Milieu" verwiesen (!).

Daß ein Haider-Adlatus wie Walter Meischberger „selbstverständlich" beim Freiheitskommers reden wollte, wird niemand verwundern. Unbegreiflich aber, warum der liberale Innsbrucker Bürgermeister Herwig van Staa glaubte, es hätte einen Sinn, vor den schlagenden Burschen eine abwiegelnde Rede zu halten oder sie vorlesen zu lassen.

Immerhin wollten christliche, grüne und sozialdemokratische oder ganz einfach demokratische Gruppen Samstag zeigen, daß sie das rechte Auftrumpfen nicht unwidersprochen hinnehmen und den linken Chaoten nicht das Monopol auf Protest überlassen wollen.

nen. Weder Kritik an der nationalistischen Haltung der meisten Parteien in Tirol und Österreich zur Südtirolfrage, noch an der immer mehr nach rechts driftenden, rassistischen Gesetzgebung und deren Vollzug, geschweige denn unsere theoretischen Überlegungen zu antifaschistischer Politik, hätten in der Berichterstattung Platz gefunden.

### UND WAS STAND IN DEN ZEITUNGEN?

Schon zwei bis drei Monate vor dem Kommers berichteten Regionalzeitungen (Tiroler Tageszeitung, Kurier-Regionalteil "Tirol" ) über Proteste des BUNDES DER OPFER DES POLITISCHEN FREIHEITSKAMPFES, der ISRAELITISCHEN KULTUSGEMEINDE und der ÖSTERREICHISCHEN HOCHSCHÜLERSCHAFT. Auch der veranstaltenden Burschenschaft BRIXIA wurde Raum gegeben sich zu verteidigen. Mit der Distanzierung des katholischen Cartellverbandes und der Absage des Festgottesdienstes für die Kommersteilnehmer Anfang Oktober, konnten die Printmedien noch wenig anfangen, als aber Gegenveranstaltungen (inklusive der bundesweiten Antifademo in Innsbruck) bekannt wurden, stürzten sie sich auf dieses Thema. Jetzt rochen die Zeitungen eine heiße Story, denn zu diesem Zeitpunkt *"sickerte durch, daß über 800 Exekutivbeamte", "zahlreiche Einheiten der Wiener Polizei-Alarmabteilung "WEGA" und des Gendamerieeinsatzkommandos "KOBRA"* " anreisen würden. Innsbrucks Polizeidirektor Stattmann meinte hierzu: *"Das wird schwierig dafür zu sorgen, daß beide Veranstaltungen ordnungsgemäß ablaufen"*. (Kurier, 12. 10. 94) Noch heißer wurde es, als die JournalistInnen bemerkten, daß sich auch autonome AntifaschistInnen an der Mobilisierung beteiligten. Zu brennen drohte es bereits, als in Vorarlberg ein tendenziell idiotisches Flugblatt auftauchte, in dem u.a. zu lesen war: *"Street Antifa wehrt sich - Street Antifa erwache (!) ... Nur der autonome antifaschistische Straßenkampf wehrt sich noch gegen den Faschismus. Gegen die Machtübernahme und die Zerstörung durch die Faschisten. Wir leben im Widerstand und sterben im Untergrund."*. Nun war für die Presse wieder einmal alles klar. Nachdem der Schreiberling ziemlich schnell ausgeforscht war und mit gerichtlichen Verfahren rechnen muß, hatten Faschos wie der Organisator des Kommerses, Franz Watschinger, und die bürgerlichen Medien Grund gegen DemonstrantInnen zu hetzen. Das Wiener Boulevardblatt "Täglich Al-

les" sah am 19. 10. *"Die Schlacht von Tirol"* über Innsbruck hereinbrechen, Roland Bauer vom Kurier konnte seine lyrische Ader nicht bändigen und schrieb, unter Berufung auf Polizeidirektor Stattmann folgende Zeilen: *"Es gelte, 'bei einer bewußt großen Toleranzschwelle' für Sicherheit und Eigentum der Bürger, aber auch für reibungslosen Ablauf der gegensätzlichen Demonstrationen zu sorgen. Mit dem vor-*

Sonntag
KURIER 23. Oktober 1994

CHRONIK

# Festung Innsbruck: Sie kamen mit Brandbombe, Handgranate

Demonstration gegen „Freiheits-Kommers" verlief dann recht friedlich und ruhig

*sorglichen Aufruf an die Bevölkerung, ab Samstag mittag das ohnedies zernierte Aufmarschgebiet zwischen Landhausplatz und Kongreßhaus vorsorglich zu meiden und Hab und Gut in Sicherheit zu bringen. Weil, so Stattmann, Hinweise vorlägen, daß Berufskrawallisten ('von links und rechts') aus benachbarten deutschen Gestaden das Herz der Alpen*

## Burschenschafter-Treffen macht Innsbruck zu einem Heerlager

**Fast 1000 Polizisten** sollen verhindern, daß es heute am Rande eines „Freiheitskommerses" in Innsbruck zu Ausschreitungen kommt.

## Innsbrucks „Belagerung" steht

*für professionelle Gewalttätigkeiten sezieren könnten."* (Da es in den letzten Jahren in Österreich kaum Ausschreitungen bei Demonstrationen gab, mußten die GewalttäterInnen aus angrenzenden Ländern kommen. Besonders dankbar griffen die Medien eine Meldung der österreichischen Staatspolizei auf, in der es hieß, unter den vermummten DemonstrantInnen seien auch 25 Aktivisten der neofaschistischen NATIONALEN ALLIANZ aus Italien gewesen. Dieses Gerücht fand keine Bestätigung, wir haben einige GenossInnen aus dem Schwarzen Block gefragt, niemand hatte diesbezüglich etwas bemerkt. Es kann sich also hier um Desinformationspolitik der Stapo handeln, um mit der Strategie links = rechts = Gewalt militante Antifapolitik zu diskreditieren. Hingegen wurde die Nachricht, daß der Wiener Antifaschist Harald Hanisch unter noch immer ungeklärten Umständen zwei Tage vor der Demonstration in Innsbruck ums Leben kam, von Polizeistellen bis nach der Demonstration zurückgehalten.) Die befürchteten Krawalle blieben aus, und so mußte sich die Presse auf ein paar beschlagnahmte Waffen stürzen, um die Gewaltbereitschaft zu belegen. Beachtung soll noch jener Kommentar vom Kurierkolumnisten Hans Rauscher vom 23.Oktober finden. Er, ein anständiger Demokrat, beklagt, daß Bürgerliche und aufrechte Konservative, die eigentlich viel zu lange Nazis als weitschichtige ideologische Verwandte betrachteten, sich endlich antifaschistisch betätigen sollten. Denn bürgerlicher Antifaschismus ist der wirksamste Kampf gegen Links, oder haben wir da was falsch verstanden? (siehe Faksimile)

Die Art und Weise der Berichterstattung hat uns im großen und ganzen nicht überrascht, es gab neben den vielen Lügen und Verdrehungen, die uns zum Lachen und Erstaunen brachten, aber ebenso ein bißchen Gänsehaut verursachten, auch einige gute Hintergrundartikel und klare Stellungnahmen gegen die Veranstaltung der schlagenden Burschenschaften. Dies führen wir jedoch eher auf den Spielraum der einzelnen JournalistInnen innerhalb der Redaktionen zurück, als auf die Blattlinien. (So fanden sich z.B.: im Kurier und der Tiroler Tageszeitung an unterschiedlichen Tagen sich widersprechende Artikel.) Wie schon erwähnt müssen wir bei unserer antifaschistischen Arbeit zu den bürgerlichen Medien ein taktisches Verhältnis entwickeln, da sie eine wichtige Funktion bei der Öffentlichmachung von faschistischen Strukturen erfüllen können. Gleichzeitig muß uns klar sein, daß sie rassistische Diskurse mittragen, und selbst liberale Tageszeitungen wie der Standard solche initiieren. (Siehe die Kolumnen von P. M. Lingens im Standard Anfang November 1994, in denen er die Verschiedenartigkeit von "Rassen" unter Überschriften wie "Sind Schwarze dümmer als Weiße?" behandelte.) ●

Manfred Maurer

MEINE MEINUNG

## Zweierlei Maß

*Innsbruck befand sich am Samstag im Belagerungszustand. Doch die befürchteten Randale aus Anlaß des „Freiheitskommerses" blieben nicht nur dank eines riesigen Polizeiaufgebotes aus. Auch die Burschenschafter hatten sich nicht wie der Teufel verhalten, den das „Aktionsbündnis gegen Rechtsextremismus" in blindem Eifer und manche Politiker in vorauseilendem Gehorsam gegenüber dem linken Lager an die Wand gemalt hatten. Es mag schon stimmen, daß manche „Schlagende" eine klare Abgrenzung zum rechtsextremen Lager missen lassen, doch dieser „Freiheitskommers" bot keinen Anlaß zu derartigen Vorwürfen. Die Organisatoren verweigerten sogar dem verurteilten Südtirol-Aktivisten Karl Außerer den Zutritt zum Kommers.*

*Die Gegenseite nahm es in dieser Hinsicht weniger genau. Das „Aktionsbündnis" lehnte eine Ausladung der in Deutschland wegen ihrer Verbindungen zur linken Anarcho-Szene und der Beteiligung an einem Anschlag ebenfalls rechtskräftig verurteilten Journalistin Ingrid Strobl ausdrücklich ab.*

*Daran freilich hat sich niemand gestoßen. Nach wie vor wird mit zweierlei Maß gemessen. Wer die Wiedervereinigung Tirols fordert, gilt nicht bloß als realitätsferner Utopist, sondern als Nationalist – und in der semantisch verbrämten Diktion bereits als „Nazionalist".*

*Linke Chaoten, die vermummt und mit Molotow-Cocktails bewaffnet von Demo zu Demo pilgern, fühlen sich dagegen als Hilfssheriffs im Kampf gegen Rechts – auch wenn die angefeindeten Rechten keine Extremisten sind und die Aufmärsche gegen sie irgendwie an Don Quichottes Windmühlensturm erinnern.*

**Manfred Maurer**, Kolumnist in den ÖVP-Parteizeitungen "Neues Volksblatt" und "Salzburger Volkszeitung"
Volksblatt vom 24. 10. 1994

# "Bürgerlicher Antifaschismus" & Medienrandale

## Eigentlich wollten wir hier

**einen Diskussionsbeitrag zum Umgang mit bürgerlichen Medien und den Versuchen, ein autonomes Infonetz aufzubauen am Beispiel der politischen Vorfeldarbeit gegen den „Kommers" formulieren. Doch dann kam alles anders:**

Auf Nachbereitungstreffen zur Demo in Innsbruck und beim obligaten Szene-Tratsch wurden Töne angeschlagen, die für den Umgang unter radikalen Linken mittlerweile bezeichnend sind. Der Vorwurf des „Verrates" und des „bürgerlichen Antifaschismus" an die Adresse der „Deeskalierer" ist hier noch das Harmloseste. Frauen/Lesben sahen sich hier schon mit dem Vorwurf der „Feigheit" konfrontiert, was aus dem Mund tapferer Recken aber auch als Diagnose politischer Weitsicht verstanden werden kann. Wie schon bei vergleichbaren Anlässen, doch mit bisher unbekannter Vehemenz, wird gegenwärtig Position bezogen, indem mann bestimmte Begriffe für sich beansprucht („autonomer Antifaschismus", „Militanz" usw.) und andere zuweist („bürgerlicher Antifaschismus", „Legalismus" usw.).

Da die Auseinandersetzung um die Strategie gegen den „Kommers", um Demoverhalten und Auftreten, konkrete Kritik und schwachsinnige Anwürfe in mehreren Ausgaben des TATblatts weiteren Platz fanden/finden werden, wollen wir hier ein Stück darüber hinausgehen und einen allgemeiner gehaltenen, grundsätzlichen Text abdrucken.

Die von deutschen GenossInnen vor rund zwei Jahren verfaßte „Medienrandale", die vollständig im gleichnamigen Buch enthalten ist, scheint uns in mehrerlei Hinsicht geeignet, die Diskussion voranzutreiben. Denn diese erschöpft sich nach mehr oder weniger erfolgreichen Aktionen mit auffallender Regelmäßigkeit in formelhaften Beschwörungen „autonomer" Stehsätze. Zum einen verbindet der Text die ursprünglich von uns beabsichtigte Kritik an den Medien mit dem Hinterfragen konventioneller Formen linksradikaler Politik. Zum anderen ist er ein anschauliches Beispiel dafür, daß Auseinandersetzungen unter Linken auch jenseits von Denunziation und dem Einsatz von Worthülsen geführt werden können. Auch wenn viele die „Medienrandale" schon kennen, eine neuerliche Lektüre unter dem Eindruck der Demo in Innsbruck und der folgenden Debatten könnte - so hoffen wir - den Blick freimachen auf die eigene Praxis.

Zum Weiterlesen:

**medienrandale - rassismus und antirassismus. die macht der medien - ohnmacht der linken?**
autonome a.f.r.i.k.a-gruppe/ mittlerer neckar (hg.) Trotzdem-Verlag, Stuttgart 1994

autonome a.f.r.i.k.a-gruppe/mittlerer neckar

# Medienrandale (II)

## Weitere Fragen politischer Praxis

*„Es geht ... um das Ausmaß der Unfähigkeit auf Seiten der Linken, sich den wahren Problemen der Strategie und Taktik eines massenhaft geführten antirassistischen Kampfes zu stellen und sie konstruktiv durchzudiskutieren. Um ehrlich zu sein, unser gemeinsames Wissen reicht nicht aus, um die Rückseite einer Briefmarke zu füllen. Und dennoch tun wir in unseren Diskussionen über taktische Fragen und in unseren politischen Einschätzungen weiterhin so, als seien die Antworten bereis komplett in einer Art Neuausgabe von Lenins 'Was* Tun?' *niedergelegt ... Wie ichn sehe ahnen wir erst, wie ein massenfähiger antirassistischer Kampf zu führen wäre oder wie der Zug des rassistischen Alltagsbewußtseins, der heute das Denken der Massen beherrscht, umzuleiten wäre. Diese Lektion sollten wir besser ziemlich schnell lernen."* (Stuart Hall)

Ausgangspunkt unserer Beschäftigung mit der bürgerlichen Medienrandale waren die autonomen Störaktionen der Weizsäcker- und Heuchlerdemo am 8. November 1992. Abgesehen von einer Analyse, mit welchen „journalistischen Mitteln" die bürgerlichen MedienmacherInnen zwischen den Spalten und über die Frequenzen randalieren, ging es in „Medienrandale (I)" bereits um die Schwierigkeiten der Vermittlung von Inhalten autonomer Politik unter den gegenwärtigen politischen Kräfteverhältnissen und unter der Voraussetzung einer auf fast allen Ebenen bürgerlicher Gesellschaft vorhandenen Hegemonie rassistischer Diskurse. Schon dort stand auch die Frage an, welche Voraussetzungen der eigenen Theorie und Praxis zu der diskursiven Niederlage nicht nur in der rassistischen Asyldebatte geführt haben.

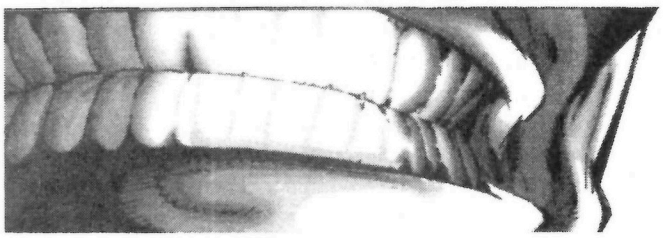
Der nun vorliegende zweite Teil unserer Überlegungen legt das Gewicht noch mehr auf die aktuellen Probleme der Inhalte und Formen linksradikaler Praxis in der Bundesrepublik. Im fol-

genden erscheint es uns wichtig, jene Tendenzen zu problematisieren, die über kurz oder lang den politischen Bankrott bedeuten könnten. Nach dem Motto "Die Autonomen machen keinen Fehler - sie sind der Fehler" (Heinz Schenk) käme es dann nur noch darauf an, sich von bzw. aus ihnen zu verabschieden. „Medienrandale (II)" ist aber kein „Abschied", sondern ein Versuch, das autonome Agieren selbstkritisch zu untersuchen, bestimmte Mythen zu hinterfragen und die sich daraus abzeichnenden Konsequenzen für ein linksradikales politisches Projekt herauszuarbeiten. Wir wollen im folgenden anhand einiger Beispiele die gegenwärtige Krise der antifaschistischen „Alltagspraxis" diskutieren.

Nach den Morden in Mölln hieß es in Stuttgart, nun habe die Auseinandersetzung mit den Faschisten eine neue Qualität erreicht, es müßten verstärkt Fascho-"Zusammenhänge" wie die Fascho-Kneipe „Kolbstube" angegriffen werden. Das Vorbereitungsplenum sah sich aber nicht in der Lage, einen entsprechenden Beschluß für nicht anwesende Demonstranten zu treffen. So wurde für die Demo *'Kein Vertrauen in den Staat! Bekämpfen wir die faschistischen Organisationen!'* am 28. November vereinbart, keine Aktionen gegen das Fascho-Lokal zu unternehmen. Die Diskussionen um das Vorgehen sowie der Aufruf *(„Militante Aktionen gegen Strukturen der Faschisten vorbereiten")* riefen die lokalen Zeitungen schon im Vorfeld auf den Plan (Stuttgarter Nachrichten: *„ ‚Autonome' rüsten gegen ‚Faschos' ")*. Da Militanz angesagt war und offenbar der Schaukampf ‚rinks' gegen ‚lechts' unmittelbar bevorstand, zeigten auf einmal auch die bürgerlichen Medien „Interesse" am antifaschistischen Kampf. Welche Erlösung, nach dem monatelangen rechten Terror endlich wieder einmal auf das gewohnte Feindbild zurückgreifen zu können.

Die bewaffnete Staatsgewalt versuchte während der Demonstration, durch massenhafte Präsenz, Spaliere, Schlagstöcke und mit Pferden zu provozieren. Alles vergebens. Die TeilnehmerInnen ließen sich nicht auf das offensichtliche Spiel ein, das da inszeniert werden sollte. Demgegenüber gelang es in einigen Redebeiträgen und vor den Augen zahlreicher PassantInnen, eine inhaltlich klare und gute Zwischenkundgebung durchzuführen. Angesichts des martialischen Polizeiaufgebotes im Rücken der Demonstration wurde auch für Unbeteiligte deutlich, daß die bewaffnete Staatsgewalt sich allemal lieber mit Linken prügelt, als die Mordtaten der Rechten zu verhindern.

Doch zwei Stunden nach dem Ende der Demonstration machten sich 47 Leute auf den Weg zu dem Fascho-Lokal, das schon unter der Woche zweimal angegriffen worden war. Dabei sind sie den Bullen in die Falle gegangen. 22 Verhaftungen sind das jämmerliche Ergebnis der Dummheit, an einem solchen Tag unbedingt „militant" agieren zu wollen. Die Initiatoren meinten, sie hätten nicht warten können, weil „wir so oft nicht soviele sind, um eine solche Aktion wagen zu können". Auf die Vorhaltung, daß beschlossen war, an diesem Tage derlei besser bleiben zu lassen, hörten wir nur: *„Was geh'n uns die Beschlüsse von so 'nem Scheißpazifistenplenum an - wir machen das, was wir für richtig halten".*



Darüber hinaus vermochten nun die Medien aber wieder vom Inhalt der Demo abzulenken und berichteten hauptsächlich über die gescheiterte Aktion: *„Samstag mittag nach einer Demonstration linker Gruppen gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkdt: 22 Personen nach Steinwürfen festgenommen. Angriff auf ein Lokal rechter Szene verhindert - Gewahrsam bis zum frühen Morgen"* (Stuttgarter Zeitung, 30. 11. 1992).

Wir stellen dieses Beispiel deshalb an den Anfang, weil sich daran mehrere Probleme militanter linker Praxis kaleidoskopartig entfalten lassen. Zunächst die Frage nach dem Interesse der Medien an „den Autonomen", dann die Frage nach der Problematik von Militanz und voluntaristischem Subjektivismus angesichts einer stärkerwerdenden rechten Jugendkultur sowie schließlich die Notwendigkeit, sich dazu praktisch wie inhaltlich zu verhalten.

### 1 Die Autonomen - ein Medienclip?

Obwohl keiNe AutonomeR zu sagen vermag, was die „Autonomen" sind, ist diese Spezies in den Medien sehr viel wahrnehmbarer geblieben als jede andere linke Richtung. Warum? Haben sie ein politisches Patentrezept gefunden, das sie nach 1989 dazu befähigte zu überleben? Waren es ihre politischen Inhalte oder sind sie deshalb, weil sie nicht nur Debattierzirkel und Resolutionsmaschinerien darstellten, sondern immer auch jugendkulturelle Bedürfnisse befriedigten, attraktiv geblieben? Zynischerweise ließe sich antworten: Gerade weil „die Autonomen" inhaltlich am diffusesten von allen linken Gruppierungen und Richtungen ausfielen, machte ihnen der Zusammenbruch der Gesellschaften sowjetischen Typs am wenigsten zu schaffen.

Doch das Interesse der Medien an „den Autonomen" hat sehr viel mehr mit der Verfaßtheit der Medien denn mit der realen politischen Bedeutung autonomer Politik zu tun. Bürgerliche Medien sind ereignisfixiert, der Fetisch „Ereignis" konstituiert ihr Interesse an den autonomen Aktionen. Für die inhaltlichen Anliegen linker und autonomer Politik ist in diesen Medien kein Platz, wohl aber für die Formen militanter Folklore.

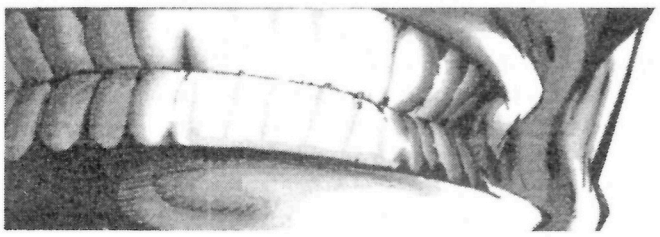
Und mit „den Autonomen" haben sie eine politische Richtung gefunden, die sich selbst nur allzugern symbolisch-visuell konstruiert und stilisiert. Von dem jeweiligen Selbstverständnis profitieren beide. Für „die Autonomen" läßt sich gar vermuten: Ohne derartige Medien würden sie in dieser Form nicht (mehr) existieren. Die Attraktivität der Autonomen ist nicht zuletzt das Ergebnis eines Mediendiskurses, der sie zu jenen entschlossenen militanten Kämpfern in schwarz stilisiert und die symbolische Repräsentanz mit Lederjacke, Stein und Molli immer mehr und im-

mer von neuem zum unhinterfragten Selbstbild zahlreicher (männlicher) junger Aktivisten werden läßt.

Wenn dieses medial konstruierte Fremdbild unverdrossen als Selbstbild gepflegt wird, besteht permanent die Gefahr, daß Militanz immer mehr zu einem Inhalt gerät und immer weniger ein Mittel ist, das es von Fall zu Fall abzuwägen gilt. Als Erfolg autonomer Politik wird dann allzuoft die Durchsetzung der Form anstatt der Verbreitung zu vermittelnder Inhalte angesehen.

**"...DIE UNTERSCHIEDE ZWISCHEN „AUTONOMEN" UND „FASCHOS" SIND VON AUSSEN, IM MEDIENBILD, ALLZUHÄUFIG NUR NOCH AN DER FARBE DER SCHNÜRSENKEL ERKENNBAR."**

Typisch ist in diesem Zusammenhang vielleicht auch die Tatsache, daß vielen Leuten während der Diskussionen zur Vorbereitung der bundesweiten Aktionstage gegen Rassismus in den Medien zu „Medienrandale" nur die Assoziation, „Randale gegen die Medien (finden wir gut)" in den Kopf kam, nicht aber daß auch so etwas gemeint sein könnte wie, „die Medien randalieren", oder gar „Randale für die Medien".



Streitpunkt in Bündnisverhandlungen war und ist denn auch meist die Militanzfrage, die allzuoft zum wesentlichen Knackpunkt gerät bzw. stilisiert worden ist. Militanz wird mit Entschlossenheit gleichgesetzt, und wer nicht mitzieht, ist bestenfalls Pazifist oder schlimmer noch ein bürgerlicher Reformist. Diese Militanz erwuchs im Laufe der 80er Jahre zusehends zu jenem Identitätsfokus, der dafür sorgte, daß häufig schon allein das Werfen eines Pflastersteines für revolutionäre Politik gehalten wird. Der politische Erfolg einer medialen Berichterstattung, die erst jene Aura von 'Freiheit und Abenteuer' erschafft, liegt nicht zuletzt darin, daß sie nicht nur im hegemonialen Mediendiskurs, sondern vielfach auch in den Köpfen der Akteure die Form von den Inhalten abgetrennt hat.

## II AMBIVALENZ DER JUGENDKULTUR: ‚THE KIDS ARE NOT ALRIGHT'

Nun war es in der Vergangenheit wenigstens so, daß eine bestimmte Form (Militanz) einer bestimmten inhaltlichen Orientierung („Links" - was auch immer das sein mochte) eindeutig zuordenbar war. Die Autonomen besaßen immerhin eine Art von Aktionsmonopol, auch wenn die (bürgerlichen) Medien über das Deutungsmonopol für dieselben verfügten. Inzwischen ist aber auch hier einiges in Bewegung geraten. Es gibt keine Selbstverständlichkeit mehr, mit der sich rebellierende Jugendkultur als links, als „alright", bewerten läßt. Aktionen mit Steinen und Molotowcocktails sowie Auseinandersetzungen mit der bewaffneten Staatsgewalt zeichnen nunmehr auch die rassistischen Progrome gegen Flüchtlinge aus. Die Symbolik militanter Aktionen ist verwechselbar geworden (Vgl. D. Diederichsen), die Unterschiede zwischen „Autonomen" und „Faschos" sind von außen, im Medienbild, allzuhäufig nur noch an der Farbe der Schnürsenkel erkennbar. Die unangenehme Frage, welche Folgen sich aus der Existenz einer rechten „Jugendkultur" für ein in erster Linie subkulturelles Selbstverständnis der Autonomen mit seiner Tendenz zur Selbstmarginalisierung ergeben, wenn es vom Zentrum aus gesehen noch einen anderen „Rand" der Gesellschaft gibt, ist übrigens noch kaum diskutiert worden.

Wir sehen momentan die Notwendigkeit, daß das politische Projekt einer autonomen und radikalen Linken nicht mehr in erster Linie über eine bestimmte Form („Militanz") bestimmt werden darf. Es geht nicht mehr an, daß jeder, der gerade Lust hat und irgendwo „bauchmäßig" einen Stein werfen möchte, damit rechnen kann, von FreundInnen wie politischen GegnerInnen (insbesondere den bürgerlichen Medien) für einen Vertreter der Spezies der Autonomen gehalten zu werden.

„Aber es gibt die inhaltliche Differenz". Natürlich: es ist nicht dasselbe, wenn Wohlstandschauvinisten Pogrome gegen Flüchtlinge veranstalten, diese verfolgen und ermorden, und wenn Linke dagegen militant vorgehen. Aber: es wird zunehmend schwierig, diesen Unterschied ums Ganze auch nach außen zu vermitteln.

Die bisherige Praxis erweist sich in dieser Frage als wenig hilfreich. Weder demonstrativ zur Schau gestellte Militanz noch die anderen Symboliken autonomer Selbststilisierung tragen jedenfalls dazu bei, dieses Problem zu lösen. Inhaltliche Differenzen lassen sich nicht über folkloristische Aspekte des eigenen Aussehens klarmachen.

Besonders aufgefallen ist uns das in dem merkwürdigen „Internationalistischen Block" der Demonstration in Bonn am 14.November 1992 anläßlich des SPD-Sonderparteitages zur Abschaffung des Asylrechtes. Wenn der einzige Inhalt einer Manifestation darin besteht, wie gefährlich wir aussehen, dann brauchen wir keine eigene Abschlußkundgebung. Bereits im Demozug mutierte die Folklore autonomer Trachten zum Ersatz für fehlende Inhalte. Nicht nur die Sprüche waren daneben oder extrem verkürzend: "Hinter dem Faschismus steht das Kapital - Der Kampf um Befreiung ist international" (Schön wär's, wenn es ganz so einfach wäre) oder „Nie, nie, nie wieder Deutschland!" Am Ende blieb im Demozug und auf der RednerInnentribüne nur noch die geheiligte „Internationale Solidarität" übrig. Um sich gegenseitig zu zeigen, daß wir auch ganz schön viele sein können, mögen solche Veranstaltungen ab und an taugen. Sie sagen aber momentan mehr über unsere Schwäche als über unsere Interventionsmöglichkeiten aus.

Um es klarzustellen: Autonome

Formen politischer Praxis waren nie nur (aber immer auch) Medienclip. Die militante Infragestellung der herrschenden Verhältnisse muß aber auch nach außen rüberkommen. Alles andere ist unpolitisch oder verkommt zu einem voluntaristischen Subjektivismus, der inhaltlich nur noch schwer von irgendwelchen Esoterikzirkeln zu unterscheiden ist. Autonome Militanz droht dann zu einem weiteren belanglosen Spielchen im postmodernen Disneyland der Metropolen zu verkommen. Welche Möglichkeiten bestehen könnten zu verhindern, daß dies eintritt, soll im folgenden thematisiert werden. Dazu versuchen wir zunächst am Beispiel des Umgangs linker/autonomer Politik mit dem derzeit in der Bundesrepublik hegemonialen Rassismus einige der inhaltlichen Defizite aufzuarbeiten.

### III Defizite linker/ autonomer Theorie und Praxis

Eine wesentliche Ursache dafür,daß die Linke dem derzeit in der Bundesrepublik hegemonialen Rassismus so wenig entgegenzusetzen hat, liegt aus unserer Sicht darin, daß sich linker Antifaschismus bzw. Anti-Rassismus weitgehend auf die klassischen neonazistischen bzw. offen rassistischen Gruppierungen bezog und ausschließlich auf diese reagierte. Dabei wurde der stillschwei-gende rassistische Grundkonsens im Zentrum der Gesellschaft, der von den gesellschaftlichen Eliten (Bürgermeistermob, Medien, etc.) ständig produziert und reproduziert wird, aus dem Blickfeld der Auseinandersetzung ausgeblendet.

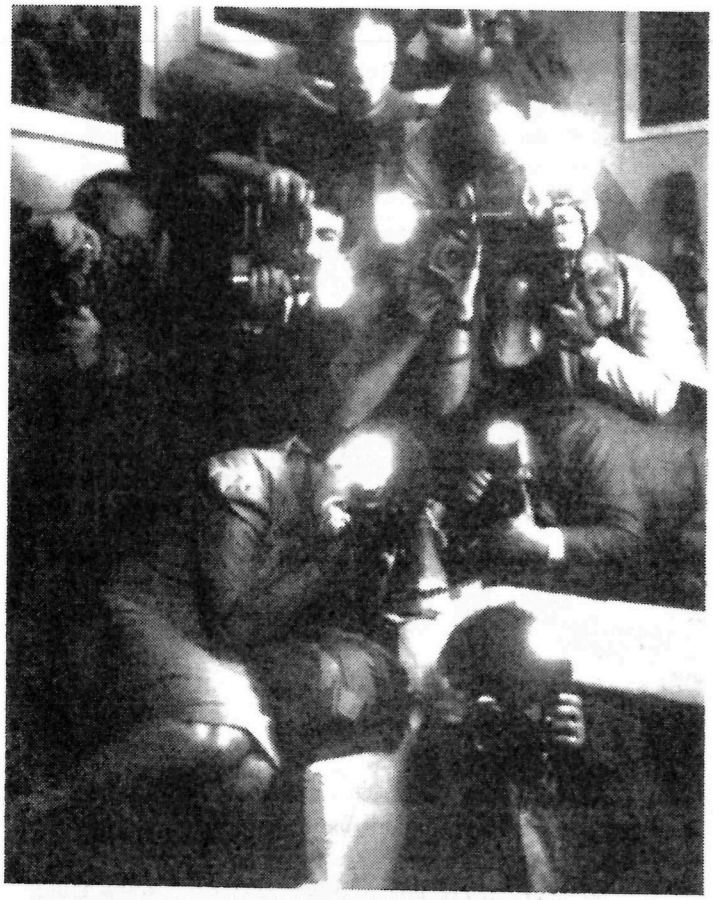
So haben heute nicht wenige AntifaschistInnen Schwierigkeiten, die neue Qualität von Morden wie in Mölln und Solingen zu begreifen. Immer noch suchen sie partout nach jenen streng durchhierarchisierten Faschogruppen, die einfach hinter dieser Mordbrennerei stecken müssen. Daß dieser Flächenbrand rassistischer Angriffe nur der extremste Ausdruck des gesellschaftlichen Alltagsrassismus sein könnte und sich nur dadurch bekämpfen läßt, daß derselbe in der politischen Auseinandersetzung zurückgedrängt wird, paßt natürlich nicht in eine Denkweise, die solche Anschläge hauptsächlich als gesteuerte und zentral vorbereitetes neo-faschistisches Agieren begreife will. In ihrer Fixierung auf Faschostrukturen vollzieht die autonome Linke obendrein genau jene Einschränkung des Blicks auf den Rand der Gesellschaft, mit der sie letztlich in einer Reihe mit den Lichterkettendemonstranten steht. Auch wenn die Begründungen und die Mittel der Auseinandersetzung noch so unterschiedlich sein mögen: Letzten Endes unterstützt eine solche Fixierung den herrschenden Diskurs in seiner Tendenz, Rassismus aus dem Zentrum der Gesellschaft heraus- und zum Randgruppenproblem umzudefinieren, anstatt dazu beizutragen, den Rassismus im Zentrum der Gesellschaft zu thematisieren. Zwar ist klar, daß den Faschos nicht freie Hand gelassen werden darf. Solange aber der rassistische Grundkonsens in der Gesellschaft nicht zurückgedrängt wird, werden wir die Auseinandersetzung auf der Straße nicht gewinnen können.

Wir behaupten: Diese verkürzte Sichtweise hat Methode und hängt eng mit dem oben skizzierten, verkürzten Militanzverständnis zusammen. Um das autonome Militanzkonzept legitimieren zu können, bedarf es der Fixierung auf „Faschisten". Und Faschisten sind sie alle, gegen die man(n) militant vorgeht: die Skins, die Bullen, das KaDeWe ... Gleichzeitig werden Rassismus und Faschismus in eins gesetzt: Man geht stellvertretend gegen die Faschos vor und meint, damit die herrschenden rassistischen Verhältnisse, die schlicht als faschistisch (v)erklärt werden, anzugreifen. Derlei macht freilich nur Sinn, wenn innere Widersprüchlichkeiten dieser Verhältnisse konsequent außer acht gelassen werden. „Hinter dem Faschismus steht das Kapital" und damit punktum. Daß die Sache so einfach nicht sein könnte (und wohl noch nie war), wird nicht in Betracht gezogen. Dazu kommt ein Problem auf der Ebene militanter Intervention. Es ist einfacher, eine Kneipe der Nazis anzugreifen, als eine politische Praxis gegen die

**"Es ist einfacher, eine Kneipe der Nazis anzugreifen, als eine politische Praxis gegen die Produktion rassistischer Diskurse zu finden."**

Produktion rassistischer Diskurse zu finden. Die eingespielten militanten Aktionsformen greifen in diesem Bereich nicht, und der typisch militante Blick auf die Gesellschaft trägt auch nicht viel dazu bei, andere und wirkungsvolle Praxisformen zu entwickeln.

Diese Schwierigkeiten verweisen auf ein Grundproblem: Ausgangspunkt politischer Praxis war und ist bisher häufig eine Denkhaltung, die die bürgerliche Gesellschaft im Grunde als monolithischen und widerspruchsfreien Block auffaßt. Eine solche Analyse läßt letztlich nur die Alternative „Alles oder Nichts". Auf der Ebene der Aktionen mündet eine solche Einstellung allenfalls in eine subjektivistische „Angriffs"-Haltung, auf der Ebene der Aktionsinhalte bleibt oft genug nur die gebetsmühlenhafte Beschwörung „gegen Rassismus, Sexismus, Faschismus..."



Dabei ergibt sich ein fatales Dilemma. Einerseits führt die „Übermächtigkeit" des Gegners dazu, daß die eigenen Aktionsformen notwendigerweise symbolischen Charakter haben. Die Wirksamkeit einer solchen Aktion bemißt sich wesentlich an dem Echo, das sie im bürgerlich-medialen Umfeld auslöst. Zugleich aber besteht keinerlei Verantwortung für die Art und Weise, in der sich diese Aktionen im medialen und gesellschaftlichen Diskurs auswirken. Die - als einheitlicher Block gedachte - bürgerliche Presse schreibt ja ohnehin, was sie will bzw. was den Interessen der „Herrschenden" oder „des Kapitals" dient. Es ist also sinnlos, sich in dieser Beziehung irgendwelche Gedanken zu machen. Insbesondere angesichts des derzeitigen medialen „rinks gleich lechts gleich Gewalt"'-Diskurses hat eine solche Einstellung problematische Konsequenzen.

### IV WAS (NICHT) TUN?

Zur Erlangung von Hegemoniefähigkeit muß sich linkes Agieren in der gegenwärtigen Situation mehr denn je bewußt sein, daß seine Interventionen durch den medialen Diskurs transformiert und gefiltert werden. Es stellt sich also die Frage, wie die Linke mit dem medialen Diskurs über die Linke umgeht - nicht aufgrund autistischer Selbstbezogenheit, sondern wegen der Tatsache, daß sich sonst nur schwer gesellschaftliche Wirksamkeit entfalten läßt. Dabei gilt es, sich der Tatsache bewußt zu sein, daß es in bürgerlichen Medien bestenfalls ausnahmsweise Platz für linke Inhalte gibt, dafür aber mannigfache Versuche, linke Aktionen von ihren Inhalten zu trennen und zu entpolitisieren.

Ein Beispiel hierfür ist die Gleichsetzung „rinks gleich lechts gleich Gewalt". Auf diese Weise erfolgt im gesellschaftlichen Diskurs die Kurzschließung von Rassismus und militantem Antirassismus. Überhaupt besteht ja derzeit eine Tendenz, die Diskussion gesellschaftlicher Widersprüche durch die Fixierung auf das Scheinproblem „Gewalt" zu verdrängen. Am Ende darf dann der „Jugendexperte" Heitmeyer lamentieren, die Auflösung der Familienbindungen, also daß sich die Mütter nicht genügend um ihre Kinder kümmern, sei für den gegenwärtigen Rassismus verantwortlich.

Für die Linke besteht nun natürlich das Problem, daß sie von den ereignisfixierten Medien nur während der Randale wahrgenommen wird. Das hat in Teilen der Linken in der Vergangenheit dazu geführt, daß sie sich, wie oben gezeigt, durchaus immanent in diesen Diskurs über die Linke einfügten. Einerseits wurde der Erfolg einer Aktion an der Quantität des Medienechos gemessen, zugleich erklärte sich niemand für dessen Qualität für zuständig. Die Linke hat es den Medien dadurch bisher in der Regel einigermaßen leicht gemacht, die Inhalte ihrer Aktionen unter den Tisch fallen zu lassen. Demgegenüber wäre es an der Zeit, sich der Funktionsweise der Medien zu entziehen, also gerade nicht das zu machen, was sie von einem erwarten, ohne dabei in Untätigkeit zu verfallen oder auf Spektakel zu verzichten. Es geht darum, eine sichtbare Diskrepanz zwischen der durch die medialen Diskurse und der durch die eigenen Aktionen geschaffenen Realität zu erzeugen.

Das bedeutet zugleich, daß bei allen Aktionen vorab ins Auge gefaßt werden muß, wo wir selbst im medialen Diskurs positioniert sind und in welches Diskursfeld da eigentlich interveniert wird. Wir müssen häufiger als bisher zur Kenntnis nehmen, daß sich die gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen mitunter verändern. Beispiel: Wenn vor zwanzig Jahren das Abfackeln eines Kaufhauses zweifelsohne auf im Sinne der Linken „gesicherten" symbolischen Terrain vonstatten ging, so ist vor dem Hintergrund von „Solingen", „Mölln" und „Rostock" keineswegs mehr eindeutig, ob bei einem ähnlichen Vorgehen heutzutage mit „brennenden Häusern" nicht ganz andere als die gewünschten Assoziationen verknüpft sind. Eine linke Praxis, die derlei ver-

meiden will, ist mit der Notwendigkeit konfrontiert, mit den Symbolen, welche bei einer Aktion verwendet werden und mit den Diskursen, in die interveniert wird, sorgfältig umzugehen.

Dabei ist es nutzbringend, sich vor Augen zu halten, daß die medialen Diskurse keinesfalls einheitlich sind, sondern innere Widersprüche aufweisen. Diese sind nicht zufällig, sondern Ausdruck gesellschaftlicher Widersprüche. Und gerade das Nebeneinander unterschiedlicher und widersprüchlicher Diskurse ist es, das mögliche Ansatzpunkte für Interventionen von linker Seite bietet.

Hierbei ist zu berücksichtigen, daß Alltagsdiskurse gegen Tatsachen weitgehend resistent sind. Von daher ist die Wirksamkeit klassisch „aufklärerischen" Agierens von vorneherein beschränkt. Stattdessen erscheint es erfolgversprechender zu versuchen, die HERRschenden (Medien)diskurse mit „medialen" Mitteln gegen den Strich zu bürsten. Es geht darum, durch Schaffung von Dissonanzen auf symbolisch-repräsentativer Ebene reale gesellschaftliche Widersprüche offensiv zu thematisieren und sichtbar zu machen. Bei diesem Unternehmen können die bürgerlichen Medien aufgrund der genannten Widersprüche auch in ihren Diskursen durchaus als Vehikel dienen. Ein gelungenes Beispiel ist in dieser Hinsicht das autonome Auftreten in Mölln, als der „Schwarze Block" sich zwischen türkische und kurdische Gruppierungen stellte und auf diese Weise gewalttätige Auseinandersetzungen während der Protestkundgebungen unterband. Die Medien nahmen dieses Verhalten verwundert zur Kenntnis. Eine Möglichkeit wäre, den derzeitigen Diskurs, mit dem alles und jedes innergesellschaftliche Problem auf die Scheinfrage der „Gewalt" reduziert wird, als Ausgangspunkt einer autonomen „Keine-Gewalt"-Aktion zu nehmen. Dabei könnten mehrere Fliegen mit einer Klappe geschlagen werden: Ausgehend von dem hegemonialen bürgerlichen Diskurs, wie unzureichend Gewalt gesellschaftliche Probleme lösen kann, wäre es immerhin einen Versuch wert, denselben in Form seiner Argumentationsfiguren aufzunehmen und nun von unserer Seite um die fehlenden Dimensionen zu erweitern: Das staatliche „Gewaltmonopol" nach innen und nach außen, die strukturelle Gewalt der Gesetze und der Staatsbürgerschaft (Abschiebungen). Ein Nebeneffekt wäre zu-gleich,den grünen (gewaltfreien) Liebhabern der „freundlichen Zivilgesellschaft" eine Breitseite zu verpassen (wenn wir dabei den wendigen Fritze Kuhn nicht erwischen, trifft es allemal den Rezzo Schlauch).

Bei entsprechenden Aktionen kann versucht werden, Symbole des herrschenden Diskurses, beispielsweise mit Methoden der Spaßguerilla, neu zu montieren, zu verfremden und zu denunzieren. Ziel ist es dabei nicht in erster Linie, ein „gutes" Presseecho zu erzielen (das ist wohl nur noch mit Lichterketten möglich), sondern vielmehr, die herrschenden Mediendiskurse zu verunsichern. Gleichzeitig erscheint es uns angesichts der Tatsache, daß bürgerliche Medien eben nicht nur lügen (können), nicht unmöglich, durch phantasievollen und spielerischen Umgang mit verschiedenen Aktionsformen doch noch Inhalte rüberzubringen.

Möglichkeiten und Grenzen solcher Aktionen hat eine Demonstration gegen Bundesinnenminister Rudolf Seitens am 7. Juni 1993 bei einer CDU-Veranstaltung in Marbach a.N. anschaulich vor Augen geführt. Zum einen wurde deutlich,daß die großen Zeitungen, Rundfunk und Fernsehen der Region nicht (Stuttgarter Nachrichten) oder nur auf Nachrichtenbasis (Stuttgarter Zeitung) berichten, wenn nichts „abgeht" sprich wenn keine Randale stattfindet. Einige JournalistInnen waren regelrecht enttäuscht, daß wir dort nicht jenes Spektakel abgeliefert haben, weswegen einige offenbar nur gekommen waren („Die picknicken doch nur," oder „Des war aber nix' lauteten die informellen Kommentare).

Nachdem die Demo zwar friedlich, aber zugleich auch phantasievoll verlief, zeigte sich allerdings auch, daß den bürgerlichen MedienmacherInnen unter Umständen kein Mittel zu blöd ist, um doch noch ihren diskursiven Stiefel zusammenzuschreiben.

So sahen die kleineren lokalen Zeitungen, für die eine Kundgebung mit 500 DemonstrantInnen und einem kleinen „Schwarzen Block" in jedem Fall ein Ereignis darstellte, ihre Hauptaufgabe darin, das martialische Polizeiaufgebot (Drei sichtbare Hundertschaften von „Drisch und Drauf" Göppingen und das ganze Arsenal staatlichen Gewaltpotentials etc.) trotz allem zu legitimieren. Da militante Angriffe ausblieben, versuchten sie zuletzt noch die Sprechchöre gegen die Brandstifter auf der Regierungsbank und in der CDU zu „Gewaltparolen" umzulügen.

**"AUCH WENN ES HIER NICHT DARUM GEHT, DER MILITANZ GENERELL IHRE BERECHTIGUNG ABZUSPRECHEN: SIE SOLLTE SICH INHALTLICH BEGRÜNDEN LASSEN UND NICHT AUSSCHLIESSLICH GEFÜHLSMÄSSIG MOTIVIERT SEIN. ERST DANN WIRD MILITANZ POLITISCH."**

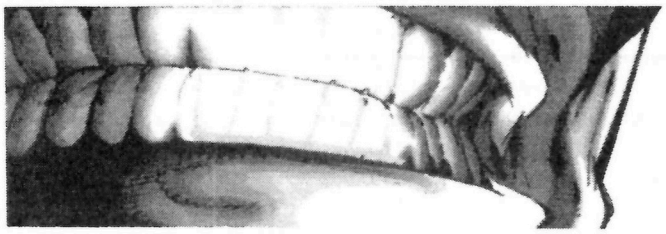
Einem Teil des Demonstrationszuges gelang, es in die Stadthalle, in der Seiters reden sollte, zu gelangen. Auch dort unternahmen wir nicht das, was alle von uns erwarteten. Es wurde versucht, jede gewalttätige Auseinandersetzung mit der CDU oder den Bullen zu vermeiden. Stattdessen gelang es, zusammen mit den CDUlern ihre eigene Veranstaltung zu chaotisieren. Das fing mit Zugabe-Rufen für die zuvor aufspielende Stadtkapelle an und wurde über „Rudi- Rudi"-Rufe und begeisterten Beifall beim Erscheinen von Seiters fortgesetzt. Es waren eben nicht die politischen Schlachtrufe, die Seiters 20 Minuten am Reden hinderten (und die auch für die CDU-Heinis wenig Sinn gemacht hätten), sondern jene inszenierte Begeisterung, die schließlich die CDU-Ordner Stühle werfen ließ und sie soweit provozierte, daß sie uns am Ende in die Gaskammer schicken wollten. Den Tumult besorgte schließlich die andere Seite, und das ärgerte sie am allermeisten. Es war eine der Übermacht der Bullen geschuldete,

angepaßte Form des Protests, die gegen das Zentrum der Gesellschaft intervenierte. Dies halten wir für intelligenter, als uns mit vermummten Gesichtern eine Abfuhr nach der anderen zu holen.

### MILLI TANZT AUS DER REIHE: WEITER, WEITER, WEITERSTADT!

Die Frage künftiger militanter Aktionsformen sollte vor allem unter diesem Blickwinkel betrachtet werden. Militanz ist ein Mittel und kein Zweck. Auch wenn es hier nicht darum geht, der Militanz generell ihre Berechtigung abzusprechen: Sie sollte sich inhaltlich begründen lassen und nicht ausschließlich gefühlsmäßig motiviert sein. Erst dann wird Militanz politisch. Militante Aktionsformen können angesichts von rassistischem Terror in der gegenwärtigen Situation nur in zweierlei Kontext Sinn machen:

Zum einen bleibt oftmals gar keine andere Wahl, als sich mit Biegen und Brechen gegen die rechtsextremistischen bzw. neonazistischen Angriffe zu wehren. Es stellt sich dabei das Problem, daß wir in der Regel nicht das Diskursfeld und die Form der Auseinandersetzung bestimmen. Angesichts



der Brutalisierung der faschistischen Angriffe bleibt es notwendig, darauf entsprechend reagieren zu können. Aber selbst in einem solchen Fall sollten Aktionen in einer Art und Weise vorbereitet und durchgeführt werden, daß sie nach außen vermittelbar bleiben, und es gilt tunlichst zu vermeiden, von unserer Seite einer Militarisierung Vorschub zu leisten. Wir können die Auseinandersetzung mit den Faschos nicht auf militärischer Ebene gewinnen.

Zum anderen bieten unter Umständen gerade militante Aktionsformen angesichts der Ereignisfixierung bürgerlicher Medien die Möglichkeit, in effizienter Weise in gesellschaftliche Diskurse einzugreifen. Allerdings muß diese Zielrichtung dann auch von vorneherein klar sein. Solche Aktionen sind symbolische Mittel der ideologischen Auseinandersetzung und nicht mehr. Militantes Vorgehen muß mehr als bisher so organisiert werden, daß es sich nicht ohne Brüche in die herrschenden Diskurse einordnen läßt.

Ein Beispiel dafür, wie sich mediale Diskurse instrumentalisieren lassen, wenn die eigene Positionierung darin berücksichtigt wird, hat die letzte RAF-Intervention geliefert. Dabei war es durch die Wahl des Objektes der Aktion möglich, das Ziel eines politischen Kampfes symbolisch zu verdeutlichen. Darüber hinaus wurde aber infolge der deeskalierenden Durchführung der Aktion der Mediendiskurs instrumentalisiert. Zum einen mußten BKA und BND öffentlich zugeben, daß es der RAF auf diese Weise gelungen ist, den Unterschied zwischen ihrem Vorgehen und dem rechten Terror zu untermauern. Dieser war zu offensichtlich, als daß er von jenem Pawlowschen Medienreflex übertönt werden konnte, der bei jeder Aktion, die unter dem Label „RAF" erscheint, Zeter und Mordio schreit, der die bundesdeutsche politische Klasse unisono an die Mikrophone der öffentlich-rechtlichen Rundfunk- und Fernsehanstalten treten und beschwören läßt, wie gefährlich und schlimm (Bun-desinnenminister R. Seiters damals: wieviel gefährlicher und schlimmer als der rechte Terror) dieser Linksterrorismus doch ist.

Dabei haben sie sich diesmal gründlich in die eigene Suppe gespuckt. Nun mußten sie plötzlich entdecken, wie unzumutbar und inhuman ihr „Strafvollzug" doch ist. Darüber hinaus ließ Seitens nicht wenige Bürgerlich-Liberale merken, wie in dieser Gesellschaft die Wertigkeiten verteilt sind: Wenn ein zigmillionenteurer Knast ramponiert wird, ist das allemal viel schlimmer als wenn Dutzende Flüchtlinge, Menschen mit fremdem Paß und Obdachlose in dieser Republik totgeschlagen werden.

Die RAF hat den Maßstab für künftige militante Aktionen neu bestimmt. Durch intelligenten Umgang mit medialen Plazierungen bietet sich für jeden die Möglichkeit den Medien zumindest einen diskursiven Schluckauf zu bereiten.

Die von uns entwickelten Überlegungen und Vorschläge haben einen Abschied vom Mythos „Militanz" zur Voraussetzung. Danach führen wir zwar nicht mehr so häufig direkte Angriffe auf das System aus, allerdings erhalten wir die Chance, mit größerer Intensität an seinen ideologischen Grundlagen zu sägen. Und das ist immerhin die Voraussetzung für jegliche Umwälzung der Verhältnisse.

Denn die „Kritik der Waffen" verkommt ohne die „Waffe der Kritik" in der Regel zum Rohrkrepierer. ●

**Zum Schluß noch einige Literaturhinweise, die unsere (autonome a.f.ri.ka.-gruppe/mittlerer neckar, Anm. L.d.) Überlegungen beflügelten:**

**autonome L.u.p.u.s.-gruppe rhein/main:** DOITSCH-Stunde, In: Projektgruppe Metropolen (Gedanken) und Revolution (Hg.): Text zur Patriarchats-, Rassismus- und Internationalismusdiskussion Berlin 1991 (Edition ID-Archiv).

**Diedrich Diederichsen:** The kids are not alright. Abschied von de Jugendkultur. In: SPEX Nr. 11/ 1992.

**Geronimo:** Feuer und Flamme. Zur Geschichte und Gegenwart der Autonomen. Berlin 1990 (Edition ID-Archiv).

**Geronimo u.a.:** Feuer und Flamme 2. Kritiken, Reflexionen und Anmerkungen zur Lage der Autonomen, Berlin 1992 (Edition ID Archiv).

**Stuart Hall:** Die Konstruktion von, Rasse'in den Medien. In: Hall, Stuart: Ausgewählte Schriften. Ideologie, Kultur, Medien, Neue Rechte Hamburg 1989 (Argument-Verlag).

**Klaus Schönberger/Claus Köstler:** Mystifikation des DOITSCH-Seins. Vom geringen Nutzen der Historie für die Erklärung und Bekämpfung des gegenwärtigen Rassismus und Nationalismus. In: Autonomes Zentrum Marbach (Hg.): Zur Kritik von Nationalismus, Nation, (National-)Staat und nationaler Identität, Tübingen 1993 (Verlag Martin Jung).

# Neonaziprozeß in Linz

**Manfred Zierfuss,**

**Aktivist der Linzer Volkstreuen Jugendoffensive (VJO), wurde am 24. November von einem Geschworenengericht der NS-Wiederbetätigung für schuldig befunden. Das Urteil lautet auf zwei Jahre Haft, davon jedoch nur ein Monat unbedingt.**

Der Linzer Neonazi betrieb gemeinsam mit Franz Radl die VJO als eine österreichische Ausgabe der 1992 in der BRD verbotenen Nationalistischen Front (NF). So waren die Flugblätter mit Zierfuß's Postfach im Impressum einfach neuaufgelegte NF-Flugblätter. Gemeinsam mit dem Linzer Sebastian **Mühlegger** (dessen Heimatverbundene Jugend gerade verboten wird) und dem Münchner Neonazi-Kader Ewald **Althans** trat der 22jährige Zierfuß 1989 beim Treffen des Vereins Dichterstein Offenhausen auf. Thema seiner Ausführungen: „Sind wir Österreicher Deutsche?" 1991 und 92 war Zierfuß oberösterreichische Kontaktperson für den „Rudolf Heß-Gedenkmarsch" in Bayern.

Zierfuß, der sich den Anwalt Alfred **Windhager** zum Verteidiger nahm, verfolgte die übliche Strategie der Neonazis vor Gericht: Er nennt sich „deutschnational" mit „Hang zum Germanentum" und distanziert sich von Küssels VAPO. Die antiautoritäre Erziehung plus „sozialistische Familie" hätten Zierfuß fast zwangsläufig - als „Kontrapunkt", wie er vor Gericht meint - zum Nazi werden lassen. Er habe einen Hakenkreuzring getragen, weil er das „sehr ästhetisch finde" und hat „im übrigen (...) geglaubt, daß es in Österreich nicht verboten ist, ein Schmuckstück zu tragen." Bilder von Hitler und Himmler im Zimmer kommentiert Zierfuß trotzig: „In meinen eigenen vier Wänden kann ich aufhängen, was ich will." Das NS-Material sei ihm ohne Verlangen zugesandt worden.

Staatsanwalt Hintersteininger legte dem gelernten Speditionskaufmann zur Last, Aufkleber mit dem Text „Schluß mit dem Holocaust - Deutscher willst Du ewig zahlen" verbreitet zu haben. Darüber hinaus habe er die neonazistische Zeitschrift „Gäck" vor Schulen verteilt. Auch als Autor von Liederbüchern soll sich Zierfuß schon (wieder)betätigt haben. Titel des musikalischen Erstlings: „Auf, auf zum Kampf - Kampflieder aus allen Gauen". Anstatt das milde Urteil dankend anzunehmen und sich darüber zu freuen, daß er vor den Geschworenen als mehr oder weniger einzelkämpfender Spinner durchging, hat Zierfuß Berufung und Nichtigkeit angemeldet. ●

---

# Panzerfund bei Neonazi

**Am 2. 12. 1993 verschickten Neonazis zehn Briefbomben. Neben dem schamlosen, sozialdemokratischen Rechtspopulisten Helmut Zilk, wurden drei weitere Personen, die sich für MigrantInnen eingesetzt hatten, durch die Höllenmaschinen verletzt. Die beiden Küsselgefolgsmänner Peter Binder und Franz Radl jr. wurden der Öffentlichkeit als Haupttäter präsentiert.**

Ein Jahr später ist es fraglich, ob die Indizien gegen die beiden für eine Anklage im Zusammenhang mit den Briefbomben ausreichen. Kurz vor den Nationalratswahlen im Oktober 1994 wurden erneut vier Briefbomben von einer neonazistischen „Salzburger Eidgenossenschaft Bajuwarische Befreiungsarmee" verschickt. Die staatlichen Ermittler standen unter Zugzwang. Fast genau ein Jahr nach den ersten Briefbombenattentaten „gingen sie gegen Neonazis vor". Im niederösterreichischen Göpfritz „entdeckten" die Fahnder zwei einsatzbereite Panzer, die zum Fuhrpark des steinreichen Wiener Neonazis Ottokar Pessl (47) zählen. Der „Fahndungserfolg" entpuppte sich rasch als Medienaktion des Innenministeriums. Der Bevölkerung von Göpfritz war die Existenz der Panzer seit Jahren bekannt. Ein Bewohner meinte gegenüber der Tageszeitung „Die Presse": „Die sind mit dem Panzer im Garten umhergefahren. Bei uns hat darüber jeder Bescheid gewußt." Zusätzlich stellte der Neonazis seine Panzer nicht nur seinen Kameraden, sondern auch dem ORF für Filmaufnahmen zur Verfügung. Pessl betätigte sich bei der 1980 verbotenen „Kameradschaft Babenberg" und unterhielt Kontakte zu Gottfried Küssel. Im Buch „Drahtzieher im braunen Netz" wird der Heurigenwirt und Transportunternehmer als Geldgeber der VAPO erwähnt. Als Rausschmeißer in Pessls Heurigen agiert Alfred Semrad. Dessen Sohn Gregor galt bis Ende der 80iger Jahre als Aktivist der VAPO und stand gemeinsam mit Küssel wegen eines Brandanschlages auf ein von Autonomen bewohntes Haus in Wien Mariahilf vor Gericht. ●

# Antifas vor Linzer Gericht

## Am 25. Oktober endete

**Überraschend der zwei Wochen zuvor eröffnete Massenprozess gegen 16 AntifaschistInnen im Landesgericht Linz. Durch einen „Kuhhandel" zwischen Richter, Staatsanwalt und RechtsanwältInnen wurde der nachträglich bis 9. November anberaumte Prozess vorzeitig beendet. Die Angeklagten, von denen neun keine österreichische Staatsbürgerschaft besitzen, stimmten diesem Deal nur deshalb zu, um die zwei am meisten belasteten kurdischen Mitangeklagten vor der drohenden Abschiebung zu retten.**

Das Urteil fiel mit vier Freisprüchen und für die restlichen Angeklagten mit bedingten Geldstrafen vergleichsweise milde aus. Eine österreichische Antifaschistin wurde zu einer unbedingten Geldstrafe und sechs Monaten bedingter Haft verurteilt.

### Vorgeschichte

Am 21. 11. 1992 eröffneten Angehörige der türkischen Faschistenorganisation Graue Wölfe unter dem Decknamen „Sport und Kulturverein Anatolien" ein Lokal in der Linzer Schillerstraße.

Vor dem Militärputsch des September 1980 in der Türkei waren die Grauen Wölfe die Jugendorganisation der MHP. Diese 1980 unter der Führung von Arspaslan Türkes als MCP wiedergegründete Partei der nationalistischen Bewegung ist nachweislich mitverantwortlich für zahlreiche Massaker an fortschrittlichen und demokratischen Menschen bzw. nationalen und religiösen Minderheiten.

In der Schillerstraße 45 - 47 sollten eine Moschee, ein Geschäftslokal und ein Restaurant eröffnet werden. Dadurch versuchten die Faschisten, ihren Einfluß auf und ihre Kontrolle über in Linz lebende KurdInnen und TürkInnen zu vergrößern. Zur Eröffnung war der faschistische Abgeordnete der MCP Yasar Erbaz als Redner eingeladen. Er ist ein Kommandant der Todesschwadrone in der Konterguerilla, die alleine im Jahr 1992 360 Menschen - darunter 13 JournalistInnen - ermordeten.

Vermietet wurde das Haus durch Erich **Slupetzky**, ehemaliger Linzer „Hitlerjugend"-Führer, verurteilter „Werwolf"-Terrorist[1], Spitzenfunktionär im Österreichischen Turnerbund und war einer der wichtigsten Unterstützer der Neonaziszene. In einem mit 20. 10. 1994 datierten Brief behauptet Slupetzky, daß nicht besagtes Haus ihm persönlich gehöre, sondern die Objekte Schillerstraße 36 und 38. Über die oben zitierte politische Kurzbiographie meint der Linzer Unternehmer offenherzig: „Was sonst in dem Flugblatt über meine politische Vergangenheit angeführt steht, ist richtig." Der FPÖ-Funktionär, dessen Vater schon in Chemie machte (und das KZ-Mauthausen mit Giftgas belieferte), ist in letzten Novembertagen 72jährig verstorben.

### Protest von AntifaschistInnen

Es darf nicht verwundern, daß Menschen aus der Türkei und Kurdistan, die den Terror der Grauen Wölfe miterlebt haben und deren Freunde/Freundinnen bzw. Verwandte ermordet wurden, auf eine derartige Veranstaltung empört reagieren. So versammelten sich mehrere Menschen in der Schillerstraße, um gegen die Provokation der Faschisten zu protestieren. Die Strategie der MCP war von Anfang an auf Eskalation ausgerichtet: Die vor dem Haus patroullierenden Faschisten zeigten offen ihre Schußwaffen, die sie bei der Ankunft der Wagenkolonne mit dem Stargast Erbaz dann auch einsetzten. Sie gaben zahlreiche ungezielte Schüsse ab, und es ist purer Zufall, daß dadurch niemand verletzt wurde. Den darauf entstehenden Tumult benutzte die Polizei als Vorwand, um ihrerseits gegen die AntifaschistInnen vorzugehen. Mit Schlagstöcken und Hunden ohne Beißkorb wurden diese abgedrängt. 20 Menschen wurden verletzt, unzählige perlustriert. Es wurden 19 Menschen festgenommen, darunter 16 Faschisten, bei denen Schußwaffen gefunden wurden. Die Ermittlungen der Polizei beschränkten sich aber auf die AntifaschistInnen, die Faschisten wurden abgeschoben bzw. konnten ungehindert ausreisen. Eine Woche danach wird hingegen eine österreichische Antifaschistin vom Arbeitsplatz weg verhaftet.

Sofort griffen bürgerliche Medien und PolitikerInnen den Vorfall auf und benutzen ihn als willkommenen Anlaß, um verschärfte Repression gegen engagierte MigrantInnen zu fordern. Die AntifaschistInnen wurden als Schuldige an den Auseinandersetzungen dargestellt, oder die Ereignisse wurden entpolitisiert und als „Türkenkrawalle" verkauft. Bürgermeister Dobusch und der Stadtsenat forderten die Linzer Polizei auf, „so wie die Stadt Linz die gesetzlichen Möglichkeiten rigoros auszuschöpfen und Ausländer, die österreichische Gesetze übertreten, abzuschieben". FP-Hetzer Achatz forderte u.a. „einen Großeinsatz der Polizei in diesem Areal", um alle „illegal Aufhältigen in ihre Heimat zurückzubürgern." Gerade österreichische Faschisten nahmen das Vorgehen ihrer türkischen Gegenüber zum Anlaß, um gegen ein Wahlrecht für AusländerInnen zu agitieren: So schwafelte der Wiener FPÖ-Funktionär Stix von einer dann drohenden Machtübernahme durch Graue Wölfe oder „islamische Fundamentalisten". Innenminister Löschnak wollte allen Ernstes ein allgemeines Demonstrationsverbot für TürkInnen und KurdInnen verhängen.

Die Polizei führte in der Folge

Hilfsdienste für das türkische Regime und die faschistischen Mörder durch: zahlreiche Hausdurchsuchungen, verschärfte Kontrollen von Menschen, „denen man ihr Abstammung ansieht" (Landeshauptmann Ratzenböck), willkürliche Schließungen vieler Vereinslokale und vermehrte Abschiebungen. Monatelang wurde eine massive Polizeipräsenz im Viertel aufrechterhalten, die von schikanösen Personenkontrollen begleitet war. Die Ereignisse in der Schillerstraße wurden schließlich ein Jahr später zum Anlaß genommen, eine 100 Mann starke Spezialeinheit zu gründen. Womit sich die Linzer Polizei endlich eine Prügeltruppe nach dem Vorbild der WEGA-Einheiten zulegen konnte. Diese WIENER EINSATZGRUPPE DER ALARMABTEILUNG macht ja schon länger durch rechtsextreme Umtriebe in ihren Reihen, Gewaltexzesse und rassistische Übergriffe von sich reden. Wohin das alles führt, zeigte sich unlängst in der BRD, als der 16jährige Kurde Halim Dener beim Kleben von Plakaten von der Polizei erschossen wurde...

### DER „UNPOLITISCHE" PROZESS...

In diesem rassistischen Klima begann am 10. Oktober der Prozeß gegen 16 AntifaschistInnen. Die Anklage warf ihnen „Sprengung einer Versammlung", „Widerstand gegen die Staatsgewalt", „Waffenbesitz" und „Gefährliche Drohung" vor. Die Polizei bemühte sich verbissen, eine Anklage gegen AntifaschistInnen zu konstruieren. Durch die erpreßten (drohende Abschiebung!) Schuldeingeständnisse wurde dem Vorgehen der Polizei nach außen hin der Schein der Legalität verliehen.

Massive Sicherheitsvorkehrungen (Leibesvisitationen mit Metallsonden, Polizeihunde und Sondereinheiten im Gericht, permanente staatspolizeiliche Beobachtung des Prozeßverlaufes), machten die krampfhaften Anstrengungen von Staatsanwalt Hintersteininger, diesen Prozeß als „nicht politisch" darzustellen, bereits im Vorfeld zunichte. Bereits bei Prozeßbeginn offenbarte sich die „Unvoreingenommenheit" des Gerichtes: Einzelrichter Mitterhauser begann bereits die Personalienaufnahme der Angeklagten mit rassistischen Untergriffen. Auf die Bemerkung eines kurdischen Angeklagten, er hätte keine türkische Staatsbürgerschaft, sondern nur einen türkischen Paß, meinte Mitterhauser: „Sie können Ihren Paß ja zurückgeben, wenn er Ihnen nicht paßt!". Statements dieser Art prägten das Klima des gesamten Prozeßverlaufes. Die Überheblichkeit des Gerichtes gipfelte in persönlichen Beleidigungen. Mangelhafte Deutschkenntnisse wurden vom Richter mit der Frage „Sind Sie schwer von Begriff?" kommentiert. Dem „unpolitischen Charakter" des Prozesses widersprach auch die Befragung aller Beschuldigten: „Wer sind die Grauen Wölfe?", „Was ist Antifaschismus?", „Welche politische Gesinnung haben Sie?", „Was ist Faschismus?", „Was verstehen Sie unter der Parole 'Hoch die internationale Solidarität!'?"

Eine damals 16jährige Kurdin wurde der Rädelsführerschaft beschuldigt. Laut Staatsanwalt soll sie ca. 400 Menschen zum Schreien von Parolen und zum Verhindern der Veranstaltung aufgehetzt haben. Zwei Polizeibeamten wurden Fotos der Beschuldigten vorgelegt. Auf die Frage, wie alt sie die Angeklagte schätzen würden, antworteten beide „ca. 25 Jahre". Als Reaktion auf das daraufhin im Saal ausbrechende Gelächter meinte Mitterhauser: „Das ist nicht zum Lachen, meine Herrschaften, es ist ja hinlänglich bekannt, daß der südländische Frauentyp im Unterschied zu unseren blonden, blassen Mädeln früher reif wirkt!" Mitterhauser bagatellisierte auch ständig die Situation in der Türkei und Kurdistan. Menschenrechtsverletzungen und der blutige Alltag des kurdischen Volkes existieren offenbar nicht in der Realität der reaktionären Justiz. Mitterhauser: „Warum waren Sie in der Schillerstraße?" Österreichische Angeklagte: „Um Solidarität mit den KurdInnen zu zeigen!" Mitterhauser: „Warum sind Sie dann nicht zum Demonstrieren in die Türkei gefahren?"

Während die Einvernahme der Angeklagten von Richter und Staatsanwalt äußerst schikanös durchgeführt wurde, wurden die widersprüchlichen, vielfach entlastenden Aussagen der Polizeibeamten durch Suggestivfragen des Richters derart beeinflußt, daß die Aussagen mit der Konstruktion der Anklage in Einklang gebracht werden konnten. Die Unhaltbarkeit dieser Anklage zeigte sich auch bei der Einvernahme eines Polizeibeamten, der im Besonderen einen der kurdischen Angeklagten des „Widerstandes gegen die Staatsgewalt" bezichtigte. Da auf der Videoaufnahme eindeutig zu sehen ist, daß er den unbewaffneten, passiven Angeklagten mit äußerster Brutalität quer über die Straße schleifte und dem Schreienden mit Wucht auf die Kehle stieg - der Angeklagte also keinerlei Gelegenheit zu irgendwelchen kriminellen Handlungen hatte - stand für den Beamten die Straf-

anzeige wegen falscher Zeugenaussage und Übergriffen im Raum. Zitat Zeugeneinvernahme vom 25. 3. 1993: „Ich bin bei dieser Maßnahme völlig korrekt vorgegangen!"

### ...UND SEIN ÜBERRASCHENDES ENDE

Staatsanwalt Hintersteininger ersparte sich durch das vorzeitige Ende des Prozesses die weitere Vorführung der auf Video dokumentierten Prügelorgie - und die Linzer Polizei sich einige Strafanzeigen. Richter und Staatsanwalt drängten ausgerechnet vor der Einvernahme von 20 EntlastungszeugInnen auf eine rasche Beendigung des Prozesses mit Schuldsprüchen.

So folgte am 25. Oktober auf die Einvernahme eines Polizeibeamten eine einstündige „Beratung" zwischen Richter, Staatsanwalt und RechtsanwältInnen. Dabei wurde der anfangs erwähnte „Deal" angeboten. Den Angeklagten wurde nur eine halbe Stunde Bedenkzeit gegeben und gedroht, daß im Falle einer Ablehnung harte Urteile gefällt werden würden. Trotzdem gab es aus politischer und juristischer Sicht keinen Grund, das Angebot anzunehmen. Das „Zuckerl" der überaus milden Urteile für die von der Abschiebung bedrohten kurdischen Angeklagten ließ aber kein politisches Vorgehen zu. Die „freiwilligen" Schuldbekenntnisse im Tausch gegen milde Urteile für die kurdischen Angeklagten verhinderten ein Zusammenbrechen der Anklage.

Das Gericht konnte so ein Aufdecken sämtlicher Versäumnisse der Verantwortlichen verhindern:

1. Es wurde nicht überprüft, ob die MCP nach österreichischen Gesetzen überhaupt eine Veranstaltung durchführen dürfte, und ob nicht ein Einreiseverbot gegen den faschistischen Abgeordneten der MCP, Yasar Erbaz, verhängt hätte werden müssen.
   Gegen den Vorsitzenden der MCP, Arpaslan Türkes, besteht seit 1986 ein Einreiseverbot.
2. Es wurde nicht geklärt, ob die Faschistenveranstaltung letztendlich „legal" war. Wenn die Versammlung illegal war, wäre es Aufgabe der Polizei gewesen, die Versammlung zu verhindern.
   Der Anklagepunkt „Sprengung einer Versammlung" wäre dadurch hinfällig geworden.
3. Ermittlungen der Polizei bezüglich der abgegebenen Schüsse wurden nicht durchgeführt. Obwohl aus dem Eingang der Moschee Schüsse abgegeben wurden, und die Schützen im Gebäude Schillerstrasse 45 - 47 verschwanden, weiters bei Straßenkontrollen in Autos anreisender Faschisten zahlreiche Schußwaffen gefunden wurden, wurde das Gebäude der Faschisten nicht durchsucht.
4. Auf Video dokumentierte Polizeiübergriffe wurden vertuscht.

Die Urteilsverkündung erfolgte derart überraschend, daß nur wenige UnterstützerInnen und keine JournalistInnen anwesend waren. So wurde das „Sicherheitsbedürfnis" der Bevölkerung durch „irgendwelche" Verurteilungen befriedigt, das Versagen sämtlicher Verantwortlichen vertuscht, 16 Menschen zwei Wochen lang in einen Prozeß gezerrt, an den Pranger gestellt (was sie einen Haufen Geld kostet), und einmal mehr der Kampf gegen den Faschismus und für ein menschenwürdiges Leben kriminalisiert.

**SOLIDARITÄT IST KONKRET:**

Bisher wurden fast 50.000,- ÖS gesammelt, ein großes Dankeschön von den Angeklagten an alle SpenderInnen!
Durch die vorzeitige Beendigung des Prozesses wurden die Kosten etwas reduziert, trotzdem werden **noch ca. 200.000,- ÖS** benötigt. Wir hoffen auf weitere finanzielle Unterstützung.
Rechtshilfesparbuch bei der Allg. Sparkasse, BLZ.: 20 320, Sparbuchnr.: 0 111 967 165

Trotz einer langen Liste von Menschenrechtsverletzungen und des Krieges, den der türkische Staat seit Jahren gegen das kurdische Volk führt, wird er von seinen westlichen Verbündeten weiter unterstützt. Die österreichische Wirtschaftshilfe für das Unrechtsregime in der Türkei ist enorm. Von der faschistischen türkischen Regierung verfolgte und geflüchtete Oppositionelle werden hierzulande kriminalisiert. Nach den Ereignissen in der Schillerstraße, die auch in türkischen Medien großes Aufsehen erregten, wurden die Beziehungen zwischen den Sicherheitskräften beider Staaten durch einen Besuch des türkischen Innenministers bei seinem Amtskollegen Löschnak vertieft. Vielen der damals abgeschobenen Faschisten wurde die Rückkehr nach Österreich ermöglicht.

Unser Kampf wird sich gegen jegliche Unterstützung des türkischen Regimes richten müssen.

Die Unterstützung des Faschismus durch Repression gegen Nicht-ÖsterreicherInnen, gesetzlich legitimierte rassistische Diskriminierung und die Spaltung in „in- und ausländische" Menschen muß durch internationalistische Solidarität beendet werden. ●

**ANTIRASSISTISCHE PROZESSGRUPPE WWS**

**NOVEMBER 1994**

[1] Die „Werwölfe" waren vornehmlich aus der „Hitlerjugend" stammende Nazi-Terroristen, die zwischen 1945 und 1948 in BRD und Österreich gegen die - wie nicht nur sie sagten - „Besatzungsmächte" und die postfaschistischen Regierungen weitermachten.

# Berlin-Urteile gegen sieben AntifaschistInnen im Kaindl-Prozess

## Das ziemlich plötzliche Ende eines Prozesses

**Der Prozess gegen sieben AntifaschistInnen wegen der Tötung des ehemaligen Schriftleiters der faschistischen DEUTSCHEN LIGA FÜR VOLK UND HEIMAT (DL), Gerhard Kaindl, im April '92, ging - aufgrund einer rasanten Dynamik in den letzten zwei Verhandlungswochen - schneller und unter anderen Umständen zu Ende, als alle erwartet hatten.**

Am Freitag, dem 11. November, dem vorletzten Verhandlungstag, wurden nach den Plädoyers von Staatsanwaltschaft und Verteidigung die Haftbefehle aufgehoben und alle Angeklagten freigelassen. Am 14. November wurden die Urteile gegen die sieben Angeklagten gesprochen. Sie reichen von Freispruch bis zu Haftstrafen von 3 Jahren.

### Vorgeschichte des Prozesses

Am 3. April fand eine Veranstaltung des „Hoffmann-von-Fallersleben-Bildungswerk statt. Ursprünglich war das 1989 gegründete Bildungswerk eine den Republikanern nahestehende Stiftung, trennte sich später von den REPs weil sie zu „links" seien. Für das Bildungswerk referierte der führende Kopf der österreichischen „Arbeitsgemeinschaft für demokratische Politik (AFP)" **Konrad Windisch** über das Thema „Österreich und das deutsche Reich".

Nach der Veranstaltung gingen einige der TeilnehmerInnen in ein Berliner China-Restaurant um über weitere Aktivitäten zu reden. Dieses Treffen wurde von AntifaschistInnen gesprengt. Gerhard Kaindl wurde durch Messerstiche tödlich verletzt. Verletzt wurde auch ein weiterer Nazi, **Thorsten Thaler**. Nach eineinhalb Jahren polizeilicher Ermittlungen hatte der Staatsschutz der Berliner Polizei kein anklagefähiges Beweismaterial zu Tage gebracht. Im November 93 stellte sich dann jedoch überraschend Erkan der Polizei. Aufgrund seiner Aussagen wurden in den nächsten Tagen Berliner AntifaschistInnen (Fatma, Mehmet, Abidin und Bazdin) verhaftet. Letzterer machte ebenfalls - äußerst umfangreiche, belastende - Aussagen. Wenige Wochen vor Prozeßbeginn stellten sich noch zwei weitere Antifaschisten, Sefkan und Carlo, der Polizei. So standen schließlich sieben Angeklagte wegen angeblichem „Mord" (an Kaindl) und „gemeinschaftlicher schwerer Körperverletzung" vor Gericht.

### Einlassungen führten zum Wegfall des Mordvorwurfs

Die Angeklagten hatten sich zur Strategie ausführlicher Einlassungen zum Tatgeschehen entschlossen, immerhin stand mit dem Mordvorwurf die Möglichkeit einer lebenslangen Haftstrafe im Raum. Der Preis dafür, den Lügen des Staatsschutzes im Gerichtssaal offensiv zu begegnen, bestand also in einer umfangreicher Aussagebereitschaft - eine Verteidigungstaktik, die von manchen UnterstützerInnen juristisch und zum Teil politisch nicht nachvollzogen wurde.

Im Laufe der Befragung durch Verteidigung, Staatsanwaltschaft und Gericht stellten die Angeklagten zunächst fest, daß Abidin und Fatma nicht am Tatgeschehen beteiligt waren. Ansonsten wurden Teilnahmehandlungen und einzelne Tatbeiträge (z.B. das Versprühen von Reizgas) eingeräumt. Nicht geklärt werden konnte jedoch, wer die Waffe führte, mit der dem Nazi Kaindl die tödlichen und dem Nazi Thaler die schweren Verletzungen beigebracht worden sind. Allerdings hinterließen die

### Deutsche Liga für Volk und Heimat (DL)

Nach dem schwindenden Einfluß bestimmter rechtsextremer Kader innerhalb der Republikaner Ende 1990 stellte die DL den Versuch dar, eine rechtsextreme Sammlungspartei neben den Reps zu etablieren. Auf dem Gründungsparteitag am 3.10.91 im badenwürtembergischen Villingen-Schwenningen schlossen sich erhebliche Teile der NPD um deren ehem. Vorsitzenden Martin Mußgnug mit dem Dissidenten der REPs um Haral Neubauer und ausgetretenen DVU-Mitgliedern zusammen. Die wichtigste und älteste rechtsextreme Zeitschrift der BRD „Nation Europa" warb intensiv für das Projekt und bildete zur Unterstützung einen „Förderkreis Vereinigte Rechte", der auch engen Kontkat zur neonazistischen Szene der GDNF (Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front), zu der auch Gottfried Küssels „Volkstreue Außerparlamentarische Opposition" zählt, pflegte. Die Berliner DL, zu der unter anderen Thorsten Thaler und Gerhard Kaindl gehörten, arbeitet eng mit dem „Hoffmann-von-Fallersleben-Bildungswerk" zusammen und war zum Teil mit der Partei „Die Nationalen" identisch. Trotz der Konzentration von Kadern und Publizistik des Rechtsextremismus war der DL kein Erfolg bei Wahlen beschieden. Die Außenwirkung als Sammlungsbewegung verblaßte bald und Austritte blieben nicht aus.

(aus antifa-beilage der „Jungen Welt", 17.9.1994)

Einlassungen das glaubwürdige Bild einer wenig ruhmreichen, vollkommen überhasteten und chaotisch verlaufenen antifaschistischen Aktion. Offenkundig war nichts weiter beabsichtigt gewesen, als das Nazi-Treffen in dem China-Lokal auseinanderzujagen. Der von der Staatsanwaltschaft unterstellte gemeinsame Tatentschluß, die Tötung von Nazis zumindest „billigend" und damit vorsätzlich „in Kauf genommen" zu haben, konnte so nicht mehr aufrecht erhalten werden. Der zentrale Mordvorwurf, an dem sich die Anklage der Staatsanwaltschaft und die Hetze in der Presse hochgezogen hatte, brach in sich zusammen.

### BELASTUNGSZEUGEN BRECHEN ZUSAMMEN - STAATSSCHUTZ IM ZWIELICHT

Besondere Beachtung, sowohl im Vorfeld, als auch im Verlauf des Prozesses kam den Aussagen zu, die die beiden Mitangeklagten Erkan und Bazdin, beim Berliner Staatsschutz getätigt hatten und die zur Verhaftung der übrigen Angeklagten und schließlich auch zur Anklage und zum Kaindl-Prozeß geführt hatten. Noch zu Prozeßanfang hatten beide in ihren Einlassungen einen flüchtigen Beschuldigten erneut - wenn auch indirekt - mit der Tötung von Kaindl in Verbindung gebracht.

Im Fall der Belastungsaussagen von Erkan bei der Polizei, schwammen den Staatsschützern aber schließlich die Felle davon. Nach Ansicht des Gutachters Kreuzberg litt Erkan bereits zum Tatzeitpunkt unter „paranoid-halluzinatorischer Schizophrenie". Erkan war immer noch psychisch krank, als er sich im November letzten Jahres dem Staatsschutz stellte und „auspackte". Er war damals nicht mehr in der Lage, Realität und Wahnvorstellungen auseinanderzuhalten, sodaß Erkan die Bedeutung seiner Beschuldigungen nicht mehr erfassen konnte. Seine Aussagen wurden daher vom Gutachter als nicht verwertbar eingestuft - eine Ansicht, der sich im folgenden auch das Gericht anschloß.

Der zweite, der umfängliche Belastungsaussagen getätigt hatte, war Bazdin. Während die Anklage in weiten Teilen auf seinen Aussagen beim Staatsschutz basierte, relativierte er im Gerichtssaal früher gemachte Aussagen und entlastete Abidin und Fatma.

Und Bazdin beschuldigte den Staatsschutz, Protokolle von seinen Aussagen aufgesetzt zu haben, die er so nie geäußert habe.

Dadurch kam der Anhörung von Bazdins damaligen Vernehmungsbeamten, Harald Bredlow, besonderes Gewicht zu. Dieser räumte vor Gericht ein, daß die der gesamten Anklage im Kaindl-Verfahren zugrundeliegenden Vernehmungsprotokolle Bazdins „nur in Teilen seinen eigenen, überwiegend aber unsere Worte" enthielten. Bazdin sei ein „Berliner Junge" und „hätte sich gefreut, über den Vorfall zu sprechen, das hinter sich bringen zu

## Auszüge

### AUS DER POLITISCHEN ERKLÄRUNG VON MEHMET HASIM RAMME

(GEHALTEN AM 4.10.1994)

Vor 10 Jahren habe ich angefangen, mich für die Situation von uns Türken in Deutschland zu interessieren. Ich habe festgestellt, daß wir alle Pflichten in diesem Land hatten aber keine Rechte. Unsere Lage war immer unsicher.

Politiker redeten über die Ausländer wie über eine Lnadplage. Von „Asylantenflut" und „Überfremdung" hörten wir fast täglich in Radio und Fernsehen. Es wurden Rückkehrprämien ausgesetzt.

Die Haltung weiter Teile der deutschen Bevölkerung uns gegenüber folgte den Reden der Politiker. Während man uns früher meist übersehen, ignoriert hatte, bekamen wir immer häufiger Abneigung, Ablehnung und Abscheu zu spüren.

1989 nach dem Fall der Mauer wurde die Lage für uns Ausländer in Deutschland viel schlimmer. Die Angriffe häuften sich, sie wurden brutaler.

Ich erinnere mich zum Beispiel an die Äußerungen vieler Deutscher im Fernsehen nach den Überfällen auf Flüchtlinge in Hoyerswerda. Normale Bürger spendeten den Gewalttätern Beifall und begrüßten die Gewalt gegen Flüchtlinge. Das war kein Einzelfall. Auch in Berlin trafen wir immer mehr auf Hetze gegen Türken und alles, was fremd aussah. Hitlers Geburtstag und der Todestag des Hitler-Stellvertreters Heß wurden offen gefeiert. Wir Nichtdeutschen, Einwanderer und Flüchtlinge waren die, die unter der zusammenstürzenden Mauer begraben wurden.

Der Staat und die Politiker taten nichts, um uns zu schützen. Die Polizei sah weg, wenn Gewalttaten gegen Ausländer begangen wurden. Es drängte sich der Eindruck auf, daß Polizisten es richtig finden, wenn Gewalt gegen Ausländer und Flüchtlinge ausgeübt wird. Anzeigen von uns wurden gar nicht entgegengenommen oder nicht bearbeitet. Wenn es einmal zu einem Prozeß wegen Gewalt gegen Ausländer kam, wurde gar keine oder nur eine geringe Strafe verhängt.

Wir sahen unser Leben in Gefahr, unsere Würde bedroht. Wir sahen, daß der deutsche Staat uns nicht schützt. Immer mehr von uns beschlossen, den eigenen Schutz selbst in die Hand zu nehmen. Wir schlossen uns zusammen, wir bildeten Antifa-Gruppen. Ich habe mich bei den Berliner türkischen Jugendgruppen dafür eingesetzt, die Fehde untereinander zu beenden, damit wir uns gemeinsam gegen die rassistischen Angriffe der Rechten besser wehren konnten. Ich habe mich darum bemüht, daß wir selbst unseren Schutz organisieren.

Wir sind nicht die Angreifer. Wir haben ein Recht, uns zu wehren, ohne Beleidigung und ohne Angriffe auf unsere Gesundheit und unser Leben zu leben.

Vor Gericht gehören die, die für rassitische Gewalt gegen Einwanderer und Flüchtlinge und andere Minderheiten verantwortlich sind. Nicht nur den Skins und den organisierten Neonazis sollte der Prozeß gemacht werden. Auch die im deutschen Staat und in der Politik, die durch ihr Reden und Handeln in Deutschland dazu beigetragen haben, daß unser Leben bedroht und unsere Würde mit Füßen getreten wurde, müßten vor Gericht gestellt werden. ●

können" und „wenn er sich mal mißverständlich ausgedrückt hat, dann haben wir das neu formuliert".

Damit war die Anklage gegen die sieben Antifas endgültig in sich zusammengefallen.

Nicht nur das - im großen und ganzen - geschickte Aussageverhalten der Angeklagten vor Gericht, sondern auch das Eingeständnis des Staatsschutzbullen machten klar, mit welch verlogenem, ja illegalem Material der Staatschutz der Berliner Polizei über zweieinhalb Jahre die antifaschistische Szene der Stadt in Atem gehalten und darüber hinaus auch öffentlich denunziert und an den Pranger gestellt hat.

Die Mordanklage war nun vom Tisch. Nach dem 25.Oktober wurde „nurmehr" wegen „Körperverletzung mit Todesfolge" weiterverhandelt.

Als unmittelbare Folge wurde nicht nur der Haftbefehl gegen Fatma aufgehoben. Auch Abidin kam frei. Sein Verfahren wurde formal getrennt weiterverhandelt. Bereits wenige Tage später wurde Abidin freigesprochen: Das von ihm präsentierte Alibi für die Tatnacht hatte sich als stichhaltig erwiesen.

### Kalte Füsse und Verhandlungsdeal

Mittlerweile hatte der gesamte Kaindl-Prozeß aber - für die allermeisten vollkommen überraschend - eine neue Richtung genommen: Die Staatsanwaltschaft und der polizeiliche Staatsschutz bekamen offensichtlich kalte Füße, daß nun noch mehr ihrer rechtswidrigen Praktiken ans Licht der Öffentlichkeit kommen würden. So traf mensch sich auf Anregung der Staatsanwaltschaft zusammen mit dem Gericht und den 14 AnwältInnen der Antifas zu einem informellem „Rechtsgespräch". Dort wurde vereinbart, daß auf die Vernehmung weiterer ZeugInnen verzichtet werden könne, „da keine neuen Erkenntnisse über die Vorgänge im China-Lokal zu erwarten seien". Im Gegenzug sollten für die verbliebenen sechs Angeklagten akzeptable Strafmaße vereinbart werden. Diese neue Taktik schlug sich etwa in den Vernehmungen des oben erwähnten Staatsschutzbullen Bredlow wie auch dem Nazi Thaler und dem Berliner Nazi-Anwalt Carsten Pagel bis zum Prozeßende nieder: In allen drei Fällen verzichtete die Verteidigung auf ihr Recht auf ZeugInnenbefragung.

### Die Urteile

Am 14.11.94, dem 13.Verhandlungstag, genau ein Jahr nach dem Beginn der Verfolgungswelle in Berlin, ausgelöst durch die Aussagen von Erkan, wurden die Urteile gesprochen. Mehmet, Seyho und Carlo wurden wegen Körperverletzung mit Todesfolge in Tateinheit mit Beteiligung an einer Schlägerei zu drei Jahren Knast verurteilt. Bazdin wurde nach Jugendstrafrecht zu 2 Jahren auf 3 Jahre Bewährung verurteilt. Es handle sich, so die Ausführungen der Richterin, um einen minderschweren Fall, da die Tat vor dem Hintergrund der rassistischen Übergriffe von Hoyerswerda und anderswo geschah. Fatma wurde wegen „psychischer Beihilfe" zu einer Haftstrafe von 15 Monaten auf 3 Jahre Bewährung bestraft. In die Strafe wurde ein altes Urteil, in dem sie zu 8 Monaten verurteilt worden war, mit einbezogen. Erkan wurde als schuldunfähig zum Tatzeitpunkt eingestuft und demzufolge freigesprochen. Das Gericht verneinte eine Gefährdung der Öffentlichkeit durch Erkan und verzichtete auf einen Unterbringungsbeschluß in einer geschlossenen Psychiatrie. Er solle sich jedoch in qualifizierte psychatrische Behandlung begeben. Abidin wurde wie oben schon erwähnt ebenfalls freigesprochen.

## Auszüge

### aus einer Erklärung der Antifaschistischen MigrantInneninitiative "Antifasist Genclik Komitee"

Neben dem UnterstützerInnenkreis, der von Deutschen dominiert wird, hat sich am 22. Januar 1994 ein bundesweites MigrantInnenkomitee zur Unterstützung der gefangenen und verfolgten Antifas gegründet.

So wie wir grundsätzlich die Selbstorganisierung von MigrantInnen vorantreiben wollen. sehen wir auch die Wichtigkeit, innerhalb des UnterstützerInnenkreises eine eigene, unsere Positionen berücksichtigende Solidaritätsarbeit zu leisten.

Seit 1989 sind mehr als 60 Morde an MigrantInnen, Flüchtlingen, Behinderten, Obdachlosen und AntifaschistInnen begangen worden. Seit 1989 gab es mehr als 1000 gewalttätige Angriffe und Brandstiftungen von Neonazis und militanten Rassiten.

So sieht unsere Realität in der deutschen Gesellschaft aus. Um dieser rassitischen deutschen Realität etwas entgegenzusetzen, bleibt uns nichts anderes übrig, als uns zusammenzuschließen.

Für uns bedeuten Angriffe auf Nazis und ihre Nester keine Revolutionsromantik, sondern Überlebenspraxis. Eine andere Wahl wird uns nicht zugestanden; weder durch die Polizei, die den Mob schützt und marschieren läßt, noch durch die Justiz, die sie mit lächerlichen Strafen laufen läßt, noch durch die deutschen PolitikerInnen, die ihre Taten legitimieren. Für die Nazis und ihren Anhang organisieren sie nach den Angriffen auf uns sozialpädagogische Urlaubsreisen nach Isreal oder in die Türkei. Für die also „die Therapie" und für uns die Gefängnisse. ●

In Anbetracht der drohenden lebenslangen Freiheitsstrafen wegen „gemeinschaftlichen Mordes" sind die Urteile sicherlich ein Erfolg, so-

wohl der Verteidigungsstrategie, als auch des politischen Drucks der Öffentlichkeit. Eine solche, vor allem auch internationale, Solidarität mit Angeklagten in einem politischen Prozeß hat es schon lange nicht mehr gegeben.

Doch auf eine lükkenlose Aufklärung der Staatsschutzmachenschaften einschließlich ihrer Verbindungen zur DEUTSCHEN LIGA FÜR VOLK UND HEIMAT mußte verzichtet werden. Dies war der politische Preis, den Staatsanwaltschaft und Gericht von den Gefangenen und deren AnwältInnen verlangten, um im Gegenzug „milde" Urteile gegen die sieben angeklagten Antifas zu sprechen. Ein Teilerfolg, der gleichzeitig die Frage nach der Perspektive von den vier untergetauchten AntifaschistInnen, Rebecca, Cengiz, Orhan und Hans-Georg, aufwirft. Es bleibt ein ungutes Gefühl im Magen bei dem Gedanken daran, daß Staatsschutz und Staatsanwaltschaft versuchen könnten, die erlittene Schlappe auf Kosten der vier Gesuchten wieder wett zu machen. Denn weiterhin wird wegen „gemeinschaftlichen Mord" nach den vieren gefahndet. ●

(gekürzt und überarbeitet aus: ak (analyse und kritik) Nr.372, 15.11.94 und Herzschläge Bulletin Nr.4, November 94)

## Grußadresse

### VON MUMIA ABU-JAMAL ZUM PROZESSAUFTAKT GEGEN DIE SIEBEN GEFANGENEN IN BERLIN

ANTIFASCHISTISCHES INFO-BLATT NR.28

In diesem Verfahren gegen die sieben türkischen, kurdischen und deutschen AntifaschistInnen, geht es um einen staatlichen Angriff auf das Recht auf Widerstand - und nicht um rechtliche Prinzipien oder den Grundsatz von Gerechtigkeit.
Es ist passend, daß dieses Verfahren in Deutschland stattfindet, denn welchen angemessenen Ort gäbe es für ein derartiges Verfahren als das Land des Nazistaatsterrorismus und dessen bleibende Demonstration einer Politik, die Interessen des Staates über alles andere stellt. Und gleichzeitig gibt es kein besseres Beispiel dafür, was passiert, wenn dem allmächtigen Staat kein Widerstand entgegengesetzt wird.
Menschen auf der ganzen Welt sind über den Horror des europäischen Holocausts informiert - aber wieviele Menschen wissen, daß der Holocaust, unabhängig davon, wie schrecklich er war, auf völlig legaler Ebene stattgefunden hat, und durch eine verdrehte, rassistische Gesetzgebung ermöglicht wurde ? Und wie viele Menschen wissen, daß viele derjenigen Richter, die Vorsitzende waren in den deutschen Gerichten des Massenmordes - den sog. „Volksgerichtshöfen"-, heute staatliche Pensionen für ihre „Dienste" erhalten ?
Heute haben wie eine Stadt wie Hanover im US-Bundesstaat Pennsylvania, wo Bullen schwarze EinwohnerInnen aufforderten, ihre Häuser und ihre Stadt zu verlassen (nachdem der KKK drei Tage lang ungestört rassistische Kundgebungen vor ihren Häusern durchgeführt hatte, Anm. d. Ü.).
Gleichzeitig werden in Großdeutschland türkische Familien und Kinder in ihren Häusern verbrannt, und sog. „Gastarbeiter" sind in diesem Deutschland nicht mehr willkommen.
Da die Menschen in Deutschland es versäumt haben, Widerstand gegen das Naziregime zu leisten, müssen wir von ihrem tödlichen Fehler lernen und heute dem Staat Widerstand entgegensetzen, um das Geschenk des Lebens zu würdigen.
Der Revolutionär und Gründer der MOVE-Organisation John Afrika hat einmal gesagt: Es ist verrückt, keinen Widerstand gegen etwas zu leisten, was die selber, deinen Familien und den Menschen in dem Land, in dem Du lebst, nichts als Schmerzen zufügt !
Deshalb bitte ich Euch alle - leistet Widerstand ! Organisiert den Widerstand gegen das System ! Und entfacht eine Rebellion !

Aus der Todeszelle, **Mumia Abu-Jamal** im September 1994

Mumia Abu-Jamal ist ein ehemaliger Black Panther und bekannter schwarzer Radiojournalist aus Philadelphia, der 1982 wegen angeblichen Mordes an einem Bullen zum Tode verurteilt wurde. Seitdem sitzt Mumia in Einzelisolation im Todestrakt des Hochsicherheitsknastes in Huntingdon in Pennsylvania. Aus dem Knast heraus arbeitet er weiter als Journalist. Momentan versucht Mumias Anwalt, Len Winglass, eine Wiederaufnahme des Verfahrens für Mumia durchzusetzen. Trotzdem hat sich die Situation zugespitzt, da er gerade auf Platz 2 der Hinrichtungsliste in Pennsylvania steht. ●

Mumia freut sich über Post (es muß kein perfektes Englisch sein):
**Mumia Abu-Jamal:** AM-8335
Huntingdon SCI
1100 Pike Street
Huntingdon, PA 16654-1112


## Genau

DIE RICHTIGE LEKTÜRE ZU DIESEM UND ANDEREN THEMEN:

**WIderstand & SOlidarität**

Die 32seitige Broschüre entstand im April '94 unter anderem mit folgendem Inhalt:
- Kriminalisierung des antifaschisitschen Widerstands in Berlin nach dem Tod des DL-Funktionärs Kaindl
- "Deutsche Liga für Volk und Heimat" (DL)
- Die "Arbeitsgemeinschaft für demokratische Politik" (AFP)
- Über die Notwendigkeit von offensivem antifaschistischen Widerstand

Bestellungen an: H. Hager c/o TATblatt, Gumpendorferstr. 157/11 A-1060 Wien
öS 40/ DM 7 pro Exemplar (inkl. Porto). Gegen Vorauskasse - in bar oder in Briefmarken.

# Asylpolitik IN ÖSTERREICH

**IM FOLGENDEN ARTIKEL WIRD VOR ALLEM AUF DIE PRAXIS DER ÖSTERREICHISCHEN ASYLPOLITIK EINGEGANGEN. DABEI WERDEN EINIGE BEISPIELE EXEMPLARISCH HERVORGEHOBEN. SIE ZEIGEN DIE UNMENSCHLICHKEIT UND HEUCHELEI DER REGIERUNGSPARTEIEN AUF. SIE SIND KEINE EINZELFÄLLE, SONDERN SYMPTOMATISCH FÜR DIE GESAMTE „AUSLÄNDER"POLITIK. FORTSCHRITTLICHE KRITIK AN DIESER POLITIK KANN UND DARF SICH ABER NICHT AM AUFZEIGEN VON INHUMANITÄT ERSCHÖPFEN - DIES KÖNNEN CHRISTLICHE UND LIBERALE, SYSTEMKONFORME KREISE GENAU SO GUT. LINKE KRITIK MUSS WEITER GEHEN.**

Die Verantwortung des westlich-kapitalistischen Systems an den Ursachen für Flüchtlingsströme muß ebenso aufgezeigt werden, wie die Tatsache, daß diese rassistische Politik in der Logik des Kapitalismus liegt. Die MigrantInnen bilden heute die industrielle Reservearmee, ohne Rechte und somit grenzenlos ausbeutbar sind sie nichts anderes als „moderne Sklaven".

Die Regierungsparteien unterstützen diese Praxis, indem sie unter anderem den Aufenthalt der nicht-österreichischen und nicht-EU StaatsbürgerInnen vom Nachweis eines Arbeitsplatzes abhängig machen. Damit sind die „ausländischen" Arbeitskräfte auf Gedeih und Verderb den Arbeitgebern ausgeliefert. Angesichts der ständig drohenden Abschiebung werden Arbeiten zu Hungerlöhnen verrichtet. Auf diese Weise werden MigrantInnen zur Konkurrenz für die heimischen ArbeitnehmerInnen. Dieser Prozeß erfolgt mit kräftiger Unterstützung der österreichischen Gewerkschaften, die mit ihren Forderungen nach Quoten und ihrer Weigerung sich für eine Gleichberechtigung „ausländischer" Arbeitskräfte einzusetzen, den Unternehmern in die Hände spielen. Mit dieser Politik wird Rassismus legitimiert bzw. geschürt.

Dieser liegt ja durchaus im Interesse der HERRschenden. Willkommen sind nur jene „Ausländer", die verwertbar sind. Für Flüchtlinge ist da kein Platz. Menschen, die aufgrund der ungerechten globalen Verteilung vor Armut und Hunger fliehen, fallen unter die Kategorie „Wirtschaftsflüchtlinge" und werden daher ebenso von vornherein nicht als Flüchtlinge anerkannt, wie die sogenannten Umweltflüchtlinge (die wiederum durch von Weltbank und Industriestaaten finanzierte Großprojekte „produziert" werden). Auch geschlechtsspezifische Verfolgungen können nicht als Asylgrund geltend gemacht werden. In der Genfer Flüchtlingskonvention, die als Maßstab der europäischen Flüchtlingspolitik dient, gelten als Flüchtlinge lediglich jene, die ihre individuelle Verfolgung aus ethnischen, politischen und religiösen Gründen nachweisen können. Durch das neue Asylgesetz ist diese Definition noch weiter ausgehöhlt worden. Ein Schritt, der nicht nur auf Österreich beschränkt blieb, sondern mittlerweile von ganz Europa nachvollzogen worden ist.

Die folgenden Ausführungen behandeln lediglich die österreichische Asylpraxis. Es ist nicht mehr als eine Beschreibung der Situation. Grundsätzliche Kritik wird daher in diesem Teil ausgespart.

Mit dem am 1. Juni 1992 in Kraft getretenen Asylgesetz hat Österreich seine Grenzen dicht gemacht. Die Chancen Asyl gewährt zu bekommen, sind praktisch gleich null. Gegen das rassistische Anti-Ausländervolksbegehren der FPÖ heuchelten Vranitzky, Löschnak, Busek & Co. SOS-Mitmenschlichkeit. Selber betreiben sie aber mit Gesetzen fremdenfeindliche Hetze. Asyl-, Fremden- und Aufenthaltsgesetz schreiben das fest, was Neonazis auf der Straße gröhlen: „Ausländer raus!"

Die nackten Zahlen sprechen Bände. Nur 444 Menschen erhielten heuer bis Anfang Oktober in Österreich Asyl. Rund 7000 Asylanträge

wurden bisher abgelehnt. Die Anerkennungsrate beträgt also knappe sechs Prozent. Zum Vergleich die Zahlen aus 1991: Fast 3.000 Flüchtlingen wurde Asyl gewährt. Rund 25.000 Anträge wurden gestellt. Die Anerkennungsrate betrug damals 12,6 Prozent. Während weltweit die Zahl der Flüchtlinge steigt, baut Österreich im Gleichklang mit den EU-Staaten unüberwindbare Mauern auf.

Abgeschoben wird fast jedeR. Egal, ob Deserteure und vergewaltigte Frauen aus dem ehemaligen Jugoslawien oder politisch Verfolgte aus Folterstaaten: In Österreich wird diesen Menschen jeder Schutz verwehrt. Löschnaks Geselle Manfred Matzka bringt die AusländerInnenpolitik der Regierung auf den Punkt: „Wir schieben in alle Länder der Welt ab." Die Folgen für die Abgeschobenen sind fatal. So wurden z.B. drei Kurden in die Türkei abgeschoben, obwohl sie dort wegen ihrer politischen Aktivitäten verfolgt worden waren. Unmittelbar nach ihrer Ankunft am Flughafen in Ankara wurden sie von der türkischen Polizei verhaftet. Seither gelten sie als „verschollen". Gleiches passierte dem pakistanischen Flüchtling Imtiaz Mohammad. Auch er wurde in sein Herkunftsland abgeschoben und unmittelbar nach seiner Ankunft verhaftet. Was mit ihm passierte, ist leicht vorstellbar.

Diese „Fälle" stehen exemplarisch für die gängige Asylpraxis in Österreich. Im Asylverfahren werden nicht mehr die Fluchtgründe untersucht, sondern es wird geprüft, wie ein Flüchtling am schnellsten abgeschoben werden kann.

Abgeschoben werden alle, die über ein sogenanntes „sicheres Drittland" nach Österreich fliehen. Als „sicheres Drittland" gelten aber alle Nachbarländer Österreichs.

Aber auch wer auf der Flucht nach Österreich einen Zwischenstopp in Rußland, Algerien oder dem Iran einlegt, hat keine Chance auf Asyl, weil er/sie dort schon vor Verfolgung sicher gewesen sei. Daher versuchen Flüchtlinge, über die grüne Grenze einzureisen, damit wird ihr Aufenthalt illegal - und die Schubhaft begründet.

Zudem sind an der grünen Grenze seit September 1990 bis zu 4.000 Grenzsoldaten stationiert. Ihre Aufgabe ist es, Menschen, die vor Mord und Folter flüchten mit dem Gewehr im Anschlag zu begrüßen und sie ins „sichere" Nachbarland abzuschieben (1993 wurden 160.000 Menschen an Österreichs Grenzen zurückgewiesen). Die „sicheren" Nachbarländer weigern sich aber ebenfalls die Flüchtlinge aufzunehmen und sehr bald befinden sie sich wieder am Ausgangspunkt ihrer Flucht - im Verfolgerstaat.

Geht es nach dem Gesetz müßten die Flüchtlinge mit dem Flugzeug direkt aus dem Verfolgerstaat einreisen. Sich die Papiere zu besorgen ist ja in einem Staat, in dem Menschen verfolgt werden, eine Leichtigkeit, nicht wahr...

Jene Flüchtlinge, die es trotz all dieser Hürden schaffen, österreichischen Boden zu betreten, werden dann mit der rassistischen Praxis im Land konfrontiert. Nur den wenigsten gelingt es mit einer Flüchtlingshilfsstelle in Kontakt zu kommen. Diese kann ihnen zwar auch nicht völlige Sicherheit gewährleisten, aber zumindest bei der Stellung von Asylanträgen behilflich sein. Angesichts der Tatsache, daß Asylanträge prinzipiell in erster Instanz abgelehnt werden, ist diese Hilfestellung für die Betroffenen nicht ohne Bedeutung. Umso mehr, als AntragstellerInnen in der Regel sofort in Schubhaft genommen werden.

Von dort ist es für jemanden, der/die keine Hilfe von außen bekommt unmöglich eine erfolgsversprechende Berufung gegen den Bescheid einzulegen. Die Ablehnungsbescheide werden nur in deutscher Sprache ausgehändigt - ÜbersetzerInnen gibt es in der Regel nicht. Die Mehrheit der Flüchtlinge hat damit keine Chance zu berufen. Aber selbst wenn Gefangene in Berufung gehen, sind sie vor der Abschiebung nicht sicher. Die Berufung hat keine aufschiebende Wirkung und Schubhäftlinge werden daher immer wieder noch während des laufenden Verfahrens abgeschoben. So passierte es schon etliche Male, daß der Berufung stattgegeben wurde, die AntragstellerInnen aber bereits ausgewiesen worden waren und nicht mehr nach Österreich zurückkehren konnten.

In Österreich gibt es mittlerweile bereits mehr als 900 Schubhaftplätze. Bereits 1992 wurden mehr

als 12.000 AusländerInnen in Schubhaft genommen. Durch das am 1. Jänner 1993 in Kraft getretene Fremdengesetz wurde der Schubhaft ein noch breiterer Raum eingeräumt. Sie kann über jeden „Fremden" verhängt werden, „sofern dies notwendig ist, um das Verfahren zur Erlassung eines Aufenthaltsverbotes oder einer Ausweisung bis zum Eintritt ihrer Durchsetzbarkeit oder um die Abschiebung, die Zurückschiebung oder die Durchbeförderung zu sichern." „GastarbeiterInnen", die ihren Job und somit ihre Arbeits- und Aufenthaltsbewilligung verlieren, werden ebenso in Schubhaft genommen, wie Flüchtlinge, die einen Asylantrag stellen. Die Schubhaft ist ein Raum der totalen Rechtslosigkeit. Gegen einen Schubhaftbescheid kann nicht einmal Berufung eingelegt werden.

### DIE SCHUBHAFT, IST EINE HAFT,

- die ohne Gerichtsbeschluß verhängt wird.
- in die zu einem Großteil Menschen kommen, die nichts weiter „verbrochen" haben, als in Österreich Schutz zu suchen.
- die bis zu sechs Monate dauern kann (ein Strafmaß, wie es etwa für absichtliche schwere Körperverletzung verhängt wird), von der aber keinem Häftling mitgeteilt wird, wann sie endet.
- in der die Häftlinge weitgehend isoliert sind. Amnesty International schätzt, daß die Gefangenenhilfsorganisationen nur von zehn Prozent der Schubhäftlinge erfahren.
- in der sie keine Chance haben, für ein Asylverfahren in 2. Instanz neues Beweismaterial vorzulegen.

Die Schubhaftbedingungen sind nicht einmal an die Normen der ohnehin schon menschenunwürdigen Strafhaft angeglichen. Meistens sind nicht einmal Hygieneartikel vorhanden. Die Gefangenen sind immer wieder dem Sadismus der Wachebeamten ausgeliefert. Mißhandlungen stehen auf der Tagesordnung. So wurde der Ghanese Alex Ben K. zuerst geschlagen und dann wie ein Paket verschnürt, als er im September abgeschoben werden sollte. Einem nigerianischen Flüchtling wurden nicht nur die Arme an den Körper, sondern auch das Gesicht bis auf die Augen und Nase mit Klebe-

## Zwei

### BEISPIELE FÜR DIE HETZE DURCH GESETZE

Am 22. September 1994 wurden im Wiener Ernst-Kirchweger-Haus (EKH) - wieder einmal - nicht nur die menschenfeindliche AusländerInnenpolitik deutlich, sondern ebenso der wachsende Rassismus innerhalb der Polizei.

Zwei Menschen, denen „man die Abstammung ansieht" (Copyright OÖ-Landeshauptmann Ratzenböck) wurden von den Bullen aus der Menge herausgefaßt und jene Leute, die sich dieser rassistischen Tat in den Weg stellten, brutal niederschlagen.

Zuerst kamen die Grünröcke in Zivil, um die beiden afrikanischen Flüchtlinge Mamadaou Ly und Mamadaou Yaya Barry zu verhaften. Der Grund: Sie hätten keine Aufenthaltsberechtigung und damit auch kein Recht in Freiheit zu leben. Die Zivilbullen weigerten sich sowohl ihre Ausweise als auch den Haftbefehl herzuzeigen. Einige Lokalgäste schalteten sich in die Diskussion ein. Aber anstatt Antworten auf ihre Fragen, bekamen sie Fäuste ins Gesicht. Etwa 15 uniformierte Polizisten waren ins Foyer des EKH gestürmt. Ergebnis der polizeilichen Prügelorgie:

Der Journalist und Rechtsextremismus-Experte Wolfgang Purtscheller erlitt einen Riß der Seitenbänder und eine Gehirnerschütterung, ein weiterer Gast Blessuren am ganzen Körper und Barry wurde, nachdem die „Gesetzeshüter" seinen Kopf etliche Male gegen ein Auto geschlagen hatten, blutüberströmt ins Polizeiauto geschleudert. Die drei kamen in U-Haft - Widerstand gegen die Staatsgewalt wurde den von der Exekutive Niedergeprügelten vorgeworfen. Mamadaou Ly landete im Schubhäf'n.

Ly kommt aus Mauretanien. Er war dort in der Opposition gegen das pro-arabische Regime aktiv und setzte sich für die Gleichberechtigung der Schwarzen ein. Deshalb wurde er gefangengenommen und gefoltert. Ly wurde nur unter der Bedingung freigelassen, das Land sofort zu verlassen. Er flüchtete über Bulgarien nach Österreich und stellte einen Asylantrag. Dieser wurde abgelehnt, weil er aus Sicht der Behörde bereits in Bulgarien „sicher" gewesen wäre. Inhaltlich setzten sich Löschnaks Vollstrecker mit Lys Asylantrag erst gar nicht auseinander. Am Tag seiner Verhaftung im EKH erhielt Ly vom Verwaltungsgerichtshof den Bescheid, daß er für die Bekämpfung seines Aufenthaltsverbotes Verfahrenhilfe bekommt. Mit seiner Verhaftung sollte offensichtlich die Abschiebung vollzogen werden, bevor sein Berufungsverfahren gegen die Ablehnung des Asylantrages beginnen konnte.

Kurz nach Beginn der Schubhaft trat Ly in Hungerstreik. Erst nachdem er bereits auf rund 40 kg Körpergewicht abgemagert war, wurde er aus der Haft entlassen - aber, wie in solchen Fällen üblich, ohne Papiere. Am 15.11. wurde er auf der Straße aufgegriffen und - weil er keine Papiere bei sich hatte - erneut inhaftiert. Die Gefahr, daß er - wenn Du diesen Artikel liest - bereits abgeschoben worden ist, ist groß.

Barry teilt mittlerweile das Schicksal von Ly. Zwar wurde er am 24.11. vom Vorwurf des Widerstandes gegen die Staatsgewalt freigesprochen, dieser Freispruch könnte jedoch sein Todesurteil bedeuten - er wurde vom Gerichtssaal direkt in die Schubhaft gebracht...

Barry kommt aus Guinea und wurde dort verfolgt, weil er die Kandidatur seines in der Opposition engagierten Cousins unterstützte. Amnesty International registrierte in diesem Jahr schwerste Übergriffe der Sicherheitskräfte auf politische Gegner. Dennoch wurde Barrys Antrag auf Aufenthaltsgenehmigung abgelehnt. Auch Barry ist extrem abschiebungsgefährdet. ●

Quellen: TATblatt Nr. 20 & 24, profil Nr. 46, div. Tageszeitungen.

# Abgelehnt

**IM FOLGENDEN EINIGE BEISPIELE VON ABGELEHNTEN ASYLBESCHEIDEN.**

**KOMMENTAR ÜBERFLÜSSIG.**

➤ „Im gegenständlichen Fall besitzen Sie (politisch verfolgter Kurde aus der Türkei, Anm.) keine Aufenthaltsberechtigung für Österreich und haben daher umgehend das Bundesgebiet zu verlassen. Sie sind illegal in Österreich eingereist, können keine Mittel zur Bestreitung Ihres Lebensunterhaltes vorweisen, besitzen keine Unterkunft und auch keine verwandtschaftlichen Beziehungen zu in Österreich lebenden Personen."

➤ „Die Kriegssituation im Heimatstaat (Armenien, Anm.) inidiziert ... für sich allein nicht die Flüchtlingseigenschaft. Es ist eine amtsbekannte Tatsache, daß es im Zuge von kriegerischen Handlungen immer wieder zu tiefgreifenden .Menschenrechtsverletzungen kommt. Allein daraus ist jedoch keine individuelle Verfolgungssituation des Staates im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention ableitbar."

➤ „Die Tatsache, daß es im Heimatland des Asylwerbers (Bosnien-Herzegowina, Anm.) zu kriegerischen Handlungen kommt, ist noch kein Grund, daß darin gegen den Asylwerber selbst konkret gerichtete Verfolgungshandlungen im Sinne der Genfer Flüchtlingekonvention erblickt werden. Die von Ihnen nicht näher erläuterten Schläge mit einem Elektrokabel stellen zweifellos einen Übergriff dar, begründen jedoch keine konkrete Furcht vor Verfolgung im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention."

➤ „Die an Ihnen begangene Vergewaltigung und die Mißhandlung Ihrer Mutter sind asylrechtlich insofern unbeachtlich, als sie für sich noch keine Rückschlüsse auf eine Verfolgungsmotivation des Staates zulassen, da diese zweifelsohne verbrecherische Handlungen von betrunkenen Soldaten aus eigenem Antrieb gesetzt wurde."

➤ „Verpflichtung zur Militärdienstleistung stellt keine Verfolgung im Sinne des Asylgesetzes dar, da die erforderliche Verfolgungsmotivation nicht gegeben ist. Die Sicherstellung der Militärdienstpflicht durch Strafandrohung stellt eine auf einem originären und souveränen staatlichen Recht beruhende legitime Maßnahme dar, weshalb eine unter Umständen auch strenge Bestrafung wegen Wehrdienstverweigerung als solche keine Verfolgung im Sinne des Asylgesetzes darstellt."

➤ „Auch aus der Festnahme kann keine asylrelevante Verfolgung abgeleitet werden, da Ihr Mann (Kurde aus dem Irak, Anm.) Mitglied einer verbotenen Partei war und somit Verhaftungen und Verhöre diesbezüglich durchaus staatlich legitime Maßnahmen darstellen."

➤ „Sie (Kurde aus dem Irak, Anm.) wurden in einen Kellerraum gesperrt, geschlagen und getreten. ... Man dämpfte Zigaretten auf Ihrem linken Handrücken aus. In der Folge, so behaupten Sie, wurde Ihr Todesurteil ausgesprochen. Weiters wurden Sie bei den Verhören mißhandelt. Mißhandlungen können für sich allein betrachtet nicht als asylbegründende mittelbare staatliche Verfolgung gewertet werden, da derartige Übergriffe selbständige Handlungen von Einzelpersonen sind, welche sich nicht als politisch, religiös oder ethnisch motivierte, vom Staat initiierte oder geduldete Verfolgungshandlungen darstellen, auch wenn sie von Organen der Polizei gesetzt werden."

band zugepickt. Abschiebungsminister Löschnak meinte dazu lediglich, dieses Verfahren sei „zum gefahrlosen Verbringen in das Flugzeug verhältnismäßig gewesen".

Heuer haben bereits mehr als 30 Schubhäftlinge einen oder mehrere Selbstmordversuche hinter sich. Mehr als 300 Schubhäftlinge traten bis Ende Oktober in Hungerstreik. Dies erscheint die einzige Möglichkeit aus dem Gefängnis rauszukommen. Wenn der Blutzuckerspiegel unter eine gewisse Grenze fällt, werden Häftlinge für haftunfähig erklärt. Da der Sadismus der meisten Wachebeamten und Gefängnisärzte keine Grenzen kennt, wurde schon etlichen Hungerstreikenden unter Gewalt Zuckerwasser eingeflößt, um die „Haftfähigkeit" aufrechtzuerhalten. Aber selbst wenn sie aus der Haft entlassen werden, dauert es nicht lange bis sie wieder dorthin zurückkehren müssen. So wurde der Mauretanier Mamadou Ly (sh. Kasten), der in der Haft auf 40 kg Körpergewicht abgemagert war, fünf Wochen nach seiner Entlassung wieder in Schubhaft genommen. Gleiches passierte zwei Flüchtlingen aus Bangladesch, die nach zweitägigem Krankenhausaufenthalt wieder direkt in die Schubhaft transportiert wurden.

Angesichts dieser Verhältnisse verwundert es nicht, daß selbst das sicherlich nicht fortschrittliche UNO-Flüchtlingshochkommissariat Österreich als „nicht sicheres Drittland" einstuft. Österreich hat heute sicherlich die restriktivste AusländerInnenpolitik Europas. Und die neue Regierung hat weitere Verschärfungen beschlossen. So wird 1995 die Quote für „GastarbeiterInnen" von 295.000 auf rund 260.000 gesenkt werden. Mehr als 30.000 „GastarbeiterInnen" müssen Österreich mit ihren Familien verlassen. Wie gesagt „Ausländer raus" ist schon längst das Motto der Vranitzkys, Buseks, Löschnaks und wie sie noch alle heißen, geworden. ●

Quellen: profil Nr.46/1994, div. „Standards" und TATblätter, Thomas Prader (Hg.): Moderne Sklaven.

# Unvollständige Chronologie rassistischer/rechtsextremistischer Anschläge und Übergriffe in Österreich

"Und die da reden vom Vergessen.
Und die da reden vom Verzeihen.
All denen schlage man die Fressen
mit schweren Eisenhämmern ein."
(Bertolt Brecht, die Dreigroschenoper)

Um das konkrete Ausmass rechtsextremer und rassistischer Gewalt deutlich zu machen, wollen wir an dieser Stelle solche Angriffe und Übergriffe dokumentieren. Diese Zusammenstellung erfolgte aufgrund von Presseberichten und ist dementsprechend unvollständig. Darum schickt uns Berichte, Flugblätter, (Lokal-) Zeitungsartikel über rassistische und rechtsextremistische Aktivitäten.

Das Innenministerium gibt alleine für den Zeitraum 1 993 die Zahl der angezeigten „rechtsextremistischen Straftaten" mit 525 an. Trotz dieser Zahl wagen sie es noch immer zu behaupten, dass ihre rassistische Ausländergesetzgebung deutsche Zustände verhindere. Es sei kein Zufall, dass bei uns keine Flüchtlingsheime brennen. Sie sagen es alle, allen voran der Innenminister, im Brustton der Überzeugung: Das einzige Heilmittel gegen die Radikalisierung im Land seinen restriktive Gesetze. Auch J. Haider rechtfertigte sein Anti-MigrantInnen Volksbegehren u.a. damit, die Wellen der rassistischen Gewalt wie in Deutschland absorbieren zu wollen.

Glaubt ihren Lügen nicht!
Organisiert die antirassitische Selbsthilfe!

**25. 10. 1994**

Sowohl die zweisprachige Handelsakademie als auch das Slowenische Gymnasium in Klagenfurt/Celovec erhielten Drohanrufe. Ein anonymer Anrufer erklärte, es werde noch weitere Bombendrohungen geben, sollten weiterhin slowenische Schüler gegen österreichische Lehrer protestieren. (Standard 29. 10. 1994)

**28. 10. 1994**

Gegen den Wohnraum eines Türken wurde in Wien/Floridsdorf ein Brandanschlag verübt. Der Bewohner konnte die Flammen selbst löschen. Die Sicherheitsbehörden halten „einen persönlichen Racheakt" für möglich, Hinweise auf „ausländerfeindliche Motive gebe es keine". (Standard 29.10.1994)

Der Verleger Lojze Wieser, der bereits am 4. Oktober 1994 eine Briefbombe bekommen hatte, erhielt eine handschriftliche Morddrohung. Darin werden auch Bill Clinton und Alois Mock bedroht. Die Begründung in dem sehr fehlerhaft abgefaßten Schreiben lautet: „Ein jedes Jahr das unser geliebert Führer Gottfried Küssel eingesperrt ist, wird eine Persönlichkeit ins Gras beißen." Der Absender wurde ausgeforscht. Die Ermittler bescheinigten dem Mann „persönliche Probleme" und „keinen Kontakt zur Neonazi-Szene". (Standard 2.11.1994)

**31. 10. 1994**

Fast genau ein Monat nach der zweiten Briefbombenserie wurden neonazistische Bombendrohungen gegen den Flughafen Graz-Thalerhof, den Grenzübergang Nickelsdorf und ein ehemaliges Flüchtlingsheim in Mariapfarr (Lungau) ausgesprochen. In allen drei Fällen wurde keine Bombe gefunden. (Standard 2.11.1994)

**7. 7. 1994**

Im Wiener Innenministerium langte ein rechtsextremistischer Drohbrief ein. Die Neonazis zählten darin 25 Personen auf, die sie zum Tode verurteilt haben - „Die Urteile sind zu freien Terminen, längstes jedoch bis 1. 1. 1998 zu exekutieren". (Standard 11.11.1994)

**19. 11. 1994**

Bei der Wiener Feuerwehr rief eine erwachsene Frau und kündigte in wüstem Neonazijargon die Explosion einer Rohrbombe in der „Ausländerschule" (Bundesrealgymnasium Henriettenplatz in Wien 15) an. Die Polizei nahm diese Drohung ernst und räumte das Gymnasium. Der Henriettenplatz wurde für den gesamten Verkehr gesperrt. Die Durchsuchung der Schule blieb ergebnislos. (Kurier 20.11.1994)

# TOD EINES ANTIFASCHISTEN VOR DEMO GEGEN KOMMERS IN INNSBRUCK

Am Samstag, den 22.10.94 fand in Innsbruck eine Demonstration gegen den rechtsextremen "Gesamttiroler Freiheitskommers" statt. Trotz Kriminalisierung durch bürgerliche Medien und Polizei protestierten über 4000 AntifaschistInnen.
Am Donnerstag, den 20.10., fuhr der 17-jährige Wiener Antifaschist ***Harald Hanisch*** von Wien nach Innsbruck. In der darauffolgenden Nacht wurde sein regungslos auf den Schienen liegender Körper in der Nähe des Innsbrucker Bahnhofes, an einem für Ortsunkundige nicht zugänglichen Ort, von einem Güterzug überrollt.
Die unmittelbar nachher eintreffende Polizei hinderte die später ankommende Rettung am Betreten der Unglücksstelle. Die Polizei führte weder Spurensicherung noch eine Obduktion durch. Für sie war die Selbstmordtheorie offensichtlich von Anfang an beschlossen.
Den Eltern, die überzeugt sind, daß es kein Selbstmord war, wurde jede Akteneinsicht verwehrt. Die Ereignisse wurden bis nach der Demonstration geheimgehalten.

**WARUM VERWEIGERT DIE POLIZEI EINE OBDUKTION UND DIE UNTERSUCHUNG DER BLUTPROBE, MIT DER FESTGESTELLT WERDEN KÖNNTE, OB HARALD SCHON TOT WAR, ALS ER AUF DEN SCHIENEN LAG?**

**WARUM HINDERTE DIE UNÜBLICHERWEISE *VOR* DER RETTUNG IN GROSSER ZAHL EINTREFFENDE POLIZEI DIESE AM BETRETEN DES UNGLÜCKSORTES?**

**WARUM VERTUSCHEN INNENMINISTERIUM UND MEDIEN REGELMÄSSIG STRAFTATEN MIT RECHTSEXTREMEM HINTERGRUND? (ANSCHLÄGE AUF FLÜCHTLINGSUNTERKÜNFTE UND AUSLÄNDERWOHNUNGEN; MORD AN EINEM OBDACHLOSEN IN INNSBRUCK FEBRUAR ´94, ...)**

**LIEGT ES DARAN, DASS SICH FASCHISTEN UNGEHINDERT IN DER POLIZEI ORGANISIEREN KÖNNEN? (WEGA; "NS" = NOTWEHRGEMEINSCHAFT DER SICHERHEITSWACHEBEAMTEN)**

**Es gibt keinerlei Hinweise auf einen Selbstmord!**
Kein Abschiedsbrief, sondern eine Notiz: "Ich lasse von mir hören"
Kalendereintragungen für die folgende Woche!

**Wer hat Harald am Donnerstag, 20.10., gesehen (in Innsbruck, Wien oder im Zug)?**
**Wer weiß etwas zu den von der Polizei ignorierten Nazischmierereien am Innsbrucker Bahnhof aus der Nacht von Mi, 19. auf Do, 20.10. oder von Do, 20. auf Fr, 21.10.?**
**Hat jemand Harald am Donnerstag in ein Auto einsteigen oder mitfahren gesehen (auch Polizeiwagen)?**
***Schickt Informationen in einem Kuvert an den Ermittlungsausschuß 21.10. und steckt dieses Kuvert in einen zweiten Umschlag mit der Adresse: Amerlinghaus, 1070 Wien, Stiftg.8***

# WIR ZWEIFELN AN DER STAATLICHEN SELBSTMORDTHEORIE!